

## Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 11. Mai 2015

eingegangenen Antworten der Bundesregierung

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aken, Jan van (DIE LINKE.)	49	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38
Andreae, Kerstin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68, 69, 70
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29	Dr. Lindner, Tobias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17	Maisch, Nicole (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	59	Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 13, 14
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 8, 50	Müller-Gemmeke, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	9, 18, 19	Dr. Neu, Alexander S. (DIE LINKE.)	51
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	30	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16, 52
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47, 48
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	71, 72	Pau, Petra (DIE LINKE.)	23, 24, 25
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	61	Pitterle, Richard (DIE LINKE.)	33, 34, 35
Höger, Inge (DIE LINKE.)	1	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	20	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26
Janecek, Dieter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10	Schmitt, Ronja (Althengstett) (CDU/CSU)	63, 64, 65
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	74	Dr. Strengmann-Kuhn, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41, 42, 43
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 55, 62	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 53
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 67	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	36
Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22, 27, 37		
Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	7	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	73
Vogler, Kathrin (DIE LINKE.) .....	56, 57	Wöllert, Birgit (DIE LINKE.) .....	44, 58

## Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
<p><b>Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes</b></p> <p>Höger, Inge (DIE LINKE.) Technische und organisatorische Defizite bei der Überwachung bzw. Kontrolle des Bundesnachrichtendienstes ..... 1</p> <p>Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Geschlechtergerechte Filmförderung in Deutschland ..... 2</p> <p><b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie</b></p> <p>Andreae, Kerstin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verhängte Bußgelder wegen Kartellverstößen seit dem Jahr 2001 ..... 3</p> <p>Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Veröffentlichung der angekündigten überarbeiteten Kleinwaffengrundsätze des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ..... 4</p> <p>Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zusammenhang zwischen den staatlichen Finanzhilfen für den Kohlebergbau sowie für die Kohlekraftwerke und dem Eintrag von Schadstoffen in Wasserkörper in Deutschland ..... 4</p> <p>Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ergebnisse des aktuellen „Defence Companies Anti-Corruption Index“ ..... 5</p> <p>Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Gesprächstermine zwischen Vertretern verschiedener Bundesministerien und Vertretern der Erdgas- und Erdölindustrie seit Januar 2014 ..... 6</p>	<p><b>Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes</b></p> <p>Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Hintergründe der nichtautorisierten Gewalt durch UN-Blauhelme in Gao/Mali Ende Januar 2015 ..... 19</p> <p>Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) Mögliches Treffen von Vertretern der islamistischen „Fadschr Libia“ mit dem ukrainischen Außenminister im Februar 2015 hinsichtlich der Herstellung der Einsatzfähigkeit von Kampfflugzeugen aus der Muammar-al-Gaddafi-Ära ..... 20</p> <p>Janecek, Dieter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kenntnisstand des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zur Sicherheitslage im Luftraum über der Ostukraine ..... 20</p> <p>Dr. Lindner, Tobias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Funktion und Rolle von Einrichtungen auf dem US-Stützpunkt in Ramstein im Rahmen des weltweiten Einsatzes von Drohnen der USA ..... 21</p> <p>Maisch, Nicole (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kenntnisstand der Bundesregierung zu schweren Luftabwehrwaffen von pro-russischen Separatisten in der Ostukraine ..... 21</p> <p>Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Unterstützung des Prozesses einer Befriedung des innerstaatlichen Konflikts in der Zentralafrikanischen Republik ..... 22</p> <p>Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mögliche Gespräche zwischen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und dem indischen Premierminister Narendra Modi zur Lage von Nichtregierungsorganisationen in Indien ..... 23</p> <p>Tod eines Mitarbeiters einer deutschen Hilfsorganisation durch eine US-Drohne im Januar 2015 in Pakistan ..... 24</p>

	<i>Seite</i>		<i>Seite</i>
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern</b>		<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz</b>	
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Rechtsgrundlage für das Unterbinden des Zeigens der Fahne des Staates Israel durch die Polizei . . . . .	25	Etwaige Änderung des Mietrechts angesichts des hohen Zuwachses an Zwangsräumungen . . . . .	38
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)		Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Verweigerte Einreisen aufgrund möglicher Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Deutschland in den letzten zehn Jahren . . . . .	25	Gerichtsverfahren vor deutschen Gerichten auf Schadensersatz ausländischer Opfer von etwaigen Menschenrechtsverletzungen deutscher Unternehmen im Ausland . . . . .	38
Argumente der Europäischen Kommission bzw. der Bundesregierung in dem Pilotverfahren 2013/3395 bezüglich der Umsetzung der Dogan-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes . . . . .	32	<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen</b>	
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)		Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Materielle und personelle Unterstützung der gemeinsamen EU-Operationen zur Bekämpfung unerwünschter Migration im Mittelmeer . . . . .	33	Höhere Finanzierungsmittel für die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH . . . . .	39
Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	
Zusätzliche Einstellung von Personal durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Priorisierung der Asylverfahren von Kosovaren . . . . .	34	Festgehälter und Vergütungsanteile der Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführer der 14 größten öffentlichen Unternehmen in Deutschland . . . . .	40
Etwaige Veränderung des Königsteiner Schlüssels zur Verteilung von Asylbewerbern auf die Bundesländer . . . . .	34	Müller-Gemmeke, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Pau, Petra (DIE LINKE.)		Anzahl der im aktuellen Tarifkonflikt bei der Deutschen Post AG eingesetzten Leiharbeitskräfte bzw. Beamten . . . . .	41
Antisemitisch motivierte Friedhofsschändungen bzw. Anschläge auf Synagogen im Jahr 2014 . . . . .	34	Zulässigkeit des Einsatzes von Beamten als Streikbrecher . . . . .	42
Rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Internetseiten im Jahr 2014 . . . . .	36	Pitterle, Richard (DIE LINKE.)	
Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Mindereinnahmen bei Anhebung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende gemäß § 24b des Einkommensteuergesetzes und gleichzeitiger Erweiterung mit einer kinderzahlabhängigen Komponente . . . . .	43
Prüfung von Personengruppen aus klinisch-psychologischer und neurokognitiver Perspektive auf Ausübung des Wahlrechts . . . . .	37	Aktuell angewendete Nichtanwendungserlasse . . . . .	44
		Noch nicht zur allgemeinen Anwendung der Finanzverwaltung veröffentlichte Urteile des Bundesfinanzhofs . . . . .	45



<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.) Unterlaufen der Kapitalertragsteuer und des Solidaritätszuschlags durch ausländi- sche Fonds ..... 45	<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft</b>
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales</b>	Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Entwicklung des Pflanzenschutzmittelein- satzes und der Absatzmengen glyphosat- haltiger Herbizide in den letzten zehn Jahren in Deutschland ..... 53
Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nichtvorlage der angedachten Sozialchar- ta bei den Mietern der zum Verkauf ste- henden Wohnungen der Deutschen Ren- tenversicherung Bund ..... 46	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umsetzung der im Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutz- tierhaltung“ vorgeschlagenen Sofortmaß- nahmen und Realisierung des Bundespro- gramms Tierwohl ..... 54
Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Entwicklung des durchschnittlichen Brut- tobedarfs bei der Grundsicherung im Al- ter für Personen über 65 Jahre in den alten Ländern bis 2030 ..... 47	Deutsche Schlachthöfe mit Schlachtier- und Fleischbeschau bei Schweinen ..... 54
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einbehaltung von Mitteln der Verpflich- tungsermächtigungen aus Kapitel 11 01 Titel 685 11 für Bundesprogramme in den Jahren 2015 bis 2018 ..... 48	Mögliche Durchführung der Schlachtier- und Fleischbeschau von privatwirtschaft- lichen Unternehmen ..... 55
Dr. Strengmann-Kuhn, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Gesamtausgaben für Bildungs- und Teilha- beleistungen und Anteil der Verwaltungsausgaben an den Gesamtausgaben im Jahr 2014 ..... 49	<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung</b>
Verhältnis von Leistungsberechtigten und tatsächlich Leistungsbeziehenden von Leistungen des Bildungs- und Teilhabepa- kets im Jahr 2014 ..... 50	Aken, Jan van (DIE LINKE.) Auslieferung und Bezahlung der am 20. November 2013 bestellten G36-Ge- wehre ..... 55
Ausgaben für das Bildungs- und Teilhabe- paket seit seiner Einführung ..... 50	Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ehemalige Bundesbeamte des Bundesmi- nisteriums der Verteidigung mit einer in direktem Zusammenhang mit ihrem letz- ten Dienstverhältnis bestehenden Beschäf- tigung ..... 56
Anzahl der Personen mit Bezug von Lei- stungen nach § 28 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch ..... 51	Dr. Neu, Alexander S. (DIE LINKE.) Waffenfähigkeit der für die Bundeswehr nach Ablauf des Heron-Leasingvertrags vorgesehenen MALE-Drohnen ..... 57
Wöllert, Birgit (DIE LINKE.) Anzahl der Entscheidungen des Bundesso- zialgerichts und insbesondere Entschei- dungen zur gesetzlichen Krankenversi- cherung seit dem Jahr 2009 ..... 51	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Durchgeführte Einsätze im Rahmen der EU-Mission EU-NAVFOR/Operation Atalanta seit Verabschiedung des letzten Mandats im Deutschen Bundestag ..... 58

Seite	Seite
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zukunft des Sturmgewehrs G36 in der Bundeswehr ..... 58	Dr. Hahn, André (DIE LINKE.) Ergebnisse der „Hochrechnung der mögli- chen Krankheitsfolgen durch nächtlichen Schienenlärm entlang der Transversale Rotterdam–Genua im Bereich der Bun- desrepublik Deutschland“ ..... 76
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit</b>	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bestehende Absprachen in Bezug auf den Güter- und Personenverkehr hinsichtlich des Ausbaus der Bahnstrecke Münster– Lünen mit der Deutschen Bahn AG ..... 76
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Komplikationen bzw. Todesfälle bei der Verwendung von Kontrastmitteln bei Computertomographien in den letzten zehn Jahren ..... 59	Schmitt, Ronja (Althengstett) (CDU/CSU) Bürokratiefreie Anordnung von Tempo 30 vor Schulen und Kindergärten an Haupt- verkehrsstraßen ..... 77
Veränderte Bewilligungspraxis einiger Krankenkassen bei Kostenerstattungen für Psychotherapien nach § 13 Absatz 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch .... 69	Maßnahmen zur leichteren Umsetzung von Geschwindigkeitsbeschränkungen vor Schulen und Kindergärten ..... 77
Vogler, Kathrin (DIE LINKE.) Erkenntnisse zur Wirksamkeit von Trauer- begleitung ..... 70	Verschiedene Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit vor Schulen und Kinder- gärten ..... 78
Finanzierung von Vereinen und Organi- sationen mit Bezug zur Trauerbegleitung .. 70	
Wöllert, Birgit (DIE LINKE.) Aktuelle Situation der Gewerbeärzte und möglicher Handlungsbedarf in den nächs- ten fünf Jahren ..... 71	<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit</b>
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur</b>	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Prüfung der Bewertung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Ver- braucherschutz zur Frage der Regelwerks- konformität des Atomkraftwerks Gund- remmingen ..... 78
Behrens, Herbert (DIE LINKE.) Maßnahmen zur Förderung der Flugsi- cherheit aufgrund des Germanwings- Absturzes am 24. März 2015 ..... 71	Ergebnisse der Studie „Tumorpromotion durch hochfrequente elektromagnetische Felder in Kombination mit kanzerogenen Substanzen – synergistische Wirkungen“ hinsichtlich der Intensivierung der Erfor- schung von zu erhöhten Tumorraten füh- renden Wirkmechanismen ..... 79
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Unterzeichnete Staatsverträge zu Ver- kehrsprojekten mit Nachbarstaaten Deutschlands ..... 72	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zukünftige naturschutzfachliche sowie wirtschaftliche Maßnahmen zur Erhaltung des Offenlandes auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Stegskopf/Daaden in Rheinland-Pfalz ..... 80

	<i>Seite</i>		<i>Seite</i>
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung</b>		<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung</b>	
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anträge und Überzeichnung des Professorenprogramms II . . . . .	81	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Höhe der durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die Bill & Melinda Gates Foundation bereitgestellten Mittel für gemeinsam finanzierte Projekte in den Jahren 2014 und 2015 . . . . .	84
Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ergebnisse der beim IT-Gipfel 2014 eingerichteten Arbeitsgruppe 6 „Bildung und Forschung für die digitale Zukunft“ . . . . .	83		



**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und  
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordnete  
**Inge  
Höger**  
(DIE LINKE.)
- Welche „technischen und organisatorischen Defizite“ hat die Bundesregierung bei der Überwachungspraxis des Bundesnachrichtendienstes (BND) bzw. deren Kontrolle ausgemacht, und welchen Inhalt hat die laut dem Regierungssprecher Steffen Seibert „unverzüglich“ vom Bundeskanzleramt erteilte Weisung, diese Defizite zu beheben (taz, 24. April 2015)?

**Antwort des Beauftragten der Bundesregierung  
für die Nachrichtendienste des Bundes,  
Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche,  
vom 7. Mai 2015**

Eine zur Veröffentlichung bestimmte Antwort der Bundesregierung zur Frage der erkannten Defizite würde spezifische Informationen zur Tätigkeit, insbesondere zum Modus Operandi, den Fähigkeiten und Methoden des BND einem nicht eingrenzbaaren Personenkreis – auch der Bundesrepublik Deutschland möglicherweise gegnerisch gesinnten Kräften – nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland zugänglich machen. Durch die detaillierte Kenntnis über die Methodik würde die Möglichkeit gegeben, aus den Informationen Rückschlüsse auf die Arbeitsweise des BND zu gewinnen. Dabei könnte die Gefahr einer nachhaltigen Beeinträchtigung oder Unterbindung von Informationskanälen und -zugängen erwachsen. Im Ergebnis könnte dies für die Funktionsfähigkeit der Sicherheitsbehörde und mithin für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland schädlich sein oder aber die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Dass dies nicht geschieht, muss zum Schutz der Arbeitsfähigkeit und der Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden – und damit mittelbar zum Schutz der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland – sichergestellt bleiben.

Daher muss bei der Beantwortung dieser Frage eine Abwägung der verfassungsrechtlich garantierten Informationsrechte des Deutschen Bundestages und seiner Abgeordneten einerseits mit den dargestellten negativen Folgen für die künftige Arbeitsfähigkeit und Aufgabenerfüllung der Nachrichtendienste sowie der daraus resultierenden Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland andererseits erfolgen. Bezogen auf die vorgenannten Fragen führt die gebotene Abwägung zum Vorrang der Geheimhaltungsinteressen. Gleichwohl wird die Bundesregierung nach gründlicher Abwägung dem Informationsrecht des Parlaments unter Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen nachkommen. Insofern wird auf die Hinterlegung einer ergänzenden, geheim eingestuften Antwort in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages verwiesen.\*

---

\* Der Beauftragte der Bundesregierung für die Nachrichtendienste des Bundes hat die Antwort vom 7. Mai 2015 als „VS – GEHEIM“ eingestuft. Von einer Veröffentlichung auf der Bundestagsdrucksache wird abgesehen. Abgeordnete haben die Möglichkeit, in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages Einsicht in die Antwort zu nehmen.

2. Abgeordnete  
**Tabea  
Rößner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie kommt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30. März 2015 „Perspektiven der bundesdeutschen Filmförderung“ auf Bundestagsdrucksache 18/4777 zu der Ansicht, dass die kulturelle Filmförderung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Staatsministerin Monika Grütters, nach einer aktuellen Studie der Universität Rostock zu den geschlechtergerechtesten Förderungen Deutschlands zählt, wenn eine von der Universität Rostock im Februar 2015 veröffentlichte Studie ([www.academia.edu/10655245/\\_Wer\\_dreht\\_deutsche\\_Kinofilme\\_Gender\\_Report\\_2009\\_2013\\_2015\\_](http://www.academia.edu/10655245/_Wer_dreht_deutsche_Kinofilme_Gender_Report_2009_2013_2015_)) gleichzeitig festhält, dass der auf einer Richtlinie der BKM beruhende Deutsche Filmförderfonds (DFFF) der „geschlechterungerechteste Fördertopf“ sei?

**Antwort der Beauftragten der Bundesregierung  
für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters,  
vom 6. Mai 2015**

Die sog. kulturelle Filmförderung der BKM und die sog. wirtschaftliche Filmförderung der BKM, zu der der DFFF zählt, sind zwei in ihrer Systematik und Ausrichtung zu unterscheidende Förderinstrumente, wenngleich beide aus dem Haushalt der BKM finanziert werden: Die kulturelle Filmförderung dient vorrangig der Unterstützung des künstlerisch herausragenden Filmes. Die Förderentscheidungen basieren daher auf den Empfehlungen einer Fachjury. Die Sätze 1 und 2 der Antwort zu Frage 6 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den „Perspektiven der bundesdeutschen Filmförderung“ (Bundestagsdrucksache 18/4777) beziehen sich explizit auf diese Filmförderungsart der BKM.

Im Gegensatz zur sog. kulturellen Filmförderung der BKM werden die Förderungen aus DFFF-Mitteln im Rahmen eines automatisierten Verfahrens an antragstellende Produktionsfirmen vergeben, sofern die – geschlechterneutralen – Bewilligungsvoraussetzungen nach der DFFF-Richtlinie erfüllt und ausreichend Mittel vorhanden sind.

Die in der o. g. Antwort der Bundesregierung zitierte Studie des Instituts für Medienforschung der Universität Rostock folgt dieser Differenzierung zwischen den beiden verschiedenen Förderungsarten der BKM. Bei den beiden in der Frage genannten Quellen handelt es sich um dieselbe Studie.

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

3. Abgeordnete  
**Kerstin Andreae**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe wurden in den Jahren 2001 bis 2015 Bußgelder wegen Kartellverstößen verhängt (Antwort auf meine Schriftliche Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 18/4856), die gerichtlich überprüft wurden, insgesamt, und in welcher Höhe wurden Bußgelder gegen Unternehmen verhängt, bei denen es vor, während oder nach der Festsetzung des Bußgeldes zu Umstrukturierungen, Vermögensübertragungen oder Verkäufen der mit Bußgeld belegten Unternehmen kam?

#### Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Iris Gleicke vom 11. Mai 2015

Eine Aufstellung der angefochtenen Bußgelder der Jahre 2001 bis 2015 findet sich – als Ergänzung der Tabelle zu Ihrer Schriftlichen Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 18/4856 – nachstehend. Es wurden dabei alle Bußgelder aufgeführt, gegen die Einspruch eingelegt wurde, unabhängig davon, wie sich das weitere Verfahren entwickelt hat, insbesondere, ob es zu einer gerichtlichen Entscheidung kam.

Jahr	verhängte Bußgelder	vereinnahmte Bußgelder	Einspruchssummen	von Umstrukturierungen betroffene Bußgelder
2001	74.630.000 EUR	73.448.473 EUR	38.106.583 EUR	
2002	4.574.250 EUR	8.052.254 EUR	218.750 EUR	
2003	716.947.000 EUR	21.997.855 EUR	692.656.400 EUR	
2004	58.288.500 EUR	8.953.022 EUR	55.974.000 EUR	
2005	164.055.000 EUR	9.152.547 EUR	154.556.000 EUR	18.850.000 EUR
2006	4.365.770 EUR	2.572.832 EUR	1.457.000 EUR	
2007	434.802.500 EUR	114.199.092 EUR	212.680.000 EUR	100.000 EUR
2008	313.736.000 EUR	316.610.603 EUR	157.051.000 EUR	74.960.000 EUR
2009	297.498.000 EUR	177.725.384 EUR	230.365.500 EUR	12.360.000 EUR
2010	266.722.664 EUR	123.561.529 EUR	95.554.000 EUR	600.000 EUR
2011	205.304.860 EUR	162.066.726 EUR	24.625.850 EUR	
2012	315.955.151 EUR	224.070.645 EUR	43.349.400 EUR	55.000.000 EUR
2013	244.448.144 EUR	325.415.198 EUR	76.338.000 EUR	9.700.000 EUR
2014	1.008.411.150 EUR*	525.693.085 EUR	541.058.350 EUR	342.610.000 EUR
2015	38.088.000 EUR	140.805.903 EUR	1.280.000 EUR	

\*Ohne verhängte Bußgelder in einem noch nicht abgeschlossenen Gesamtverfahren.



In dem genannten Zeitraum gab es mehrere Bußgeldverfahren, in denen es vor oder nach der Festsetzung von Bußgeldern zu Umstrukturierungen, Vermögensübertragungen oder Verkäufen der mit Bußgeld belegten Unternehmen kam (vgl. letzte Spalte der vorstehenden Tabelle). Von den durch das Bundeskartellamt bzw. das Oberlandesgericht Düsseldorf festgesetzten Bußgeldern waren insgesamt ca. 514 Mio. Euro durch Rechtsnachfolge betroffen. In einem Fall hat der Bundesgerichtshof (BGH) die Haftung des Rechtsnachfolgers hinsichtlich des vom Oberlandesgericht Düsseldorf verhängten Bußgeldes in Höhe von 55 Mio. Euro bestätigt (BGH, Entscheidung vom 27. Januar 2015, KRB 39/14 – Melitta Europa GmbH & Co. KG). Des Weiteren wurden im genannten Zeitraum Bußgelder in Höhe von ca. 94 Mio. Euro verhängt, bei denen feststeht, dass sie infolge von Rechtsnachfolgen nicht durchgesetzt werden können. Die übrigen von Rechtsnachfolge betroffenen Bußgelder in Höhe von ca. 365 Mio. Euro sind Gegenstand laufender Verfahren, deren Ausgang abzuwarten bleibt.

- |   |  |
|---|--|
| 4. Abgeordnete<br><b>Agnieszka<br/>Brugger</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Zu welchem Zeitpunkt plant die Bundesregierung die Veröffentlichung der im „Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im ersten Halbjahr 2014“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) angekündigten überarbeiteten Kleinwaffengrundsätze? |
|---|--|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Brigitte Zypries  
vom 6. Mai 2015**

Die Kleinwaffengrundsätze der Bundesregierung werden im Mai 2015 zunächst an den Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages zur Kenntnis übersandt. Anschließend werden sie veröffentlicht werden.

- |  |   |
|--|---|
| 5. Abgeordneter<br><b>Peter<br/>Meiwald</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Inwiefern besteht nach Auffassung der Bundesregierung ein Zusammenhang zwischen den staatlichen mittelbaren und unmittelbaren Finanzhilfen für den Kohlebergbau sowie für die Kohlekraftwerke und dem Eintrag von Schadstoffen wie zum Beispiel Quecksilber, Blei, Cadmium oder Nickel in Gewässerkörper in Deutschland (bitte nach Art der Finanzhilfen aufgliedern), und wie beurteilt die Bundesregierung den Eintrag solcher Schadstoffe in diese Gewässerkörper im Hinblick auf das in der Wasserrahmenrichtlinie festgelegte Verschlechterungsverbot? |
|--|---|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Uwe Beckmeyer  
vom 7. Mai 2015**

Staatliche Finanzhilfen entsprechend dem 24. Subventionsbericht der Bundesregierung werden für den Steinkohlenbergbau auf der Grundlage des Steinkohlefinanzierungsgesetzes 2007 mit dem Ziel der sozialverträglichen Beendigung des subventionierten Steinkohlenbergbaus in Deutschland gewährt.

Wie bei vielen anderen industriellen Tätigkeiten ist auch die Gewinnung von Steinkohle mit einer Gewässerinanspruchnahme verbunden. Der Bundesgesetzgeber und die Landesgesetzgeber haben mit dem Wasserhaushaltsgesetz bzw. mit den Landeswassergesetzen den rechtlichen Rahmen für diese Gewässernutzung vor dem Hintergrund der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik) einschließlich des dort beschriebenen Verschlechterungsverbots geschaffen. Damit hat unter anderem auch das steinkohlenbergbaubetreibende Unternehmen die über diese rechtlichen Vorgaben vermittelten und in wasserrechtlichen Zulassungen festgelegten Grenzwerte für seine Einleitungen in Gewässer einzuhalten. Der Eintrag von Schadstoffen in Gewässerkörper in Deutschland wird von den Ländern überwacht. Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Länder für die Einhaltung der Vorgaben Sorge tragen.

Kohlekraftwerken gewährt der Bund keine Finanzhilfen. Der Braunkohlenbergbau als Wirtschaftszweig beziehungsweise private Unternehmen der Braunkohlenindustrie erhalten ebenfalls keine Finanzhilfen des Bundes. Ob im Einzelfall Länder Finanzhilfen für den Kohlenbergbau sowie für die Kohlekraftwerke leisten, ist der Bundesregierung nicht bekannt. Ein Zusammenhang mit Schadstoffausstoß verschiedenster Art wird deshalb nicht gesehen.

6. Abgeordneter  
**Hans-Christian  
Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse des aktuellen „Defence Companies Anti-Corruption Index“, in dessen Rahmen Transparency International (TI) 163 Rüstungsunternehmen auf Transparenz und Qualität ihrer Compliance- und Antikorruptionsprogramme untersuchte und dabei zu dem Ergebnis kam, dass fast ein Viertel aller Unternehmen über gar keine Antikorruptionsprogramme verfüge und auch bei deutschen Unternehmen teils erheblicher Verbesserungsbedarf beim Ausbau von Korruptionspräventions- und Compliancestrukturen bestehe, insbesondere im Hinblick auf Schmiergeldskandale der letzten Jahre bei Geschäften deutscher Rüstungsunternehmen im Ausland etwa mit Griechenland und die Probleme mit dem Endverbleib von gelieferten Waffen, und welche konkreten Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass laut TI die Ergebnisse des Index zugleich den Verdacht wecken, dass der Bundessicherheitsrat

und die Bundesregierung die Überprüfungen von deutschen Waffenexportunternehmen hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit in der Vergangenheit „recht lax gehandhabt“ hätten, obgleich doch nach § 6 Absatz 3 des Gesetzes zur Kontrolle von Kriegswaffen die Genehmigung zur Ausfuhr insbesondere zu versagen ist, wenn Grund zur Annahme besteht, dass die, die Kriegswaffen befördern, die für die beabsichtigte Handlung erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzen (vgl. zu beiden Teilfragen [www.transparency.de/2015-04-28\\_Defence-Anti-Corrupt.2612.0.html](http://www.transparency.de/2015-04-28_Defence-Anti-Corrupt.2612.0.html), 28. April 2015)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski  
vom 7. Mai 2015**

Die Bundesregierung begrüßt die Veröffentlichung von TI als Beitrag zur Erhöhung der geschäftlichen Transparenz und Integrität im verteidigungsindustriellen Sektor.

In Deutschland ansässige Verteidigungsunternehmen unterliegen in vollem Umfang geltendem Recht. Die Implementierung einer darüber hinausgehenden Compliancestruktur und Veröffentlichungspolitik wird von der Bundesregierung für sinnvoll gehalten, ist aber Aufgabe der Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund kann die Bundesregierung keine Bewertung der Ergebnisse der Studie vornehmen.

Den Vorwurf einer „laxen Handhabung“ von Zuverlässigkeitsüberprüfungen deutscher Unternehmen der Wehrtechnik weist die Bundesregierung zurück. In den Grundsätzen der Bundesregierung zur Zuverlässigkeit von Exporteuren vom 25. Juli 2001 ist detailliert dargestellt, welche Maßnahmen bei tatsächlichen Anhaltspunkten auf mangelnde Zuverlässigkeit eines Unternehmens und seiner handelnden Personen zu treffen sind. Diese Grundsätze gelten uneingeschränkt und werden in der Verwaltungspraxis entsprechend angewandt.

7. Abgeordnete  
**Dr. Julia  
Verlinden**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche Gesprächstermine gab es seit Januar 2014 zwischen Vertretern des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), des BMWi und des Bundeskanzleramtes (BKAm) mit Vertretern der Erdgas- und Erdölindustrie beziehungsweise deren Interessenverbänden (bitte nach Datum, Gesprächsteilnehmern und Gesprächsinhalten bzw. Gesprächsthemen auflisten)?

**Antwort des Staatssekretärs Matthias Machnig  
vom 8. Mai 2015**

**Vorbemerkung**

Die Bundesregierung steht grundsätzlich mit allen Vertretern aus dem energiepolitischen, -wirtschaftlichen und -wissenschaftlichen sowie dem zivilgesellschaftlichen Bereich im ständigen Austausch. Es werden weder die Kommunikationsvorgänge noch die tatsächlichen Gesprächsinhalte systematisch erfasst. Die in den Gesprächen im Einzelnen vertretenen Positionen können daher nicht übermittelt werden. Es ist auch möglich, dass es am Rande von Veranstaltungen oder sonstigen Terminen zu persönlichen Kontakten mit Vertreterinnen und Vertretern der Erdöl- und Erdgasindustrie gekommen ist, die nicht dokumentiert worden sind. Aus den genannten Gründen kann nicht ausgeschlossen werden, dass vereinzelt ein Gesprächstermin nicht aufgezeichnet worden ist und in den unten aufgelisteten Gesprächsterminen fehlt.

Die nachfolgenden Angaben zu Gesprächsterminen von Vertretern des BKAmtes, des BMWi und des BMUB auf Leitungsebene erfolgt auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse sowie vorhandenen Unterlagen und Aufzeichnungen.

Unterhalb der Leitungsebene gibt es aufgabenbedingt vielfältige dienstliche Kontakte von Vertreterinnen und Vertretern des BKAmtes, des BMWi und des BMUB mit Vertretern der Erdgas- und Erdölindustrie und deren Interessenverbänden. Eine vollständige und umfassende Aufstellung über all diese Kontakte existiert nicht und kann aufgrund fehlender Recherchierbarkeit, z. B. wegen Personalwechsels, auch nicht erstellt werden.

In der Zeit ab dem 1. Januar 2014 bis zum 4. Mai 2015 sind der Bundesregierung die folgenden Gesprächstermine bekannt:

**Bundeskanzleramt**

Datum	Gesprächspartner/in	Anlass/Themen
<b>Gesprächstermine von Frau BK'in Dr. Merkel</b>		
12.02.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hr. Peter Terium (RWE)</li> <li>• Hr. Dr. Johannes Teyssen (E.ON)</li> <li>• Hr. Gérard Mestrallet (GDF Suez)</li> <li>• Hr. Fulvio Conti (ENEL)</li> <li>• Hr. Ignacio S. Galán (Iberdrola)</li> <li>• Hr. Dr. Gertjan Lankhorst (Gas Terra)</li> <li>• Hr. Daniel Beneš (ČEZ)</li> <li>• Hr. Dr. Gerhard Roiss (OMV)</li> <li>• Hr. Dr. h.c. Tapio Kuula (Fortum Oyj)</li> </ul> (unter Teilnahme von BM Peter Altmaier, BM Sigmar Gabriel, BM'in Dr. Barbara Hendricks)	Gespräch BK'in Dr. Angela Merkel mit Vorstandsvorsitzenden europäischer Energiekonzerne zu Schwerpunkten der europäischen Energiepolitik
17.03.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hr. Peter Terium (RWE)</li> </ul>	Abendessen im Rahmen der Deutsch-Italienischen Regierungs-



Datum	Gesprächspartner/in	Anlass/Themen
		konsultationen mit Unternehmensvertretern; allgemeine Wirtschaftspolitische Themen
18.06.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Peter Terium (RWE)</li> <li>Hr. Robert Dudley (BP)</li> </ul> (unter Teilnahme von BM Peter Altmaier)	Abendessen mit einer Unternehmerdelegation des World Economic Forum; allgemeine wirtschaftspolitische Themen
06.10.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Johannes Kempmann (BDEW)</li> <li>Fr. Hildegard Müller (BDEW)</li> </ul>	Gespräch über allgemeine Themen der Energie- und Umweltpolitik
13.10.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Peter Terium (RWE)</li> </ul>	Gespräch über aktuelle energiepolitische Themen, u. a. Versorgungssicherheit.
04.05.2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Peter Terium (RWE)</li> <li>Hr. Dr. Johannes Teyssen (E.ON)</li> <li>Hr. Gérard Mestrallet (ENGIE)</li> <li>Hr. Daniel Beneš (ČEZ)</li> <li>Hr. Ignacio S. Galán (Iberdrola)</li> <li>Hr. Dr. Gertjan Lankhorst (Gas Terra)</li> <li>Hr. Timo Karttinen (Fortum Oyj)</li> <li>Hr. Francesco Starace (ENEL)</li> <li>Hr. Ian Conn (Centrica)</li> <li>Hr. Claudio Descalzi (ENI)</li> <li>Hr. Rafael Villaseca (Gas Natural Fenosa)</li> </ul> (unter Teilnahme BM Peter Altmaier, BM Sigmar Gabriel)	Gespräch mit Vorstandsvorsitzenden europäischer Energiekonzerne zu Schwerpunkten der europäischen Energiepolitik
<b>Gesprächstermine von Herrn BM Altmaier</b>		
20.01.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Oliver Bell (WVM/Norsk Hydro)</li> </ul>	Gespräch über allgemeine energiepolitische Themen
21.02.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Peter Terium (RWE)</li> </ul>	Gespräch über energiepolitische Themen, u. a. EEG-Reform
27.03.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Johannes Teyssen (E.ON)</li> </ul>	Gespräch über Versorgungssicherheit u. a. Themen
16.06.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Frau Hildegard Müller (BDEW)</li> </ul>	Gespräch über allgemeine Themen der Energie- und Umweltpolitik
24.06.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Helge Lund (Statoil)</li> </ul>	Gespräch über energiepolitische Themen, u. a. Versorgungssicherheit.
14.11.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Frau Hildegard Müller (BDEW)</li> </ul>	Gespräch über allgemeine Themen der Energie- und Umweltpolitik
01.12.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Matthias Hartung (RWE)</li> <li>Hr. Dr. Rolf Martin Schmitz (RWE)</li> </ul>	Gespräch über aktuelle Entwicklungen der Energiepolitik, u.a. Strommarktdesign
05.12.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Dr. Johannes Teyssen (E.ON)</li> </ul>	Gespräch über die geplante Umstrukturierung von E.ON
03.03.2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>Frau Hildegard Müller (BDEW)</li> </ul>	Gespräch über allgemeine Themen der Energie- und Umweltpolitik

Datum	Gesprächspartner/in	Anlass/Themen
16.03.2015	• Hr. Dr. Johannes Teyssen (E.ON)	Gespräch über allgemeine energiepolitische Themen
15.04.2015	• Hr. Dr. Jürgen Bock (BASF)	Gespräch über allgemeine wirtschaftspolitische Themen

**BMW**

Datum	Gesprächspartner/in	Anlass/Themen
<b>Gesprächstermine von Herrn BM Gabriel</b>		
28.01.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hr. Ewald Woste (BDEW)</li> <li>• Hr. Dr. Leonhard Birnbaum (E.ON SE)</li> <li>• Hr. Peter Terium (RWE)</li> <li>• Dr. Frank Mastiaux (EnBW) (unter Teilnahme von St Baake und PSt Beckmeyer)</li> </ul>	Gespräche zu EEG/EEG-Novelle
31.01.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Frau Hildegard Müller (BDEW) sowie weitere Vertreter des BDEW</li> </ul>	Gespräche über aktuelle energiepolitische Themen, u. a. EEG/EEG-Novelle
13.02.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hr. Ivo Gönner (VKU)</li> <li>• Hr. Hans-Joachim Reck (VKU)</li> </ul>	Gespräch über aktuelle energiepolitische Themen, u.a. EEG/EEG-Novelle, Beitrag der kommunalen Unternehmen zur Energiewende
13.02.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Herr Dr. Johannes Teyssen (E.ON SE)</li> <li>• Herr Dr. Leonhard Birnbaum (E.ON SE)</li> </ul>	Gespräche über aktuelle energiepolitische Themen
18.02.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Herr Peter Terium (RWE AG),</li> <li>• Herr Peter Heinacher (RWE AG)</li> <li>• Herr Alexander Nolden (RWE AG) (unter Teilnahme von St Baake)</li> </ul>	Gespräch über aktuelle energiepolitische Themen, u. a. EEG/EEG-Novelle, Emissionshandel
27.02.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Herr Dr. Frank Mastiaux (EnBW AG)</li> </ul>	Gespräch über aktuelle energiepolitische Themen, u. a. EEG/EEG-Novelle, Emissionshandel
13.03.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hr. Miller (Gazprom)</li> <li>• Hr. Teyssen (E.ON)</li> </ul>	Gespräch zur Versorgungssicherheit u. a. aktuelle energiepolitische Themen
14.03.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Herr Ewald Woste (BDEW) sowie weitere Vertreter des BDEW,</li> <li>• Herr Dr. Frank Mastiaux (EnBW AG),</li> <li>• Herr Dr. Bernd-Michael Zinow (EnBW AG),</li> <li>• Herr Peter Terium (RWE AG),</li> <li>• Herr Dr. Florian Bieberbach (Stadtwerke München),</li> <li>• Herr Christoph Dany (Stadtwerke München),</li> <li>• Herr Tuomo J. Hatakka (Vattenfall)</li> </ul>	Gespräch mit Energiekonzernen und Stadtwerken über aktuelle energiepolitische Themen, u. a. EEG/EEG-Novelle, Energiewende, Kapazitätsmechanismen



Datum	Gesprächspartner/in	Anlass/Themen
	GmbH) sowie weitere Vertreter der Vattenfall GmbH (unter Teilnahme von St Baake)	
19.03.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Herr Dr. Peter Blauwhoff (Shell Deutschland GmbH/MWV)</li> <li>Hr. Dr. Klaus Picard (MWV)</li> </ul>	Gespräch mit dem Vorstand des Mineralölwirtschaftsverbandes (MWV) über aktuelle energiepolitische Themen, u. a. Umsetzung der Energiewende (Stromkosten, Besondere Ausgleichsregelung, Eigenstromprivileg); Zukunft Raffineriestandorte in Deutschland
07.04.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Dr. Gernot Kalkoffen (WEG/ExxonMobil)</li> </ul>	Versorgungssicherheit, Erdgasförderung in DEU, Fracking u. a. Themen
02.06.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Frau Hildegard Müller (BDEW)</li> </ul>	Gespräch über aktuelle energiepolitische Themen, u. a. Energiewende, Versorgungssicherheit
19.06.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Ivo Gönner (VKU)</li> <li>Hr. Michael Wübbels (VKU)</li> <li>Hr. Hans-Joachim Reck (VKU)</li> </ul>	Gespräch mit dem VKU zu aktuellen energiepolitischen Themen, u. a. Kapazitätsmärkte und KWKG, Versorgungssicherheit, Kapazitätsmärkte, Plattform Strommarkt
25.06.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Helge Lund (Statoil) (unter Teilnahme von St Baake)</li> </ul>	Gespräch zur Versorgungssicherheit, Klimaschutz u. a. aktuelle energiepolitische Themen
17.07.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Lars G. Nordström (Vattenfall)</li> <li>Hr. Tuomo J. Hattaka (Vattenfall) und andere Teilnehmer</li> </ul>	Gespräch zu aktuellen energiepolitischen Themen (Auswirkungen der Energiewende)
05.09.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Dr. Johannes Teyssen (E.ON)</li> </ul>	Gespräch zu aktuellen energiepolitischen Themen am Rande eines Deutsch-Französischen Unternehmertreffens in Evian
16.10.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Günter Friedl (Fachverband Tankstellengewerbe)</li> <li>Hr. Jürgen Ziegner (Zentralverband des Tankstellengewerbes e.V.)</li> <li>Hr. Peter Hengstermann (Tankstellen-Interessenverband e. V.)</li> <li>Hr. Thomas Grebe (Bundesverband Freier Tankstellen e. V.)</li> <li>Hr. Michael Schmidt (BP Europa SE/MWV)</li> <li>Hr. Dr. Peter Blauwhoff (Shell Deutschland GmbH/MWV)</li> <li>Hr. Dr. Gernot Kalkoffen (Exxon Mobil Europe Holding GmbH)</li> <li>Hr. Georg Ober (Jet Tankstellen Deutschland GmbH)</li> <li>Hr. Hans-Christian Gützkow (TOTAL Deutschland GmbH)</li> <li>Hr. Udo Weber (UNITI – Bundesverband</li> </ul>	Gespräch mit Tankstellenbetreibern, Mineralölkonzernen, Verbänden der Mineralölwirtschaft u. a. zur aktuellen Lage der Branche

Datum	Gesprächspartner/in	Anlass/Themen
	mittelständischer Mineralölunternehmen e. V.)	
31.10.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Kempmann (BDEW)</li> </ul>	Gespräch zu aktuellen energiepolitischen Themen, u. a. Strommarktdesign, KWKG, Netzausbau und -regulierung
24.11.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Peter Terium (RWE)</li> <li>Hr. Tuomo J. Hatakka (Vattenfall)</li> <li>Hr. Joachim Rumstadt (STEAG)</li> <li>Hr. Dr. Frank Mastiaux (EnBW)</li> <li>Hr. Dr. Johannes Teyssen (E.ON)</li> <li>Hr. Hans-Joachim Reck (VKU)</li> <li>Hr. Michael Wübbels (VKU)</li> <li>Hr. Johannes Kempmann (BDEW)</li> <li>Fr. Hildegard Müller (BDEW) und andere Teilnehmer (unter Teilnahme von St Baake)</li> </ul>	Gespräch mit VKU, BDEW, E.ON, RWE, EnBW, Vattenfall, STEAG, Thüga AG zu Maßnahmen zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele
10.12.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Dr. Kurt Bock (BASF)</li> </ul>	Gespräch zur Gasversorgungssicherheit
20.01.2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Johannes Kempmann (BDEW)</li> <li>Fr. Hildegard Müller (BDEW) und andere Mitglieder des Gemeinschaftsausschuss (unter Teilnahme von St Sontowski)</li> </ul>	Gespräch zum Jahreswirtschaftsbericht 2015 mit dem Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft
05.02.2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Hans-Joachim Reck (VKU)</li> <li>Hr. Michael Wübbels und andere Teilnehmer (unter Teilnahme von St Baake)</li> </ul>	Gespräch mit Energieverbänden, Stromnetzbetreibern und Gewerkschaften zum Thema „Grünbuch – Ein Strommarkt für die Energiewende“
13.02.2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Dr. Florian Bieberbach (Stadtwerke München GmbH)</li> <li>Hr. Dr. Werner Brinker (EWE AG)</li> <li>Hr. Dietmar Bückemeyer (Stadtwerke Essen AG)</li> <li>Hr. Michael G. Feist (Stadtwerke Hannover AG)</li> <li>Hr. Stefan Grützmacher (GASAG Berliner Gaswerke AG)</li> <li>Hr. Dr. Gernot Kalkoffen (ExxonMobil Central Europe Holding GmbH) und andere Teilnehmer</li> </ul>	Abendessen mit Vertretern der Energiebranche zu aktuellen energiepolitischen Fragen (Auswirkungen der Energiewende)
23.03.2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Tuomo J. Hatakka (Vattenfall)</li> <li>Fr. Hildegard Müller (BDEW)</li> <li>Fr. Hildegard Müller (BDEW) und andere Teilnehmer</li> </ul>	2. Deutsch-Polnisches Energieforum zur europäischen Dimension der deutschen Energiewende und anderen Fragen der DEU-POL Zusammenarbeit innerhalb Europas
27.03.2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Dr. Leonhard Birnbaum (E.ON)</li> <li>Hr. Dr. Rainer Seele (Wintershall)</li> <li>Hr. Dr.-Ing. Wolfgang Cieslik (STEAG)</li> <li>Hr. Dr. Harald Schwager (BASF)</li> <li>Hr. Dr. Frank Mastreux (EnBW)</li> </ul>	Gespräch mit dem Deutsch-Polnischen Energie-Wirtschaftsarbeitskreis/ Energiedialog mit Stephan Kohler zu Fragen der europäischen Energiepolitik, u. a. die Europäische Energieunion und deren Auswirkungen für den polnischen



Datum	Gesprächspartner/in	Anlass/Themen
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Dr. Tuomo J. Hattaka (Vattenfall) und andere Teilnehmer</li> </ul>	und deutschen Energiemarkt
21.04.2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Dr. Ivo Gönner (VKU)</li> <li>Hr. Michael Riechel (Thüga AG)</li> </ul>	Gespräch zu aktuellen energiepolitischen Fragen, u.a. KWKG, Strommarktdesign, Netzausbau
<b>Gesprächstermine von Herrn St Baake</b>		
23.01.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hildegard Müller (BDEW)</li> <li>Hans-Joachim Reck ( VKU)</li> <li>Herr Dr. Falk (BEE)</li> </ul>	EEG-Reform
28.01.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Helmut Lamp (BBE)</li> <li>Ewald Woste (BDEW)</li> <li>Dr.-Ing. Fritz Brickwedde (BEE)</li> <li>Dr. Günther Häckl (BSW)</li> <li>Sylvia Pilarsky-Grosch (BWE)</li> <li>Dr. Leonhard Birnbaum (E.ON SE)</li> <li>Dr. Frank Mastiaux (EnBW)</li> <li>Hans-Dieter Kettwig (ENERCON GmbH)</li> <li>Peter Terium (RWE AG)</li> <li>Dr. Florian Bieberbach (Stadtwerke München)</li> <li>Jens Eckhoff (Stiftung Offshore-Windenergie)</li> <li>Andreas Feicht (VKU)</li> <li>Vertreter vom vzbv</li> <li>Sven Becker (Trianel GmbH)</li> <li>Dr. Werner Brinker (EWE AG)</li> <li>Fred Jung (juwi AG)</li> <li>(Teilnahme am BM-Gespräch)</li> </ul>	EEG-Reform
18.02.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Dr. Ingo Luge (E.ON SE)</li> <li>Michael Schmidt (BP Europa SE)</li> <li>Vertreter der RWE Power AG</li> <li>Dr. Utz Tillmann (VCI)</li> </ul>	Energiewende
18.02.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Peter Terium (RWE)</li> <li>(Teilnahme am BM-Gespräch)</li> </ul>	Strommarkt
14.03.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ewald Woste (BDEW)</li> <li>sowie weitere Vertreter des BDEW</li> <li>Dr. Frank Mastiaux (EnBW AG)</li> <li>Dr. Bernd-Michael Zinow (EnBW AG)</li> <li>Peter Terium (RWE AG)</li> <li>Dr. Florian Bieberbach (Stadtwerke München)</li> </ul>	EEG-Reform

Datum	Gesprächspartner/in	Anlass/Themen
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Christoph Dany (Stadtwerke München)</li> <li>Tuomo J. Hatakka (Vattenfall GmbH)</li> <li>sowie weitere Vertreter der Vattenfall GmbH (Teilnahme am BM-Gespräch)</li> </ul>	
20.03.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Eberhard Schomburg (E.ON SE)</li> <li>Fred Schulz (E.ON SE)</li> <li>Herr Mike Winkel (E.ON SE)</li> <li>sowie weiterer Vertreter von E.ON SE (BM-Terminübernahme)</li> </ul>	Erzeugungs- und Netzthemen
26.03.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Dr. Gernot Kalkoffen (WEG/ExxonMobil)</li> </ul>	Erdgasförderung in DEU, Fracking
06.05.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Per Øyvind Langeland (Confederation of Norwegian Enterprise)</li> <li>Petter Haas Brubakk (Confederation of Norwegian Enterprise)</li> <li>Per Anker-Nilssen (Confederation of Norwegian Enterprise)</li> </ul>	Energiewende
25.06.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Helge Lund, Statoil</li> <li>(Teilnahme am BM-Gespräch)</li> </ul>	Versorgungssicherheit, Klimaschutz u.a.
14.07.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Timm Kehler (Erdgas-mobil),</li> <li>Hr. Peter Meyer (Erdgas-mobil),</li> <li>Hr. Klaus-Peter Dietmeyer (Erdgas Schwaben/Thüga)</li> <li>Hr. Ulrich Danco (E.ON AG)</li> </ul>	Energiepolitischer Fachaustausch mit stellv. Parteivorsitzenden der SPD, Thorsten Schäfer-Gümbel
17.07.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Peter Terium (RWE)</li> <li>Andreas Zetzsche (RWE)</li> <li>Dr. Peter Heinacher (RWE)</li> </ul>	URENCO
10.10.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Dr. Leonhard Birnbaum (E.ON)</li> <li>Dr. Knott (E.ON)</li> </ul>	Strommarkt
10.10.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Matthias Hartung (RWE)</li> <li>Dr. Rolf Martin Schmitz (RWE)</li> </ul>	Strommarkt
15.10.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Dr. Hans-Josef Zimmer (EnBW)</li> <li>Dr. Bernd-Michael Zinow (EnBW)</li> </ul>	Strommarkt
15.- 17.10.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Steinar Bysveen (Statkraft)</li> <li>Hr. Eldar Sætre (Statoil)</li> </ul>	Dienstreise Norwegen (u. a.: NVE-Jahreskonferenz, Besuch Statkraft-Konzern, Besuch Statoil-Konzern, Besichtigung Bohrsinsel)
24.11.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Peter Terium (RWE)</li> <li>Tuomo Hatakka (Vattenfall)</li> <li>Joachim Rumstadt (STEAG GmbH)</li> <li>Dr. Frank Mastiaux (EnBW AG)</li> <li>Dr. Johannes Theyssen (E.ON AG)</li> <li>Hans-Joachim Reck (VKU)</li> </ul>	Stromwirtschaft

Datum	Gesprächspartner/in	Anlass/Themen
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Michael Wübbels (VKU)</li> <li>Johannes Kempmann (BDEW)</li> <li>Hildegard Müller (BDEW)</li> <li>Michael Riechel (Thüga AG)</li> </ul>	
12.12.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hildegard Müller (BDEW)</li> <li>Andreas Kuhlmann (BDEW)</li> </ul>	Strommarkt
04.02.2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>Dr. Claus Dieter Hoffman (EnBW AG)</li> <li>Landrat Heinz Seiffert (EnBW AG)</li> <li>Landrat Dr. Wolf-Rüdiger Michel (EnBW AG)</li> <li>Landrat Lothar Wölfe (OEW)</li> <li>Barbara Endriss (OEW)</li> </ul>	Strommarkt, Netze, ETS
05.02.2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>Michael Vassiliadis (IG BCE)</li> <li>Dr. Hermann Falk (BEE)</li> <li>Dr. Urban Keussen (TenneT TSO GmbH)</li> <li>Dr. Utz Tillmann (VCI)</li> <li>Dr. Eric Schweitzer (DIHK)</li> <li>Dr. Hans-Martin Huber-Ditzel (bne)</li> <li>Stefan Körzell (DGB)</li> <li>Dr. Dirk Biermann (50Hertz)</li> <li>Olivier Feix (50Hertz)</li> <li>Dr. Markus Kerber (BDI)</li> <li>Hans-Joachim Reck (VKU)</li> <li>Dr. Hans-Jürgen Brick (Amprion GmbH)</li> <li>Dr. rer. Nat. Roland Mohr (VIK)</li> <li>Johannes Kempmann (BDEW)</li> <li>Dr. Rainer Joswig (Transnet BW)</li> </ul>	Strommarkt
10.02.2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>Johannes Kempmann (BDEW)</li> <li>Hildegard Müller (BDEW)</li> </ul>	Strommarkt Klimaschutz
17.02.2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>Matthias Hartung (RWE)</li> </ul>	CO <sub>2</sub> -Kraftwerke und Strommarkt
23.03.2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>Dr. Axel Botzenhardt (Thyssen Gas)</li> <li>Gregor Seidewinkel (Thyssen Gas)</li> </ul>	Novelle der Anreizregulierung Netzkodex „Tarife“ Konsolidierung Marktgebiete
27.02.2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>Dr. Markus Kerber (BDI)</li> <li>Dr. Carsten Rolle (BDI)</li> </ul>	EEG-Reform
<b>Gesprächstermin von Frau PSt'in Gleicke</b>		
18.06.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hr. Jos van Winsen (PCK Raffinerie)</li> </ul>	Besuch der Firma PCK Raffinerie GmbH in Schwedt im Rahmen des Pro-



Datum	Gesprächspartner/in	Anlass/Themen
		jektes SCHULEWIRTSCHAFT (Preisträger in der Kategorie großes Unternehmen für die beste Kooperation mit Schulen zur Berufsorientierung Jugendlicher)
<b>Gesprächstermine von Frau PSt'in Zypries</b>		
29.04.2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hr. Dr. Grebe (BFT)</li> <li>• Hr. Jäckel (Bundesverband Tankstellen und gewerbliche Autowäsche)</li> <li>• Hr. Dr. Blauwhoff (MWV)</li> <li>• Hr. Hengstermann (Tankstellen – Interessenverband)</li> <li>• Hr. Weber (UNITI)</li> <li>• Hr. Friedl (Tankstellengewerbe Bayern)</li> <li>• Hr. Vollmer (ZTG)</li> </ul>	Unterzeichnung des Verhaltenskodex für das Tankstellengewerbe
<b>Gesprächstermine von Herrn PSt Beckmeyer</b>		
17.03.2014	• Andreas Kuhlmann (BDEW)	Vorstellung des BDEW
11.06.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hr. Dirk Güsewell (EnBW Erzeugung AG)</li> <li>• Hr. Andreas Renner (Berliner Repräsentanz EnBW)</li> </ul>	Gespräch mit EnBW AG zu Offshore-Windenergie
02.07.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hr. Rainer Winzenried (MEW/AFM+E)</li> <li>• Hr. Peter Wallny (AFM+E)</li> </ul>	Vorstellung des MEW, Bremer Klimaschutzgesetz, Schwefelgrenzwerte in der Seeschifffahrt
04.07.2014	• Hr. Mahinde Abeynaike (Borin Linde LNG GmbH & Co. KG)	LNG-Infrastruktur
15.10.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hr. Dr.-Ing. Leonhard Birnbaum (E.ON AG)</li> <li>• Hr. Christopher Delbrück (E.ON Global Commodities)</li> </ul>	LNG in der Schifffahrt
16.10.2014	• Hr. Dr. Werner Brinker (EWE AG)	DLR-Forschungszentrum NEXT-ENERGY
29.10.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hr. Dr. Bernd-Michael Zinow (EnBW AG)</li> <li>• Hr. Dirk Güsewell (EnBW Erzeugung AG)</li> </ul>	Offshore-Windenergie
03.11.2014	• Fortsetzung der Gespräch mit EnBW vom 29.10.2014 (Teilnehmer siehe oben)	Offshore-Windenergie
15.12.2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hr. Dev Sanyal (BP Group)</li> <li>• Hr. Michael Schmidt (BP Europa SE)</li> </ul>	Lage im internationalen Öl- und Gasmarkt
03.02.2015	• Hr. Dr. Peter Blauwhoff (Shell Deutschland Oil GmbH)	LNG in der Schifffahrt, Mineralöl- und Erdgasmarkt
04.02.2015	• Hr. Elmar Mamedow (SOCAR - State Oil Company of Azerbaijan Repräsentanz Deutschland)	Wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Öl- und Gasmarkt

Datum	Gesprächspartner/in	Anlass/Themen
05.02.2015	• Hr. Harald Dany (Atlas Copco Energas GmbH)	Novellierung des KWK-Gesetzes
24.02.2015	• Hr. Dr. Christoph Löwer (ALSTOM Deutschland AG)	Offshore-Windenergie
09.03.2015	• Hr. Dr. Christoph Löwer (ALSTOM Deutschland AG)	Folgegespräch zu Offshore-Windenergie
<b>Gesprächstermine von Herrn St Machnig</b>		
20.10.2014	• Hr. Michael Wübbels (VKU)	Antrittsbesuch
05.11.2014	• Hr. Dr. Peter Blauwhoff (Shell)	Fracking
05.11.2014	• Hr. Dr. Leonhard Birnbaum (E.ON AG)	Antrittsbesuch, aktuelle Fragen der Energiepolitik
18.12.2014	• Fr. Hildegard Müller (BDEW)	Energiepreise
12.01.2015	• Hr. Tuomo Hatakka (Vattenfall)	aktuelle Fragen der Energiepolitik
17.02.2015	• Hr. Matthias Hartung (RWE Power)	aktuelle Fragen der Energiepolitik
05.03.2015	• Hr. Dr. Leonhard Birnbaum (E.ON)	aktuelle Fragen der Energiepolitik
06.03.2015	• Hr. Dr. Christopher Grünewald (BDI Energieausschuss) und weitere Sitzungsteilnehmer	Rede beim BDI-Energieausschuss zu Energie- und Industriepolitik
12.03.2015	• Hr. Michael Wübbels (VKU)	Situation der kommunalen Energieversorgungsunternehmen
17.04.2015	• Hr. Dr. Guido Knott (E.ON AG)	Umbau E.ON-Konzern
31.03.2015	• Hr. Dr. Gernot Kalkoffen (WEG/ExxonMobil)	Erdgasförderung in DEU, Fracking
<b>Gesprächstermin von St Kapferer</b>		
23.01.2014	• Fr. Hildegard Müller (BDEW)	
16.06.2014	• Hr. Dr. Gernot Kalkoffen (ExxonMobil/WEG)	Erdgasförderung in DEU, Fracking

**BMUB**

Datum	Gesprächspartner/in	Anlass/Themen
<b>Gesprächstermine von Frau BM'in Hendricks</b>		
12.02.2014	• Hr. Dr. Johannes Teyssen (E.ON AG)	Bedeutung von Klimaschutzaspekten bei der Weiterentwicklung der Energiewende, klimapolitische Ziele der Bundesregierung, ETS
21.02.2014	• Hr. Peter Terium (RWE AG)	Allg. umwelt- und energiepolitische Themen, klimapolitische Ziele der Bundesregierung
11.03.2014	• Fr. Hildegard Müller (BDEW)	Allgemeine umwelt- und energiepolitische Fragen, klimapolitische Ziele der Bundesregierung
31.03.2014	• Hr. Peter Terium (RWE AG)	Allg. umwelt- und energiepolitische Themen, Aktionsprogramm Klimaschutz der



Datum	Gesprächspartner/in	Anlass/Themen
		Bundesregierung
13.08.2014	• Hr. Peter Terium (RWE AG)	Allgemeine umwelt- und energiepolitische Fragen, ETS, klimapolitische Ziele der Bundesregierung
09.10.2014	• Hr. Dr. Frank Mastiaux (EnBW)	Aktionsprogramm Klimaschutz der Bundesregierung, ETS, Energieeffizienz, Fracking
26.11.2014	• Hr. Dr. Kurt Bock (BASF SE) • Hr. Wolfgang Niedermark (BASF SE)	Allg. umwelt- und energiepolitische Fragen, Aktionsprogramm Klimaschutz der Bundesregierung
02.12.2014	• Hr. Dr. Leonhart Birnbaum (E.ON AG)	Bedeutung von Klimaschutzaspekten bei der Weiterentwicklung der Energiewende, klimapolitische Ziele der Bundesregierung, ETS
05.12.2014	• Hr. Dr. Johannes Teyssen • Hr. Dr. Leonhart Birnbaum (E.ON AG) (unter Teilnahme von St Flasbarth)	Allg. umwelt- und energiepolitische Themen, klimapolitische Ziele der Bundesregierung
<b>Gesprächstermine von Herrn St Flasbarth</b>		
04.02.2014	• Fr. Hildegard Müller (BDEW)	Umsetzung Klimaschutzziel 2020
21.02.2014	• Hr. Dr. Gernot Kalkoffen (ExxonMobil/WEG)	Rolle von Erdgas für Energieversorgungssicherheit/Fracking
22.08.2014	• Hr. Dr. Linke (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW))	Energiewende, Klimaschutzziele, Erneuerbare Energien, Power-to-Gas
<b>Gesprächstermine von Herrn St Adler</b>		
16.07.2014	• Hr. Dr. Gernot Kalkoffen (WEG/ExxonMobil) • Hr. Schmid (WEG)	Fracking
31.07.2014	• Fr. Hildegard Müller (BDEW)	Spurenstoffe, Fortschreibung der OGewV, 4. Reinigungsstufe, Fracking
29.08.2014	• Fr. Menhart (Shell Deutschland Oil GmbH) • Hr. Dr. Weber (Shell Deutschland Oil GmbH)	Fracking
<b>Gesprächstermine von Frau PSt'in Schwarzelühr-Sutter</b>		
01.04.2015	• Fr. Hildegard Müller (BDEW)	Nationaler Klimaschutzplan, energetische Gebäudesanierung, Naturschutz,

Datum	Gesprächspartner/in	Anlass/Themen
		Luftqualität
22.09.2014	• Hr. Dr. Blauwhoff (Shell Deutschland GmbH)	Emissionshandel, EU 2030 Framework, Rolle von Gas im Energiemix

### Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

8. Abgeordnete  
**Agnieszka Brugger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Hintergründe der nichtautorisierten Gewalt durch UN-Blauhelme in Gao/Mali Ende Januar 2015 gegenüber Demonstranten mit drei Todesopfern und 13 Verletzten (dpa-Meldung vom 2. April 2015), und welche Konsequenzen werden im Konkreten aus diesem Vorfall für die UN-Mission MINUSMA gezogen?

### Antwort des Staatssekretärs Stephan Steinlein vom 7. Mai 2015

Am 27. Januar 2015 kam es in Gao zu gewalttätigen Demonstrationen gegen MINUSMA. Entgegen dem Abkommen mit der Gastregierung, in deren Zuständigkeit die Überwachung der Demonstration gelegen hätte, waren die MINUSMA-Sicherheitskräfte auf sich allein gestellt. Bei der Auseinandersetzung waren drei zivile Todesopfer sowie Verletzte auf beiden Seiten zu beklagen. Deutsches MINUSMA-Personal war nicht am Einsatz beteiligt.

Der VN-Generalsekretär Ban Ki-moon kündigte im Nachgang des Zwischenfalls eine umfassende Untersuchung an. Am 2. April 2015 erklärte der Sprecher des VN-Generalsekretärs, dass der VN-interne Untersuchungsbericht vorliegt. Das Untersuchungsteam sei zu dem Schluss gekommen, dass einzelne Mitglieder der Polizeieinheit von MINUSMA nicht genehmigte und unverhältnismäßige Gewalt (letaler Waffeneinsatz) gegen zivile Demonstranten angewandt haben, was zum Tod von drei Demonstranten und zur Verwundung von vier weiteren geführt habe. Ferner wird in dem Untersuchungsbericht festgestellt, dass einige Protestler und Organisatoren der Demonstration Verantwortung für Gewaltausschreitungen bei der Demonstration tragen. Dies beinhaltete auch den Einsatz von Molotow-Cocktails, Steinen und von Versuchen, gewaltsam in das MINUSMA-Lager vorzudringen. Fünf Polizisten von MINUSMA wurden dabei verletzt. Der VN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat sein tiefes Bedauern für die zivilen Opfer ausgedrückt und verurteilt den Verstoß gegen die MINUSMA-Vorschriften. Der Truppensteller kündigte im Nachgang einer eigenen Untersuchung die Ablösung der Polizeieinheit an. Den Angehörigen der Opfer wurden Kompensationszahlungen zugesichert.

9. Abgeordnete  
**Sevim  
Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob sich im Februar 2015 Vertreter der islamistischen „Fadschr Libia“ mit dem ukrainischen Außenminister Pawlo Klimkin in Kiew getroffen haben, weil sie mit ukrainischer Hilfe MiG-23-Kampfflugzeuge aus Muammar-al-Gaddafi-Zeiten wieder einsatzfähig machen wollen ([www.newsweek.com/rival-libyan-factions-travel-kiev-and-moscow-seeking-support-304879](http://www.newsweek.com/rival-libyan-factions-travel-kiev-and-moscow-seeking-support-304879)), und inwieweit sind nach Kenntnis der Bundesregierung diese Bemühungen erfolgreich gewesen vor dem Hintergrund, dass die islamistische „Fadschr Libia“ eigene Luftstreitkräfte aufgebaut zu haben scheint, die im Februar 2015 die Stadt az-Zintan bombardiert haben soll ([www.nytimes.com/2015/02/18/world/middleeast/islamist-faction-in-libya-now-strikes-from-the-sky.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2015/02/18/world/middleeast/islamist-faction-in-libya-now-strikes-from-the-sky.html?_r=0)) und seitdem verschiedene Luftangriffe auf Stellungen der Regierung – etwa in as-Sidr oder Ras Lanuf – geflogen sein sollen ([www.reuters.com/article/2015/03/03/us-libya-security-idUSKBN0LZ0Q620150303](http://www.reuters.com/article/2015/03/03/us-libya-security-idUSKBN0LZ0Q620150303))?

**Antwort der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer  
vom 7. Mai 2015**

Der Bundesregierung liegen keine Informationen zu einem Treffen von Vertretern der libyschen „Operation Morgenröte“ (Fajr Libya) mit dem ukrainischen Außenminister Pawlo Klimkin im Februar 2015 vor.

Die Kräfte der „Operation Morgenröte“ verfügen bereits seit Mitte 2014 über militärische Luftfahrzeuge, mit denen Ziele in Zintan und ab März 2015 auch in As Sidra und Ras Lanuf bekämpft wurden. Darunter sollen sich auch mindestens zwei MiG-23 befunden haben. Presseinformationen, denen zufolge diese militärischen Luftfahrzeuge zuvor durch ukrainische Techniker instand gesetzt worden sein sollen, können von der Bundesregierung nicht bestätigt werden.

10. Abgeordneter  
**Dieter  
Janecek**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- War das für den zivilen Luftverkehr zuständige Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über den nun bekannt gewordenen Kabelbericht des Auswärtigen Amts zur Sicherheitslage im Luftraum über der Ostukraine nach dem Abschuss eines Antonow-AN-26-Transportflugzeuges am 14. Juli 2014 informiert (vgl. WDR, NDR und Süddeutsche Zeitung vom 27. April 2015), und an welche Stellen wurden die Informationen weitergegeben?

**Antwort des Staatsministers Michael Roth  
vom 6. Mai 2015**

Die Bundesregierung ist am 14. Juli 2014 von der ukrainischen Regierung in einem Briefing des ukrainischen Außenministeriums über die eskalierende militärische Lage in der Ostukraine unterrichtet worden. In diesem Zusammenhang wurde ebenso wie durch öffentliche Aussagen der ukrainischen Regierung der Abschuss eines ukrainischen Militärflugzeuges bekannt. Darüber wurde auch zeitnah in den deutschen Medien berichtet. Zivile Überflüge über die Ostukraine und deren Sicherheit wurden bei dem Treffen nicht thematisiert.

Darüber hinausgehende eigene Erkenntnisse zur Sicherheit ziviler Überflüge über die Ostukraine lagen der Bundesregierung nicht vor, sodass sich eine Weitergabe von Informationen durch die Bundesregierung erübrigte.

Interne Unterlagen des Auswärtigen Amts, darunter auch das Dokument, auf das in der Frage Bezug genommen wird, bewerteten die politischen Implikationen des Abschusses.

- |  |   |
|--|---|
| 11. Abgeordneter<br><b>Dr. Tobias Lindner</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Über welche Kenntnisse verfügt die Bundesregierung bezüglich der Funktion und Rolle von Einrichtungen auf dem US-Stützpunkt in Ramstein im Rahmen des weltweiten Einsatzes von unbemannten Luftfahrzeugen der Vereinigten Staaten von Amerika (USA), und zu welchem Ergebnis ist die Bundesregierung bei ihrer Prüfung der Vereinbarkeit der tatsächlichen Nutzung des Stützpunktes mit dem Vertrag zur Nutzung der Liegenschaft, den die Bundesrepublik Deutschland und die USA geschlossen haben, gekommen (vgl. DER SPIEGEL, Nr. 17/2015)? |
|--|---|

**Antwort des Staatsministers Michael Roth  
vom 5. Mai 2015**

Der US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein wird von den USA ohne die Mitwirkung der Bundesregierung betrieben und genutzt.

Der Generalbundesanwalt prüft weiterhin, ob es Anhaltspunkte für in seine Verfolgungszuständigkeit fallende Straftaten im Zusammenhang mit etwaigen von Deutschland aus geplanten, gesteuerten oder überwachten Drohneneinsätzen gibt.

- |  |   |
|--|---|
| 12. Abgeordnete<br><b>Nicole Maisch</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Warum erklärte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Schriftliche Frage 20 des Abgeordneten Markus Tressel auf Bundestagsdrucksache 18/2256, sie habe „keine eigenen Erkenntnisse darüber, dass die pro-russischen Separatisten in der Ostukraine über schwere |
|--|---|

Luftabwehrwaffen mit großer Reichweite verfügten“, obwohl sie nach Recherchen der ARD bereits am 14. Juli 2014 durch den Kabelbericht informiert wurde (vgl. WDR, NDR und Süddeutsche Zeitung vom 27. April 2015), und warum hat die Bundesregierung es unterlassen, die deutschen Luftfahrtunternehmen über diese Entwicklung zu informieren?

**Antwort des Staatsministers Michael Roth  
vom 6. Mai 2015**

Die Bundesregierung ist am 14. Juli 2014 von der ukrainischen Regierung in einem Briefing des ukrainischen Außenministeriums über die eskalierende militärische Lage in der Ostukraine unterrichtet worden. In diesem Zusammenhang wurde ebenso wie durch öffentliche Aussagen der ukrainischen Regierung der Abschuss eines ukrainischen Militärflugzeuges bekannt. Darüber wurde auch zeitnah in den deutschen Medien berichtet. Zivile Überflüge über die Ostukraine und deren Sicherheit wurden bei dem Treffen nicht thematisiert.

Darüber hinausgehende eigene Erkenntnisse zur Sicherheit ziviler Überflüge über die Ostukraine lagen der Bundesregierung nicht vor, sodass sich eine Unterrichtung der deutschen Luftfahrtunternehmen durch die Bundesregierung erübrigte.

Interne Unterlagen des Auswärtigen Amts, darunter auch das Dokument, auf das in der Frage Bezug genommen wird, bewerteten die politischen Implikationen des Abschusses.

- |   |   |
|---|---|
| 13. Abgeordneter<br><b>Peter<br/>Meiwald</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Mit welchen Maßnahmen aus dem Portfolio der Zivilen Konfliktbearbeitung versucht die Bundesregierung aktuell, den Prozess einer Befriedung des innerstaatlichen Konflikts in der Zentralafrikanischen Republik zu unterstützen bzw. voranzutreiben? |
|---|---|

**Antwort der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer  
vom 7. Mai 2015**

Die Bundesregierung unterstützt den Prozess einer Befriedung des innerstaatlichen Konflikts in der Zentralafrikanischen Republik vor allem über die Peacebuilding-Kommission der Vereinten Nationen. Im Jahr 2014 hat die Bundesregierung 6 Mio. Euro in den Peacebuilding Fund der Vereinten Nationen eingezahlt. Aus dem Peacebuilding Fund werden auch Maßnahmen der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik finanziert. Schwerpunkt dieser Maßnahmen ist die Unterstützung beim Wiederaufbau elementarer Funktionen von Staatlichkeit. Darüber hinaus prüft die Bundesregierung den Einstieg des Zivilen Friedensdienstes in der Zentralafrikanischen Republik, insbesondere zur Versöhnungs- und Dialogarbeit im Kontext von Flüchtlingen.



14. Abgeordneter  
**Peter Meiwald**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung gegenwärtig Gründe, die einer Intervention im Sinne des Konzeptes der Zivilen Konfliktbearbeitung durch deutsche und internationale nichtstaatliche Gruppen in Zusammenarbeit mit der katholischen und evangelischen Kirche sowie dem muslimischen Imam in der Zentralafrikanischen Republik entgegenstehen, und wenn ja, welche?

**Antwort der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer  
vom 7. Mai 2015**

In vielen Regionen der Zentralafrikanischen Republik, insbesondere in den von Einheiten der ex-Séléka, der anti-Balaka sowie von kriminellen Banden kontrollierten Gebieten, ist die Sicherheitslage nach wie vor volatil. Dies beeinträchtigt maßgeblich die Durchführbarkeit von Maßnahmen im Rahmen der Zivilen Krisenprävention, da ein unkalkulierbares Risiko für die physische Sicherheit von Mitarbeitern und Teilnehmern an Projektmaßnahmen existiert.

In denjenigen Regionen der Zentralafrikanischen Republik, in denen die Sicherheitslage dies zuließ, finden bereits zahlreiche Dialog- und Versöhnungsmaßnahmen im Rahmen der so genannten lokalen Konsultationen (consulations locales) statt. Die Übergangsregierung der Zentralafrikanischen Republik hat auf dieser Basis den Beginn des „Bangui-Forums für Dialog und nationale Versöhnung“ am 4. Mai 2015 angekündigt. Darüber hinaus werden bereits von verschiedenen nichtstaatlichen Organisationen Dialogmaßnahmen durchgeführt.

Die Chancen einer Wirksamkeit von zusätzlichen Maßnahmen deutscher und internationaler nichtstaatlicher Gruppen in Zusammenarbeit mit der katholischen und evangelischen Kirche sowie dem muslimischen Imam in der Zentralafrikanischen Republik im Sinne der Krisenprävention erscheinen momentan eher gering. Es spricht viel dafür, dass es sich bei dem Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik in erster Linie um einen machtpolitischen Konflikt zwischen ethnischen Gruppen handelt, nicht um einen primär religiös motivierten Konflikt. Die religiöse Dimension des Konflikts ergibt sich aus dem Umstand, dass religiöse Zugehörigkeit meist Hand in Hand geht mit ethnischer Zugehörigkeit und Formen wirtschaftlicher Tätigkeit bzw. Berufsgruppen. Konflikte entlang ethnischer und wirtschaftlicher Linien erhalten dadurch sekundär eine religiöse Dimension. Diese liegt dem Konflikt jedoch nicht zugrunde. Angesichts dessen erscheint die Wirksamkeit von Maßnahmen in Zusammenarbeit mit religiösen Führern zurzeit begrenzt.

15. Abgeordneter  
**Omid Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- War die Lage von Nichtregierungsorganisationen in Indien, insbesondere von Greenpeace e. V., Brot für die Welt und vom Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR e. V., Gegenstand der jüngsten Gespräche zwischen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und dem indischen Premierminister Narendra Modi, und welche

Position vertritt die Bundesregierung gegenüber den Kontensperrungen von Greenpeace e. V. seitens der indischen Regierung?

**Antwort der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer  
vom 6. Mai 2015**

Zu den Inhalten des Gesprächs mit dem indischen Premierminister Narendra Modi hat sich die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in der anschließenden gemeinsamen Pressekonferenz geäußert.

Die Bundesregierung verfolgt die aktuelle Diskussion in Indien über die Anwendung von Vorschriften hinsichtlich ausländischer Finanzbeiträge für indische Nichtregierungsorganisationen und deren Folgen mit großer Aufmerksamkeit.

Greenpeace e. V. hat sich in der von Ihnen erwähnten Angelegenheit der Kontensperrungen nicht an die Bundesregierung gewandt. Die genauen Hintergründe des Vorfalls, die über Pressemeldungen hinausgehen, sind der Bundesregierung daher nicht bekannt.

- |  |   |
|--|---|
| 16. Abgeordneter<br><b>Omid<br/>Nouripour</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Eingeständnis der Administration, dass durch einen Drohneneinsatz der amerikanischen Streitkräfte in Pakistan im Januar 2015 ein Mitarbeiter einer deutschen Hilfsorganisation getötet wurde (ZEIT ONLINE, „US-Drohne tötet Al-Kaida-Geiseln“, 23. April 2015)? |
|--|---|

**Antwort der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer  
vom 7. Mai 2015**

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Barack Obama, hat am 23. April 2015 für den Einsatz, bei dem die beiden Hilfsorganisationsmitarbeiter ums Leben gekommen sind, die Verantwortung übernommen. Er hat sein tiefstes Bedauern ausgedrückt und den Angehörigen seine Entschuldigung angeboten. Präsident Barack Obama hat außerdem eine Überprüfung des Einsatzes angeordnet und sich vorbehalten, die zukünftigen Richtlinien für vergleichbare Einsätze zu verändern, um die Tötung von Unschuldigen zu verhindern. Die Bundesregierung begrüßt die transparente Aufarbeitung des Einsatzes.

Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt den Angehörigen von Giovanni Lo Porto und Warren Weinstein.



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

17. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Rechtsgrundlage wird nach Kenntnis der Bundesregierung das Zeigen der Fahne des Staates Israel, beispielsweise auf Anti-Nazi-Protesten oder in Fußballstadien, wie beispielsweise am Wochenende in Berlin (siehe: [www.bild.de/sport/fussball/union-berlin/polizei-verbietet-israel-fahne-40712112.bild.html](http://www.bild.de/sport/fussball/union-berlin/polizei-verbietet-israel-fahne-40712112.bild.html)), von der Polizei unterbunden, und teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass eine Fahne des Staates Israel eine Provokation darstellt, weshalb sie in manchen Situationen nicht gezeigt werden dürfe?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Günter Krings  
vom 4. Mai 2015**

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor, die über die in der Fragestellung zitierte Presseberichterstattung hinausgingen. Verbotsmaßnahmen, wie sie in der Fragestellung beschrieben werden, fallen in die Zuständigkeit der Länder und sind nach dem jeweiligen Landesrecht zu beurteilen. Da die Zuständigkeit der Bundesregierung nicht berührt ist, enthält sie sich einer Bewertung.

18. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Einreisen (Personen und Gruppen aus dem extrem rechten Spektrum) wurden in den letzten zehn Jahren seitens der Bundesregierung wegen möglicher Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Deutschland verweigert, und aus welchen Herkunftsländern stammten die Personen (bitte getrennt nach Jahren auflisten)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder  
vom 6. Mai 2015**

Die Bundespolizei und die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden haben in den Jahren 2005 bis 2014 insgesamt 4 085 Personen aufgrund einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zurückgewiesen. Auf die beigefügte Übersicht wird verwiesen. Darüber hinaus erfolgt keine phänomenologische statistische Erfassung der Einreiseverweigerungen, wie zum Beispiel von „Personen und Gruppen aus dem extrem rechten Spektrum“.

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Afghanistan					1			2	1	1
Ägypten	2				1	7		7	12	9
Albanien		1	1		2		4	16	8	27
Algerien	4	5	1	2		7	4	28	2	4
Angola	1				2	5	3	4	10	5
Äquatorialguinea									2	2
Argentinien				1	1	8	4	14	2	6
Armenien			1						5	2
Aserbaidschan	1							8	16	9
Äthiopien					1	1	3	9	11	2
Australien		2						1		
Bahrain		1								
Bangladesch					2	1			4	7
Belgien		55	2							
Belize			2							
Benin		1						1		
Bolivien	2	10	2			5	1		1	
Bosnien-Herzegowina		1	1		2		1		5	
Botsuana					1					
Brasilien	4	6	2	1	7	41	24	23	23	13
Bulgarien	167	96	1							
Burundi				1						
Chile	2				1	4	3	4	3	1
China	9	1	13	18	38	66	38	83	91	45
Costa Rica						1	3	1		1



[illegible]



[illegible]



	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Malaysia	1	1	4	10	1		5	1	1	3
Malediven						1				
Mali	1				2			1		
Marokko	4		1	1	1	1	1	5	3	
Mauretanien					1		1	1	3	
Mazedonien	2	1		1	5		6	2	5	1
Mexiko	4		2	2	9	9	3	13	7	3
Moldau	3	1				2			4	
Mongolei										
Montenegro						1	2	1		1
Mosambik						1		1		1
Myanmar										1
Namibia				2		2	2			
Nepal				5				6		
Nicaragua						29	4	1		
Niederlande		33	9							
Nigeria	1	4	5	5	5	14	10	11	14	15
Norwegen		5	2							
Oman									3	
Pakistan		2	2	2	3	3	5	5	5	5
Palästina				1		1		2	2	2
Paraguay	4	9			2	16	20	14	2	4
Peru	1	1	2	2		1	4	1		1
Philippinen	1	4	4		1	1	1	4	3	5
Polen	8	62	40							

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ruanda	1							1	2	
Rumänien	30	143			2					1
Russische Föderation	7	9	13	14	6	11	11	109	112	78
Saudi-Arabien							2	34	32	18
Schweden		16	6							
Schweiz	4	1								
Senegal						5		1	1	1
Serbien			4	1	3	10	11	6	2	4
Serbien u. Montenegro	3									
Sierra Leone		1								
Singapur	1					1			1	
Slowakische Republik			1							
Somalia	2		4						1	3
Spanien			3							
Sri Lanka	1	1					2		1	
St. Kitts u. Nevis										1
staatenlos		1						4		1
Südafrika		1				1		4	2	2
Sudan					2	1		3	2	2
Syrien						1	1	2	3	1
Tadschikistan						1				
Taiwan			1		1					1
Thailand		2			1	1	1	3	6	18
Togo						1				
Tschechische Republik	7	28	2							



	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Tunesien	4	1	4		3	3	4	7	12	18
Türkei	6	5	11	8	8	9	15	27	74	44
Ukraine	10	3	6	3		2	2	22	40	37
ungeklärt	1									
Uruguay						1	1	1	1	
USA	2	2	2	2	2	2	2		2	9
Usbekistan	1		3			1		2	1	
Venezuela	2			1	4	17	12	8	6	10
Ver. Arabische Emirate				1			1		1	4
Vietnam				1		1		10	12	4
Weißrussland	1	1		1			2	5	5	10
Gesamtergebnis	334	587	199	104	149	373	284	726	781	548

19. Abgeordnete  
**Sevim  
Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Wie waren die jeweiligen Argumente der Europäischen Kommission bzw. der Bundesregierung in dem Pilotverfahren 2013/3395 bezüglich der Umsetzung der Dogan-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (Rechtssache C-138/13, bitte nach den jeweiligen Schriftsätzen mit Datum und konkretem Inhalt auflisten), und wie hat die Europäische Kommission im Detail die Einleitung eines diesbezüglichen EU-Vertragsverletzungsverfahrens in ihrem förmlichen Mahnschreiben vom 27. März 2015 begründet (bitte ausführlich ausführen und darlegen, warum die Ausführungen der Bundesregierung im Pilotverfahren als unzulässig erachtet wurden)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder  
vom 6. Mai 2015**

Nachdem die Europäische Kommission am 13. Januar 2015 das Pilotverfahren geschlossen hat, nahm die Bundesregierung am 17. März 2015 erneut Stellung. Sie teilte der Kommission mit, dass eine Regelung zum Spracherwerbserfordernis beim Ehegattennachzug Gegenstand eines laufenden Gesetzgebungsverfahrens (gemeint war das bereits in den parlamentarischen Beratungen befindliche „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“) werden sollte. Da der konkrete Inhalt der Regelung erst im Laufe der parlamentarischen Verhandlungen zu dem Gesetzgebungsvorhaben feststehen wird, konnten zu dem Inhalt der geplanten Regelung keine weiteren Aussagen gemacht werden.

Am 27. März 2015 übermittelte die Kommission ihr offizielles Mahnschreiben. Zur Begründung ihrer Entscheidung führt sie im Wesentlichen an, dass § 30 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) seit der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 14. Juli 2014 (C-138/13, Dogan) unverändert geblieben sei. Vielmehr sei die Entscheidung des Gerichtshofes nach dem Vortrag der Bundesregierung im Wege von Erlassen umgesetzt worden. Diese Erlasse hätten nicht den Status von allgemein gültigen Rechtsvorschriften und seien nicht im Bundesgesetzblatt bekannt gemacht worden.

Sie ist der Ansicht, dass eine solche Umsetzung nicht ausreichend sei, um die Verpflichtungen aus dem Gemeinschaftsrecht zu erfüllen.

Vielmehr sei zur Herstellung der Unionsrechtskonformität verbindliches innerstaatliches Recht erforderlich – das ändernde Recht müsse denselben Rang haben wie die zu ändernden Bestimmungen. Kritik an dem Inhalt des Erlasses oder der Ausgestaltung der Härtefallregelung übt die Kommission indes nicht.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf Ihre Schriftliche Frage 29 auf Bundestagsdrucksache 18/4001 verwiesen.



20. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Mit welcher Ausrüstung, welchen Fahrzeugen bzw. welchem Personal will die Bundesregierung die gemeinsamen EU-Operationen zur Bekämpfung unerwünschter Migration im Mittelmeer nach gegenwärtigem Stand unterstützen (bitte Zahl, Typ und Name etwaiger Schiffe bzw. Luftfahrzeuge sowie die Zahl der nach Italien und Griechenland entsandten „Asyl-experten“ angeben; [www.statewatch.org/news/2015/apr/eu-med-crisis-military-ms-pledges.pdf](http://www.statewatch.org/news/2015/apr/eu-med-crisis-military-ms-pledges.pdf)), und welche Unterstützung (Ausrüstung, Fahrzeuge, Personal) ist bereits unterwegs?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 6. Mai 2015**

Eine EU-Operation „zur Bekämpfung unerwünschter Migration“ existiert nicht. Sofern der Fragesteller sich auf die Beteiligung für die von FRONTEX koordinierte grenzpolizeiliche Operation „Triton“ bezieht, basiert die deutsche Beteiligung durch die Bundespolizei auf den Bedarfsanforderungen des zuständigen Einsatzstaates und von FRONTEX.

Die FRONTEX-Jahresplanung 2015 sieht für die Operation „Triton“ den Einsatz eines deutschen „Debriefers“ (Ermittlungsbeamter) von März bis Anfang Mai 2015 sowie den Einsatz eines seeflugtauglichen Polizeihubschraubers für den Monat Juli 2015 vor. Darüber hinaus wurde der Agentur für die Monate Juli und Oktober 2015 jeweils ein zusätzlicher „Debriefer“ angeboten.

Bis Anfang des Jahres 2015 war der operative Bedarf seitens FRONTEX/ITA gedeckt. Auf eine erneute kurzfristige Abfrage der Grenzschutzagentur FRONTEX vom 24. April 2015 wird Deutschland weitere zehn „Debriefers“ und einen weiteren seeflugtauglichen Polizeihubschrauber anbieten.

Die Modalitäten und Unterstellungsverhältnisse für den Einsatz der Bundeswehr-Fregatte Hessen und des Bundeswehr-Einsatzgruppenversorgers Berlin werden derzeit geprüft. Beide Schiffe befinden sich bereits auf dem Weg.

Deutschland unterstützt auf Nachfrage über das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) auf Malta personell die Anstrengungen Italiens und Griechenlands um ein Asylsystem, welches den Vorgaben des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) entspricht. Art und Umfang einer weiteren Unterstützung werden zurzeit geprüft.

21. Abgeordneter  
**Christian Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über den Sachstand, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mehr Personal einzustellen beabsichtigt, um die Asylverfahren von Kosovaren zu priorisieren und diese auf 14 Tage zu verkürzen (tatsächlich eingestelltes Personal, zukünftige Einstellungen, Einhaltung des 14-Tage-Ziels (dpa-Meldung vom 5. April 2015)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 6. Mai 2015**

Asylanträge kosovarischer Staatsbürger werden bereits seit dem 18. Februar 2015 durch das BAMF in sechs Bundesländern prioritär bearbeitet. Ziel ist es, diese Anträge innerhalb von 14 Tagen nach Antragstellung zu bescheiden. Unabhängig davon haben Bundesregierung und Haushaltsgesetzgeber bereits mit den Haushalten 2014 (300 neue Planstellen bzw. Stellen inkl. Personal- und Sachmittel) und 2015 (350 neue Planstellen bzw. Stellen inkl. Personal- und Sachmittel) zusätzliche Stellen beim BAMF geschaffen. Die Bundesregierung hält eine weitere Erhöhung der Stellenzahl beim BAMF für erforderlich.

22. Abgeordneter  
**Christian Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung zum Zweck der Verteilung von Asylbewerbern auf die Bundesländer, den Königsteiner Schlüssel zu verändern, und wenn ja, nach welchen Kriterien soll die Verteilung künftig organisiert werden ([www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-innenministerium-erwaegt-andere-verteilung-a-1030226.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-innenministerium-erwaegt-andere-verteilung-a-1030226.html))?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 6. Mai 2015**

Nein.

23. Abgeordnete  
**Petra Pau**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele antisemitisch motivierte Friedhofschändungen gab es im Jahr 2014 bundesweit, und wie viele dieser Straftaten konnten aufgeklärt werden (bitte nach Bundesländern auflisten)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Günter Krings  
vom 6. Mai 2015**

Für das Jahr 2014 wurden dem Bundeskriminalamt im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch motivierte Kriminalität von den die Fallzahlen erhebenden Ländern bundesweit 27 poli-

tisch motivierte Straftaten mitgeteilt, bei denen „Friedhof“ als Angriffsziel benannt worden ist.

Diese Straftaten schlüsseln sich nach Ländern wie folgt auf:

BB	2
BE	0
BW	2
BY	2
HB	0
HE	1
HH	1
MV	0
NI	5
NW	7
RP	1
SH	0
SL	0
SN	0
ST	4
TH	2
<b>gesamt</b>	<b>27</b>

Bislang aufgeklärt sind zwei Fälle in Brandenburg und ein Fall in Nordrhein-Westfalen.

24. Abgeordnete **Petra Pau** (DIE LINKE.)      Wie viele antisemitisch motivierte Anschläge auf Synagogen gab es im Jahr 2014 bundesweit, und wie viele dieser Straftaten konnten aufgeklärt werden (bitte einzeln nach Ort und nach Art des Anschlags auflisten)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Günter Krings  
vom 6. Mai 2015**

Für das Jahr 2014 wurden dem Bundeskriminalamt im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch motivierte Kriminalität von den die Fallzahlen erhebenden Ländern bundesweit 20 Fälle antisemitischer Straftaten mitgeteilt, bei denen Synagogen als Angriffsziel benannt worden sind.

Bislang konnten vier Straftaten aufgeklärt werden.

Im Einzelnen:

Tatort	Land	Delikt	aufgeklärt
Ulm / BW	BW	Beleidigung	
Ulm / BW	BW	Beleidigung	
Heidelberg	BW	Beleidigung	X
Sinsheim	BW	Sachbeschädigung	
Frankfurt am Main	HE	Sachbeschädigung	
Hamburg	HH	Beleidigung	
Oldenburg	NI	Volksverhetzung	
Hannover	NI	Volksverhetzung	
Linnich	NW	Sachbeschädigung	
Bielefeld	NW	gemeinschaftliche Sachbeschädigung	
Bielefeld	NW	Beleidigung	
Essen	NW	schwere Brandstiftung	X
Gelsenkirchen	NW	Verwenden v. Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	
Gelsenkirchen	NW	Sachbeschädigung	
Gelsenkirchen	NW	gemeinschaftliche Sachbeschädigung	
Wuppertal	NW	gemeinschaftliche Sachbeschädigung	
Wuppertal	NW	bes. schwere Brandstiftung	X
Pinneberg	SH	Diebstahl geringwertiger Sachen	
Dresden	SN	gemeinschaftliche Sachbeschädigung	
Erfurt	TH	Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung v. Straftaten	X

25. Abgeordnete  
**Petra Pau**  
(DIE LINKE.)

Wie viele rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Internetseiten sind der Bundesregierung im Jahr 2014 bekannt geworden, und wie viele nichtrechtsextreme Internetseiten versuchten Rechtsextreme gezielt und systematisch für rechtsextreme Propaganda zu nutzen?



**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Günter Krings  
vom 6. Mai 2015**

Im letzten Jahr lag die Zahl der deutschen rechtsextremistischen Internetseiten bei etwa 830 mit anhaltend hoher Fluktuation. Rechtsextremisten nutzen auch nichtextremistische Internetseiten – wenn auch in der Regel nicht zielgerichtet und systematisch – zur Verbreitung ihrer Propaganda. Dies ist prinzipiell überall dort möglich, wo Webseiten die Möglichkeit bieten, eigene Kommunikationsinhalte einzustellen (z. B. durch Foren- oder Kommentarbereiche). Besonders intensiv nutzen Rechtsextremisten bzw. rechtsextremistische Organisationen darüber hinaus nichtextremistische soziale Netzwerke oder Videoplattformen. Eine Quantifizierung ist in diesem Bereich aufgrund der sehr hohen Nutzungsdynamik jedoch nicht möglich.

- |   |  |
|---|--|
| 26. Abgeordnete<br><b>Corinna<br/>Rüffer</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Lässt die Bundesregierung gegenwärtig prüfen, welche Personengruppen aus klinisch-psychologischer und neurokognitiver Perspektive zu einer verantwortlichen, eigenständigen politischen Willensbildung und Wahlentscheidung fähig sind, so dass auf dieser Grundlage ein Ausschluss vom Wahlrecht begründet werden kann? |
|---|--|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Günter Krings  
vom 6. Mai 2015**

Die Bundesregierung hat gemäß dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eine Studie in Auftrag gegeben, in der die tatsächliche Situation behinderter Menschen bei der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts untersucht wird und Handlungsempfehlungen für eine verbesserte Partizipation von Menschen mit Behinderungen entwickelt werden.

Dabei ist unter anderem zu untersuchen, wie die einzelnen Fallgruppen der von einem Wahlrechtsausschuss betroffenen Personen in Bezug auf die Teilnahme am Prozess der politischen Willensbildung, die Ausübung von Staatsgewalt in der Wahl und die vom Bundesverfassungsgericht in den jüngsten Entscheidungen betonte Kommunikationsfunktion der Wahl zu beurteilen sind, insbesondere, ob bei allen betroffenen Personengruppen die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit in Bezug auf den politischen Willensbildungsprozess ausgeschlossen ist.

Darüber hinaus wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 19. März 2014 (Plenarprotokoll 18/22, S. 1733, Anlage 13) auf die Mündlichen Fragen 17 und 18 der Abgeordneten Britta Haßelmann verwiesen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz  
und für Verbraucherschutz**

27. Abgeordneter  
**Christian Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung angesichts des hohen Zuwachses an Zwangsräumungen ([www.tagesspiegel.de/berlin/studie-der-humboldt-universitaet-immer-mehr-zwangsräumungen-in-berlin/11655044.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/studie-der-humboldt-universitaet-immer-mehr-zwangsräumungen-in-berlin/11655044.html)) eine Änderung des Mietrechts, und wenn ja, wie soll diese ausgestaltet werden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kelber  
vom 7. Mai 2015**

Nach dem Bericht der Tageszeitung „DER TAGESSPIEGEL“ nimmt in Märkten mit steigenden Mieten das Risiko zu, dass Hausbesitzer Mietern insbesondere wegen Zahlungsverzugs kündigen und die Räumung veranlassen. Als weitere Gründe werden erhebliche Lärmbelästigungen, unerlaubte Untervermietung oder tiefgreifende Zerwürfnisse zwischen Mieter und Hauseigentümer genannt. Das Mietrecht sieht bei einer nicht unerheblichen schuldhaften Pflichtverletzung des Mieters ein Kündigungsrecht des Vermieters vor. Auch in diesen Fällen wird dem Bedürfnis des Mieters, seine Wohnung zu erhalten, im Einzelfall durch Härtefallregelungen Rechnung getragen. Eine grundlegende Änderung dieser Regelungen ist derzeit nicht geplant.

28. Abgeordnete  
**Renate Künast**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung Gerichtsverfahren vor deutschen Gerichten bekannt, in denen ausländische Opfer etwaiger Menschenrechtsverletzungen deutscher Unternehmen im Ausland auf Schadensersatz klagen, insbesondere gemäß § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) i. V. m. §§ 13, 17 und 32 der Zivilprozessordnung (ZPO), wie die Bundesregierung es in ihrem Amicus-curiae-Brief in dem Rechtsstreit Esther Kiobel et al. versus Royal Dutch Petroleum et al. gegenüber dem U. S. Supreme Court für möglich erachtet, und liegen der Bundesregierung mittlerweile (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 17/992) Zahlen, Statistiken oder andere Eindrücke vor, die die Frage beantworten, weswegen Klagen wegen Menschenrechtsverletzungen nur sehr selten in der Bundesrepublik Deutschland, dafür umso häufiger im Ausland eingereicht werden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Lange  
vom 7. Mai 2015**

Die deutsche Justizstatistik ist nicht so differenziert, dass sie es ermöglicht, die Anzahl von Klagen ausländischer Opfer etwaiger Men-

schenrechtsverletzungen deutscher Unternehmen im Ausland herauszulesen.

Der Bundesregierung ist aus der Medienberichterstattung bekannt, dass in einem solchen Fall kürzlich vor dem Landgericht Dortmund Klage erhoben worden sein soll. In diesem Fall haben – soweit ersichtlich – ausländische Kläger (Angehörige von Opfern und ein Geschädigter) ein deutsches Textilunternehmen verklagt, weil es in der ausländischen Produktionsstätte eines Zulieferers, der nur für dieses Unternehmen gearbeitet hat, völlig unzureichende, menschenrechtswidrige Arbeitsbedingungen geduldet haben soll, die zu einer Brandkatastrophe mit vielen Toten und Verletzten geführt haben soll.

Warum ausländische Kläger bisher offenbar nur selten Klage wegen Menschenrechtsverletzungen vor deutschen Gerichten erhoben haben, lässt sich nach Auffassung der Bundesregierung nicht eindeutig bestimmen. Mit dieser Frage beschäftigen sich auch die Arbeiten am Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die unter der Federführung des Auswärtigen Amts in einem inklusiven Prozess unter Beteiligung des Deutschen Instituts für Menschenrechte e. V. erfolgen. Im laufenden Jahr 2015 werden mehrere Expertenveranstaltungen durchgeführt, die sich u. a. auch zu dieser Frage verhalten werden.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

- |  |   |
|--|---|
| 29. Abgeordnete<br><b>Annalena<br/>Baerbock</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Plant die Bundesregierung, die Finanzierungsmittel für die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) in den kommenden Haushaltsverhandlungen stärker als vorgesehen auszustatten, damit Bergbaufolgeschäden aus dem langjährigen Braunkohleabbau in der Lausitz so weit gemindert werden können, dass die Trinkwasserversorgung der Anliegergemeinden zukünftig nicht gefährdet ist und die Mitfinanzierung der aktuell notwendigen technischen Investitionen zur Sulfatreduzierung im Trinkwasser der Stadt Frankfurt (Oder) gewährleistet werden kann, und wenn nein, warum nicht? |
|--|---|

### **Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter vom 4. Mai 2015**

Die LMBV erfüllt als Unternehmen alle Verpflichtungen, die sich aus dem Bundesberggesetz und weiteren einschlägigen Gesetzen zur endgültigen Stilllegung der ehemaligen Braunkohletagebaue und -verarbeitungsanlagen ergeben. Mit dem geltenden Verwaltungsabkommen über die Finanzierung der Braunkohlesanierung werden durch den Bund und die beteiligten Bundesländer die notwendigen

finanziellen Mittel zur Behandlung der Bergbaufolgeschäden in der Zuständigkeit der LMBV in ausreichendem Maß bereitgestellt.

Zur Bewältigung der Probleme der bergbaulichen Beeinflussung des Grundwassers durch stoffliche Frachten wie z. B. Eisen, aber auch Sulfat, wurden und werden durch die LMBV Untersuchungen durchgeführt und daraus resultierende Maßnahmen in die Planungen der LMBV aufgenommen. So hat die LMBV bereits im Jahr 2008 ein Gütesteuierungsmodell zur Sulfatfrachtsteuerung im südlichen Einzugsbereich der Spree entwickelt und betreibt in Abstimmung mit den zuständigen Landesbehörden in Sachsen und Brandenburg eine Steuerung im Flussgebiet.

Die Beeinflussung der Gewässergüte im Einzugsbereich des Wasserwerkes Briesen, das für die Trinkwasserversorgung der Stadt Frankfurt (Oder) maßgeblich ist, ist Bestandteil der genannten Untersuchungen. Die Ergebnisse werden durch die LMBV mit den zuständigen Stellen im Land Brandenburg erörtert. Bei Bedarf werden die in der Verantwortung der LMBV stehenden erforderlichen Maßnahmen als Bestandteil der Braunkohlesanierung umgesetzt.

30. Abgeordneter  
**Klaus Ernst**  
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind jeweils die Festgehälter und eventuellen erfolgsabhängigen Vergütungsanteile der Vorstandsvorsitzenden bzw. Geschäftsführer der nach Umsatz 14 größten öffentlichen Unternehmen in Deutschland, und falls diese Frage aufgrund fehlender Daten nicht beantwortet werden kann, welche Schritte wird die Bundesregierung einleiten, um, gegebenenfalls in Kooperation mit den Bundesländern, eine Offenlegung von Managervergütungen in öffentlichen Unternehmen zu erreichen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter vom 6. Mai 2015**

Der jährlich vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) veröffentlichte Beteiligungsbericht enthält im ausführlichen Teil Angaben zu den unmittelbaren Mehrheitsbeteiligungen des Bundes und zur Vergütung der Vorstände und Geschäftsführer.

Auf Basis des aktuellen Beteiligungsberichts 2014 ergibt sich folgende Tabelle der 14 nach Umsatz größten Unternehmen mit unmittelbarer Mehrheit des Bundes:



		in T€	Vergütung in €	
		Umsatzerlöse	fix	variabel
1	Deutsche Bahn AG	39.107.392	900.000	746.000
2	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	4.811.702	611.000	0
3	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH	1.945.239	962.162	79.500
4	Deutsche Flugsicherung GmbH	1.109.197	820.000	43.333
5	Forschungszentrum Jülich GmbH	452.158	565.486	0
6	Bundesdruckerei GmbH	398.558	526.000	404.687
7	BwFuhrparkService GmbH	284.203	196.148	52.600
8	Heeresinstandsetzungslogistik GmbH	195.593	446.000	-
9	HelmholtzZentrum München Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt GmbH	177.954	479.372	0
10	Helmholtz-Zentrum für Schwerionenforschung GmbH	146.788	258.795	0
11	Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH	135.238	262.309	0
12	Wismut GmbH	126.188	326.000	0
13	Engagement Global gGmbH	96.350	194.587	0
14	Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH	85.368	208.782	0

Bei der Deutschen Bahn AG bezieht sich die Angabe auf den Vorstandsvorsitzenden und bei den anderen Unternehmen auf die gesamte Geschäftsführung, die aus einer bis zu fünf Personen besteht. Die Einzelvergütungen werden im Beteiligungsbericht angegeben, der im Internet unter [www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Bundesvermoegen/Privatisierungs\\_und\\_Beteiligungspolitik/Beteiligungen\\_des\\_Bundes/beteiligungen\\_des\\_bundes.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Bundesvermoegen/Privatisierungs_und_Beteiligungspolitik/Beteiligungen_des_Bundes/beteiligungen_des_bundes.html) abrufbar ist. Zur Heeresinstandsetzungslogistik GmbH liegt nur die Gesamtvergütung vor.

Die Bundesländer führen ihre Beteiligungen in eigener Verantwortung. Insoweit kann die Bundesregierung keine Aussage treffen.

31. Abgeordnete  
**Beate  
Müller-Gemmeke**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie viele Leiharbeitskräfte bzw. Beamtinnen und Beamte wurden nach Kenntnis der Bundesregierung als Streikbrecher im aktuellen Tarifkonflikt bei der Deutschen Post AG (DP AG) bis heute in bestreikten Betrieben bundesweit eingesetzt, und wann wird die Bundesregierung, wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD ausgeführt, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz in der Form novellieren, dass Leiharbeitskräfte zukünftig nicht mehr als Streikbrecher eingesetzt werden dürfen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter  
vom 5. Mai 2015**

Im aktuellen Tarifkonflikt bei der Deutschen Post AG ist der Bundesregierung bislang kein Fall bekannt, bei dem ein Beamter auf einem bestreikten Arbeitsplatz eingesetzt wurde. Soweit entsprechende Fälle an die Bundesregierung herangetragen werden, wird diesen vom BMF im Rahmen seiner Rechtsaufsicht nach § 20 Absatz 1 des Postpersonalrechtsgesetzes nachgegangen.

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis, wie viele Leiharbeitskräfte im aktuellen Tarifkonflikt bei der Deutschen Post AG in bestreikten Betrieben eingesetzt wurden.

Bereits heute steht Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern ein Leistungsverweigerungsrecht zu, soweit der Entleiher durch einen Arbeitskampf unmittelbar betroffen ist. Der Verleiher hat die Leiharbeitskraft in den Fällen eines Arbeitskampfes auf das Recht, die Arbeitsleistung zu verweigern, hinzuweisen. Darüber hinaus können dem Einsatz von Leiharbeitskräften im Falle eines Arbeitskampfes insbesondere tarifvertragliche Vereinbarungen entgegenstehen. Der Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode sieht vor, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz unter anderem dahingehend zu novellieren, dass es keinen Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern in diesem Sinne gibt. Die Vorgaben des Koalitionsvertrages sollen zeitnah umgesetzt werden.

- |   |   |
|---|---|
| 32. Abgeordnete<br><b>Beate<br/>Müller-Gemmeke</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Vertritt die Bundesregierung das Rechtsverständnis, dass der Einsatz von Beamtinnen und Beamten als Streikbrecher unzulässig ist, und wird sich die Bundesregierung im Aufsichtsrat der DP AG entsprechend der Intention des Koalitionsvertrags dafür einsetzen, dass zukünftig weder Leiharbeitskräfte noch Beamtinnen und Beamte als Streikbrecher in bestreikten Betrieben der DPAG eingesetzt werden? |
|---|---|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter  
vom 5. Mai 2015**

Nach Auffassung der Bundesregierung ist bei rechtmäßigen Arbeitskampfmaßnahmen der Einsatz von Beamtinnen und Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen grundsätzlich nicht zulässig, es sei denn, es besteht hierfür eine ausdrückliche gesetzliche Regelung (Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1993 – 1 BvR 1213/85). Ob es sich bei einem vorübergehenden Einsatz von Beamtinnen und Beamten auf einem anderen Arbeitsplatz um einen bestreikten Arbeitsplatz handelt, ist jeweils einzelfallbezogen zu betrachten.

Mitglieder von Aufsichtsräten, die auf Vorschlag des Bundes gewählt werden, nehmen ihr Mandat nach den gesellschaftsrechtlichen Regelungen und innerhalb der Zuständigkeit des Gremiums wahr.

33. Abgeordneter  
**Richard Pitterle**  
(DIE LINKE.)
- Welche Mindereinnahmen (volle Jahreswirkung) würden nach Schätzung der Bundesregierung entstehen, wenn der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende nach § 24b des Einkommensteuergesetzes um 600 Euro auf 1 908 Euro angehoben und zugleich mit einer kinderzahlabhängigen Komponente erweitert würde, bei der für jedes weitere zu berücksichtigende Kind (ab dem zweiten Kind) der Freibetrag um weitere 240 Euro erhöht wird (bitte differenziert nach Gebietskörperschaften und Steuerarten angeben), und wie viele Steuerpflichtige würden nach Schätzung der Bundesregierung von einer solchen Anhebung und Erweiterung entlastet (bitte differenziert nach der Anzahl der Kinder angeben)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs****Dr. Michael Meister****vom 4. Mai 2015**

Die Steuermindereinnahmen bei einer Erhöhung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende auf 1 908 Euro zuzüglich einer weiteren Erhöhung um jeweils 240 Euro für das zweite und alle weiteren Kinder werden auf 205 Mio. Euro (20 Mio. Euro Einkommensteuer plus 175 Mio. Euro Lohnsteuer plus 10 Mio. Euro Solidaritätszuschlag) beziffert. Davon entfallen auf den Bund rund 93 Mio. Euro, auf die Länder rund 83 Mio. Euro und auf die Gemeinden rund 29 Mio. Euro.

Die Anzahl der Entlasteten kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

<b>Anzahl der entlasteten Steuerpflichtigen bei Anhebung des Entlastungsbetrages für Alleinerziehende auf 1.908 Euro zuzüglich einer weiteren Erhöhung um jeweils 240 Euro für das zweite und alle weitere Kinder; Differenziert nach der Anzahl der Kinder</b>	
<b>Anzahl der Kinder</b>	<b>Anzahl der Steuerpflichtigen (in Tsd.)</b>
1 Kind	718
2 Kinder	282
3 Kinder	60
4 und weitere Kinder	4
<b>Summe</b>	<b>1.064</b>

34. Abgeordneter  
**Richard  
Pitterle**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Nichtanwendungserlasse werden derzeit noch angewendet (bitte mit Nennung des Themenkomplexes des Nichtanwendungserlasses und inwieweit dieser für den Steuerpflichtigen begünstigend oder belastend ist)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Michael Meister  
vom 4. Mai 2015**

Die obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder haben seit dem 1. Januar 2010 in elf Fällen beschlossen, ein Urteil oder einen Beschluss des Bundesfinanzhofs (BFH) nicht über den entschiedenen Einzelfall hinaus anzuwenden. In vier Fällen wurde dieser Beschluss zwischenzeitlich wieder aufgehoben. Die verbleibenden sieben „Nichtanwendungserlasse“ betreffen die folgenden steuerrechtlichen Fragen:

- BMF-Schreiben vom 20. April 2010 – IV C 2 – S 2770/08/10006 – (BStBl I S. 372)  
zum BFH-Urteil vom 4. März 2009 – I R 1/08 – (BStBl 2010 II S. 407)  
Ausgleichszahlungen an außen stehende Anteilseigner  
Verwaltungsanweisung wirkt zugunsten der Steuerpflichtigen.
- BMF-Schreiben vom 20. Dezember 2011 – IV C 4 – S 2284/07/0031 :002 – (BStBl I S. 1286)  
zum BFH-Urteil vom 12. Mai 2011 – VI R 42/10 – (BStBl II S. 1015)  
Berücksichtigung von Zivilprozesskosten als außergewöhnliche Belastungen  
Verwaltungsanweisung wirkt zuungunsten der Steuerpflichtigen.
- BMF-Schreiben vom 27. Dezember 2011 – IV C 2 – S 2270/11/10002 – (BStBl I S. 119)  
zum BFH-Urteil vom 9. Februar 2011 – I R 54, 55/10 – (BStBl 2012 II S. 106)  
Organschaft zwischen einem in Großbritannien ansässigen Organträger und einer inländischen Organgesellschaft  
Wirkung der Verwaltungsanweisung nur einzelfallbezogen beurteilbar.
- Gleich lautende Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder vom 4. Juni 2013 (BStBl I S. 1277)  
zum BFH-Urteil vom 18. April 2012 – II R 51/11 – (BStBl II S. 830)  
Anforderungen an eine ordnungsgemäße Anzeige i. S. d. § 16 Absatz 5 des Grunderwerbsteuergesetzes  
Verwaltungsanweisung wirkt zuungunsten der Steuerpflichtigen.
- Gleich lautende Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder vom 5. Juni 2013 (BStBl I S. 1465)  
zum BFH-Urteil vom 30. Januar 2013 – II R 6/12 – (BStBl II S. 930)



Erwerb einer Forderung mit Besserungsabrede und Verhältnis von verdeckter Gewinnausschüttung und freigebiger Zuwendung Verwaltungsanweisung wirkt zuungunsten der Steuerpflichtigen.

- Gleich lautende Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder vom 9. Oktober 2013 (BStBl I S. 1278)  
zum BFH-Urteil vom 24. April 2013 – II R 17/10 – (BStBl II S. 833)  
Mittelbare Änderung des Gesellschafterbestandes einer grundstücksbesitzenden Personengesellschaft  
Wirkung der Verwaltungsanweisung nur einzelfallbezogen beurteilbar.
- BMF-Schreiben vom 13. November 2014 – IV C 2 – S 2742-a/07/10001 :009 – (BStBl I S. 1516)  
zum BFH-Beschluss vom 18. Dezember 2013 – I B 85/13 – (BStBl II S. 947)  
Aussetzung der Vollziehung wegen ernstlicher Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der sog. Zinsschranke (§ 4h des Einkommensteuergesetzes, § 8a des Körperschaftsteuergesetzes)  
Verwaltungsanweisung wirkt zuungunsten der Steuerpflichtigen.

35. Abgeordneter **Richard Pitterle**  
(DIE LINKE.) Welche bereits vom Bundesfinanzhof veröffentlichten Urteile wurden noch nicht zur allgemeinen Anwendung der Finanzverwaltung veröffentlicht?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs**

**Dr. Michael Meister**  
**vom 4. Mai 2015**

Nach dem Ergebnis einer Abfrage in der Juris-Datenbank „Rechtsprechung“ (Stand: 28. April 2015) hat der BFH seit dem 1. Januar 2010 1 676 zur amtlichen Veröffentlichung bestimmte Entscheidungen getroffen. Hiervon sind 1 369 Entscheidungen bereits im Bundessteuerblatt Teil II veröffentlicht oder für eine Veröffentlichung im Bundessteuerblatt Teil II vorgesehen. Bei den verbleibenden 307 Urteilen und Beschlüssen des BFH handelt es sich in 232 Fällen um Entscheidungen, die Zölle oder Verbrauchsteuern betreffen und aus diesem Grund nicht im Bundessteuerblatt Teil II veröffentlicht werden. In den übrigen Fällen handelt es sich um Urteile oder Beschlüsse, zu denen die Abstimmung mit den obersten Finanzbehörden der Länder noch nicht abgeschlossen ist, z. B., weil in vergleichbaren Fällen noch Revisionsverfahren beim BFH anhängig sind.

36. Abgeordneter **Dr. Axel Troost**  
(DIE LINKE.) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber (vgl. WirtschaftsWoche vom 17. April 2015, „Schäuble will Milliarden-Schlupflöcher schließen“), dass ausländische Fonds durch Übertragungen ihrer Aktienanteile unmittelbar vor dem Dividendenstichtag auf einen deutschen Investmentfonds und anschließender Rückübertragung nach der Dividendenzahlung systematisch die Erhebung von Kapital-

ertragsteuer und Solidaritätszuschlag unterlaufen (bitte mit Darstellung des Steuervermeidungsmodells), und in welcher Höhe entstehen dadurch nach Schätzung der Bundesregierung jährliche Steuerausfälle (bitte mit Begründung)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs**

**Dr. Michael Meister**

**vom 7. Mai 2015**

Derzeit können Steuerausländer, insbesondere ausländische Banken, Investmentfonds in Deutschland gründen, deren einziger Anleger sie selbst sind. Deutsche Aktien im Besitz des ausländischen Anlegers übertragen die Anleger kurz vor dem Dividendenstichtag per Wertpapierleihe auf den Investmentfonds. Aufgrund seiner Steuerbefreiung erhält der deutsche Investmentfonds die Dividende unbelastet von Kapitalertragsteuer. Anschließend zahlt der Investmentfonds an den ausländischen Anleger eine Wertpapierleihgebühr in annähernd der gleichen Höhe wie die Dividende. Die Leihgebühr wird als Werbungskosten mit den Dividenden verrechnet, so dass keine ausschüttungsfähigen Dividenden auf der Ebene des Investmentfonds verbleiben. Die Zahlung der Wertpapierleihgebühr an den ausländischen Anleger kann daher nicht in Deutschland besteuert werden, weil die Doppelbesteuerungsabkommen das Besteuerungsrecht daran regelmäßig dem ausländischen Staat des Anlegers zuweisen.

Es liegt dem BMF kein hinreichendes Datenmaterial vor, um das Ausmaß der Gestaltung abschätzen zu können.

Im anstehenden Gesetzgebungsverfahren zur Investmentsteuerreform ist beabsichtigt, auch die erläuterte Gestaltung auszuschließen. Es handelt sich bei den dargestellten Änderungen und dem gesamten Reformpaket um eine grundlegende Umstellung der Besteuerungssystematik bei Investmentfonds.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

- |  |  |
|--|--|
| 37. Abgeordneter<br><b>Christian Kühn</b><br>(Tübingen)<br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Warum wurde nach mir vorliegenden Informationen den Mieterinnen und Mietern der aktuell zum Verkauf stehenden Wohnungen der Deutschen Rentenversicherung die angedachte Sozialcharta nicht vorgelegt, den interessierten Käufern hingegen schon? |
|--|--|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Gabriele Lösekrug-Möller  
vom 4. Mai 2015**

Im Rahmen der Verkaufsvorbereitung von Personalwohnhäusern der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV Bund) wurde eine Sozialcharta erarbeitet, der der Hauptpersonalrat der DRV Bund im Rahmen seines Mitbestimmungsrechtes zugestimmt hat.

Nach Auskunft der DRV Bund wurden die Mieterinnen und Mieter mit Schreiben vom 23. Oktober 2014 über die wesentlichen, den Mieterschutz betreffenden Kernpunkte der Sozialcharta informiert:

„Ziel der Sozialcharta ist es, die berechtigten Interessen der Mieter zu sichern. Durch die Sozialcharta erhalten alle Bestandsmieter über den gesetzlichen Mieterschutz hinaus eine zusätzliche Absicherung. Zentrale Punkte der Sozialcharta sind etwa

- ein erweiterter Schutz vor Kündigungen wegen Eigenbedarfs oder wegen der Verhinderung einer angemessenen wirtschaftlichen Verwertung,
- ein zeitlich unbeschränkter Kündigungsschutz für über 60 Jahre alte Mieter und für schwerbehinderte Menschen sowie von Personen, die schwerbehinderten Menschen gleichgestellt sind,
- eine über die gesetzliche Begrenzung hinausgehende Einschränkung der Möglichkeit zur Mieterhöhung,
- ein Schutz vor Luxusmodernisierungen für zehn Jahre sowie
- die Einrichtung einer Ombudsstelle, an die sich Mieter bei Streitigkeiten mit dem neuen Eigentümer wenden können.“

Die Sozialcharta ist nach Mitteilung der DRV Bund Bestandteil der Regelungen des Kaufvertrages und keine getrennte Anlage, die an die Mieterinnen und Mieter weitergegeben werden könne. Neben den für die Mieterinnen und Mieter entscheidenden Punkten enthalte die Sozialcharta darüber hinaus auch Regelungen zum Vertragscontrolling und zu Vertragsstrafen, die nur die Vertragsparteien betreffen würden. Im laufenden Verfahren könnten deshalb über die Bestandteile des Kaufvertrages keine weiteren Auskünfte erteilt werden.

38. Abgeordneter  
**Markus  
Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie entwickelt sich nach Schätzungen der Bundesregierung der durchschnittliche Bruttobedarf bei der Grundsicherung im Alter für Personen über 65 Jahre in den alten Ländern außerhalb von Einrichtungen bis zum Jahr 2030, und wie entwickelt sich bis dahin die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger über 65 Jahre (bitte jeweils jahresgenau angeben)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Gabriele Lösekrug-Möller  
vom 8. Mai 2015**

Die zukünftige Entwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung hängt von einer Vielzahl möglicher Einflussfaktoren ab. Der Bundesregierung liegen keine belastbaren Schätzungen zur zukünftigen Entwicklung des durchschnittlichen Bruttobedarfs beziehungsweise zur Entwicklung der Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bis zum Jahr 2030 vor.

- |   |   |
|---|---|
| 39. Abgeordnete<br><b>Brigitte Pothmer</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | In welchem Umfang hat die Bundesregierung in den Jahren 2015 bis einschließlich 2018 Mittel der Verpflichtungsermächtigungen (VE) aus Kapitel 11 01 Titel 685 11 für Bundesprogramme (beispielsweise „ESF-Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter“ und „Soziale Teilhabe“) einbehalten (bitte jährliche je Programm angeben), und inwieweit ist sichergestellt, dass den einzelnen Jobcentern trotz dieser Vorwegabzüge nach der Zuteilung der VE in jedem Fälligkeitsjahr mindestens Mittel in Höhe der in den Vorjahren genutzten VE für ihre längerfristigen Planungen zur Verfügung stehen? |
|---|---|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme  
vom 7. Mai 2015**

Die Zuteilungen der VE für Eingliederungsleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) wurden durch Einbehalte für das „ESF-Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter nach dem SGB II auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt (ESF-LZA)“ und das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ im Vergleich zum Vorjahr stärker gemindert. Die Verteilung nach Maßnahmen und einzelnen Fälligkeitsjahren ergibt sich aus nachstehender Tabelle (Abweichungen rundungsbedingt):

**Tabelle - VE für Bundesprogramme und Eingliederungsmaßnahmen SGB II**

In Mio. Euro	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	Σ
VE Ansatz n. HH-Plan	1.400	600	150	50	10	5	5	5	2.225
Vorabzüge insgesamt	345	330	73	23	3	1	1	1	777
darunter für									
ESF-LZA	216	242	65	3					526
BP Soziale Teilhabe	129	87	8	20	3	1	1	1	251
VE-Budget SGB II 2015	1.056	271	77	27	7	4	4	4	1.449
Inanspruchnahme SGB II 2014	1.016	217	53	4	1	0	0	0	1.291
Δ Soll 2015/ Ist 2014	40	53	24	23	6	4	4	4	158
VE-Budget 2014	1.191	570	150	50	10	5	5	5	1.986

Bundesweit stehen damit immer noch für jedes einzelne Fälligkeitsjahr mehr VE für Eingliederungsmaßnahmen nach dem SGB II zur Verfügung, als im Jahr 2014 tatsächlich in Anspruch genommen wurden. Zudem ist zu berücksichtigen, dass auch die Bundesprogramme, für deren mehrjährige Finanzierung VE einbehalten wurden, die Eingliederung von Leistungsberechtigten unterstützen und dadurch die Budgets der Jobcenter entlasten.

40. Abgeordneter  
**Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie hoch waren im Jahr 2014 die Gesamtausgaben für Bildungs- und Teilhabeleistungen (bitte insgesamt und nach Bundesländern aufschlüsseln), und wie hoch ist der Anteil der Verwaltungsausgaben an den Gesamtausgaben für die Leistungen für Bildung und Teilhabe (bitte insgesamt und jeweils für die Leistungen nach § 28 SGB II und § 6b des Bundeskindergeldgesetzes – BKGG)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme vom 11. Mai 2015**

Nach § 46 Absatz 8 SGB II sind dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales jährlich die Gesamtausgaben für Bildungs- und Teilhabeleistungen nach § 28 SGB II und § 6b BKGG mitzuteilen. Die von den Ländern gemeldeten Ausgabendaten bilden die Grundlage für die Vorbereitung der Bundesbeteiligungs-Festlegungsverordnung 2015, mit der – gemäß § 46 Absatz 7 SGB II – die länderspezifischen Beteiligungswerte nach § 46 Absatz 6 Satz 1 für das Jahr 2016 sowie rückwirkend für das Jahr 2015 neu festgelegt werden. Die im Rahmen der Erstellung dieser Verordnung erfolgende Prüfung der Ländermeldungen dauert derzeit noch an. Aus diesem Grund stehen die



gewünschten Ausgabedaten voraussichtlich erst Mitte 2015 zur Verfügung.

Da für die Umsetzung des Bildungspakets Kommunen und Länder verantwortlich sind, liegen der Bundesregierung keine Informationen zur Höhe der Verwaltungsausgaben vor.

41. Abgeordneter  
**Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie war im Jahr 2014 das Verhältnis von Leistungsberechtigten und tatsächlich Leistungsbeziehenden von Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets (bitte insgesamt und nach den einzelnen Leistungen aufschlüsseln), und welche Kenntnis hat die Bundesregierung darüber, wie viele Mittel je Leistung aufgewendet werden müssten, wenn einzelne Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets als Bestandteil des Regelsatzes gewährt würden?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme vom 11. Mai 2015**

Zur Beantwortung dieser Frage wird wegen des Sachzusammenhangs auf die Antwort zu Frage 43 verwiesen.

42. Abgeordneter  
**Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch waren die ursprünglich erwarteten Ausgaben für das Bildungs- und Teilhabepaket (insgesamt und durchschnittlich je erwarteten Bezugsberechtigten), und wie haben sich die Ausgaben für das Bildungs- und Teilhabepaket seit seiner Einführung (absolut und durchschnittlich je Leistungsbeziehenden) entwickelt?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme vom 11. Mai 2015**

Der Gesetzgeber ging im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum „Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ von voraussichtlichen Ausgaben für Bildungs- und Teilhabeleistungen nach SGB II und BKGG von jährlich ca. 700 Mio. Euro bzw. ca. 300 Euro je erwarteten Bezugsberechtigten aus. Im Gesetzentwurf vom Herbst 2010 wurde einschränkend angemerkt, dass die tatsächlich anfallenden Kosten stark vom Umfang der Inanspruchnahme abhängen werden.

Die von den Ländern gemeldeten jährlichen Gesamtausgaben für Bildungs- und Teilhabeleistungen nach SGB II und BKGG betrugen 2012 433 Mio. Euro und 2013 483 Mio. Euro. Für das Jahr 2011 liegen der Bundesregierung keine Angaben zu den Gesamtausgaben für Bildungs- und Teilhabeleistungen nach SGB II und BKGG vor.

Aus den in der Antwort zu den Fragen 41 und 43 genannten Gründen können keine durchschnittlichen Kosten pro Leistungsbezieher ausgewiesen werden.

- |  |   |
|--|---|
| 43. Abgeordneter<br><b>Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Wie viele Personen haben nach der amtlichen Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende Leistungen nach § 28 SGB II bezogen (bitte insgesamt und differenziert nach Bundesländern)? |
|--|---|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme vom 11. Mai 2015**

Da für die Umsetzung des Bildungspakets Kommunen und Länder verantwortlich sind und die amtliche Statistik zur Inanspruchnahme von Bildungs- und Teilhabeleistungen gegenwärtig noch im Aufbau ist, liegen der Bundesregierung keine amtlichen Zahlen dazu vor, von wie vielen Personen und wie häufig die einzelnen Leistungen nach § 28 SGB II bezogen wurden. Aus demselben Grund liegen auch keine amtlichen Informationen zum Verhältnis von Leistungsberechtigten und tatsächlich Leistungsbeziehenden von Bildungs- und Teilhabeleistungen vor.

Die Bundesregierung verfügt auch nicht über Kenntnisse darüber, wie viel Mittel je Leistung aufgewendet werden müssten, wenn einzelne Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets als Bestandteil des Regelsatzes gewährt würden.

- |  |  |
|--|--|
| 44. Abgeordnete<br><b>Birgit Wöllert</b><br>(DIE LINKE.) | Wie viele Entscheidungen hat nach Kenntnis der Bundesregierung das Bundessozialgericht jeweils in den Jahren von 2009 bis heute getroffen, und wie viele davon betrafen die gesetzliche Krankenversicherung? |
|--|--|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller vom 5. Mai 2015**

Die Bundesregierung weist zunächst darauf hin, dass der Begriff „Entscheidungen“ Urteile und Beschlüsse des Bundessozialgerichts umfasst. Soweit sich die Antwort auf die gesetzliche Krankenversicherung bezieht, erfasst sie alle Streitigkeiten im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung einschließlich der Vertragsarztangelegenheiten und der beitragsrechtlichen Streitigkeiten bezüglich der gesetzlichen Krankenversicherung.

Grundlage für die in der unten stehenden Tabelle zusammengefassten Daten sind folgende Quellen:

- Die Daten zu den Entscheidungen des Bundessozialgerichts über Revisionen und Nichtzulassungsbeschwerden bezogen auf alle Sachgebiete und bezogen auf das Gebiet der gesetzlichen Krankenversicherung für die Jahre 2009 bis 2013 beruhen auf Angaben

des Statistischen Bundesamtes (vgl. Internetseite des Statistischen Bundesamtes [www.destatis.de](http://www.destatis.de) unter Zahlen und Fakten/Gesellschaft und Staat/Rechtspflege/Gerichtsverfahren/Ausgewählte Publikationen/Sozialgerichte, Fachserie 10, Reihe 2.7, unter dem jeweiligen Jahr, jeweils im Anhang A 3). Für das Jahr 2014 und die Monate Januar bis März 2015 steht für Revisionen und Nichtzulassungsbeschwerden noch keine Auswertung des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung. Die in der Tabelle diesbezüglich enthaltenen Daten beruhen auf Angaben des Bundessozialgerichts.

- Die Zahlen über Anhörungsrügen und sonstige Verfahren (insbesondere Prozesskostenhilfverfahren für Revisionen und Nichtzulassungsbeschwerden) in den Jahren 2009 bis 2014 und für die ersten drei Monate des Jahres 2015 hat das Bundessozialgericht übermittelt.

<b>Jahr</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>Jan.-März 2015</b>
<b>Entscheidungen</b>							
Revisionsentscheidungen alle Sachgebiete	363	342	484	334	298	293	50
davon Revisionsentscheidungen Krankenversicherung	85	98	88	95	111	107	19
Nichtzulassungsbeschwerden alle Sachgebiete	1598	1552	1592	1846	1821	1716	431
davon Nichtzulassungsbeschwerden Krankenversicherung	243	313	265	268	289	258	87
Anhörungsrügen alle Sachgebiete	97	92	94	145	159	189	50
davon Anhörungsrügen Krankenversicherung	12	14	16	13	24	24	5
Sonstige Verfahren alle Sachgebiete	478	480	479	751	623	623	165
davon sonstige Verfahren Krankenversicherung	32	66	63	45	75	66	18

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

45. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Pflanzenschutzmitteleinsatz in den letzten zehn Jahren in Deutschland entwickelt, und wie haben sich insbesondere die Absatzmengen glyphosathaltiger Herbizide in diesem Zeitraum entwickelt (bitte jeweils Absatzmenge/Jahr angeben)?

#### Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Bleser vom 7. Mai 2015

Der Bundesregierung liegen keine Angaben zu den tatsächlichen Anwendungsmengen von Pflanzenschutzmitteln vor.

Angaben über den Inlandsabsatz und die Ausfuhr von Pflanzenschutzmitteln gemäß § 64 des Pflanzenschutzgesetzes können der untenstehenden Tabelle entnommen werden. Sie basieren auf der Auswertung entsprechender Meldungen an das zuständige Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL).

Die Entwicklung der Absatzmengen der Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffgruppen ist auch in der Tabelle 3.2 der jährlichen Berichte des BVL auf der einschlägigen Internetseite verfügbar ([www.bvl.bund.de/psmstatistiken](http://www.bvl.bund.de/psmstatistiken)).

Der jährliche Bericht über die Absatzmengen für das Jahr 2014 wird vermutlich im August 2015 vorliegen und zeitnah veröffentlicht werden.

#### Entwicklung des Inlandsabsatzes von Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffgruppen (t)

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Herbizide</b>	15923	14698	17015	17147	18626	14619	16675	17955	19907	17896
darunter Glyphosat	4008	4854	4845	6292	7608	3960	5007	5359	5981	5065
<b>Fungizide</b>	8176	10184	10251	10942	11505	10922	10431	10474	9066	10387
<b>Insektizide und Akarizide</b>	1082	827	813	1092	909	1030	941	883	1117	940
<b>Sonstige</b>	9950	9785	10707	11563	12380	12186	12797	14553	15437	14542
darunter inerte Gase zum Vorratsschutz	6246	5982	6967	8061	8756	8595	9419	10798	11713	11214
<b>Summe</b>	35131	35494	38786	40744	43420	38757	40844	43865	45527	43765



46. Abgeordneter  
**Friedrich  
Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie wird die Bundesregierung die vom Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik in seinem Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen auf Ebene des Bundes wie z. B. den Aufbau eines nationalen Tierwohl-Monitorings, die Förderung innovativer Formen der Bürgerinnen bzw. Bürgerbeteiligung, Qualifikationsnachweise und Fortbildungsverpflichtung für Tierhalterinnen bzw. Tierhalter und Tierbetreuerinnen bzw. Tierbetreuer, ein Informationsprogramm für Verbraucherinnen bzw. Verbraucher inkl. eines staatlichen Tierschutzlabels und ein Forschungs- und Innovationsprogramm Tierwohl umsetzen, und wann sieht die Bundesregierung die Realisierung des vom Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik in seinem Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ empfohlene Bundesprogramm Tierwohl vor, in dessen Rahmen Umschichtungen von Mitteln der 1. in die 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vorgenommen werden sollen, um die finanziellen Spielräume für Tierwohlmaßnahmen zu erhöhen, und die Erweiterung des Maßnahmenpektrums der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) um weitere Tierwohlmaßnahmen ergänzt werden soll?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Bleser  
vom 5. Mai 2015**

Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ umfasst in seiner Druckfassung 430 Seiten, die sich momentan noch in der Prüfung befinden. Dabei sind sowohl die finanziellen Auswirkungen auf die Landwirtschaft als auch Zielkonflikte zu berücksichtigen. Ich bitte daher um Verständnis, wenn ich Ihre Fragen noch nicht detaillierter beantworten kann.

47. Abgeordneter  
**Friedrich  
Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

In wie viel Prozent der deutschen Schlachthöfe wird nach Kenntnis der Bundesregierung die Schlachtier- und Fleischschau bei Schweinen bereits durchgeführt, und sieht die Bundesregierung im Hinblick auf den vorbeugenden gesundheitlichen Verbraucherschutz Spielräume, die gemäß Anhang I Abschnitt IV Kapitel I bis IV der Verordnung (EG) Nr. 854/2004 dafür verordneten 50 Sekunden zu reduzieren?

48. Abgeordneter  
**Friedrich  
Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Befürwortet die Bundesregierung Bestrebungen, die Durchführung der Schlachttier- und Fleischbeschau zukünftig von privatwirtschaftlichen Unternehmen durchführen zu lassen, und wenn nein, warum nicht?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Dr. Maria Flachsbarth  
vom 7. Mai 2015**

Die Fragen 47 und 48 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Nach den gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 854/2004 muss eine Schlachttier- und Fleischuntersuchung bei allen in zugelassenen Schlachthöfen durchgeführten Schlachtungen von Schweinen durchgeführt werden. Das Unionsrecht schreibt hierfür keine Untersuchungszeit vor. Nach Einschätzung der Bundesregierung kann die Mindestuntersuchungszeit von 50 Sekunden als Richtwert verstanden werden, von der nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift Lebensmittelhygiene nach den Umständen des Einzelfalls auch abgewichen werden kann.

Die Bundesregierung hält die geltenden gemeinschaftlichen Regelungen für gerechtfertigt, die die Schlachttier- und Fleischuntersuchung als hoheitliche Aufgabe bestimmen. Die amtliche Schlachttier- und Fleischuntersuchung ist eine Kernaufgabe des vorbeugenden gesundheitlichen Verbraucherschutzes.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums  
der Verteidigung**

49. Abgeordneter  
**Jan van  
Aken**  
(DIE LINKE.)
- Wann wurden die in der Sitzung des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages vom 22. April 2015 erwähnten und am 20. November 2013 bestellten G36-Gewehre jeweils ausgeliefert und jeweils bezahlt (bitte auch unter Aufschlüsselung nach den Versionen des G36 angeben), und welcher Teil der Bestellung ist noch offen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Markus Grübel  
vom 5. Mai 2015**

Durch das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung wurde am 5. August 2013 ein Vertrag zur Beschaffung von 3 770 G36k A4 abgeschlossen. Bei dem in Ihrer Anfrage erwähnten Vertrag vom 20. November 2013 handelt es sich um den „1. Änderungsvertrag und Neufassung“, der im Wesentlichen den bestehenden Vertrag um die Lieferung von Zubehörteilen (Manöverpatronengeräte, Ladelehren) erweitert.

Die Auslieferung der Waffen erfolgte in fünf Abschnitten wie folgt:

19.11.2013	796	G36k A4
09.12.2013	400	G36k A4
30.04.2014	1000	G36k A4
30.07.2014	1074	G36k A4
30.09.2014	500	G36k A4

Die Auslieferung ist abgeschlossen.

Die Zahlungen wurden wie folgt getätigt:

Gegenstand	Menge	Fälligkeit der Rechnung
G36k A4	796	27.12.2013
G36k A4	400	10.02.2014
G36k A4	500	16.06.2014
G36k A4	500	30.06.2014
G36k A4	500	24.07.2014
G36k A4	574	11.08.2014
G36k A4	500	14.08.2014

50. Abgeordnete **Agnieszka Brugger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- In welchen Abteilungen des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) waren die in den Antworten der Bundesregierung auf die Schriftlichen Fragen 16 auf Bundestagsdrucksache 18/2976 und 23 auf Bundestagsdrucksache 18/3258 des Abgeordneten Marco Bülow genannten Bundesbeamtinnen und -beamten vor Beendigung ihres Dienstverhältnisses tätig, und wie viele dieser Bundesbeamtinnen und -beamten sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit Beendigung ihres Dienstverhältnisses in der Rüstungsindustrie tätig (wenn möglich, bitte unter Angabe der jeweiligen Abteilungen und Unternehmen)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Markus Grübel vom 8. Mai 2015**

In den Jahren 2012 und 2013 haben fünf Beamte, die bis zum Eintritt in den Ruhestand im BMVg (erster oder zweiter Dienstsitz) beschäftigt waren, Tätigkeiten nach Beendigung ihres Dienstverhältnisses angezeigt. Bei diesen Beamten handelte es sich um einen bis zum Eintritt in den Ruhestand für Rüstung zuständigen früheren Staatssekretär sowie um Beamte der früheren Abteilung Modernisierung, des früheren IT-Stabes und der früheren Hauptabteilung Rüstung

bzw. der jetzigen Abteilung Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung.

Konkret umfassten diese Anzeigen eine Tätigkeit bei folgenden Unternehmen:

- Bundesverband Briefdienste,
- Concilius AG,
- LHBw,
- Rechtsanwaltskanzlei Oppenhoff & Partner,
- ATOS IT-Solution,
- IBM Belgien,
- CompuCenter,
- Industriefanlagen-Betriebsgesellschaft mbH.

Für die Jahre 2010 und 2011 sind entsprechende Angaben – mit Ausnahme der statistischen Zahlen, die in den o. g. Bundestagsdrucksachen genannt sind – nicht möglich. Die personenbezogenen Daten waren nach den datenschutzrechtlichen Bestimmungen (§ 20 Absatz 2 Nummer 2 des Bundesdatenschutzgesetzes) zu löschen, da ihre Kenntnis zur Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Die Anzeigepflicht nach § 105 Absatz 1 Satz 1 des Bundesbeamtengesetzes (BBG) endet gemäß § 105 Absatz 1 Satz 2 BBG, wenn die Beamtinnen und Beamten mit Erreichen der Regelaltersgrenze in den Ruhestand treten, drei Jahre nach Beendigung des Beamtenverhältnisses.

Die Angaben für den gesamten Geschäftsbereich des BMVg erfordern weitere Recherchen im nachgeordneten Bereich. Sie werden unverzüglich nachgereicht.\*

51. Abgeordneter  
**Dr. Alexander S. Neu**  
(DIE LINKE.)

Über welche Waffenfähigkeit sollen nach derzeitigem Planungsstand als sog. Zwischenlösung nach Ablauf des Heron-Leasingvertrags die für Einsätze der Bundeswehr zu leasenden bzw. zu mietenden oder zu kaufenden MALE-Drohnen (MALE – medium altitude, long-endurance) verfügen (bitte Details zu in Erwägung gezogenen Waffen- bzw. Raketensystemen – unter Berücksichtigung von Gewicht, Sprengkraft, Sprengradius, Lenk- bzw. Zielsystem, ggf. Produktnamen – angeben), und sofern hierfür bislang noch keine Überlegungen angestellt wurden, wann soll damit begonnen werden?

---

\* Die noch ausstehenden Angaben wurden in einer Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin der Verteidigung, Markus Grübel, nachgereicht. Siehe dazu Bundestagsdrucksache 18/5062.



**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Markus Grübel  
vom 5. Mai 2015**

Der Begriff „Zwischenlösung“ bezieht sich auf die derzeit im Rahmen eines Leasingvertrags in Afghanistan eingesetzten unbemannten, unbewaffneten Luftfahrzeuge des Typs Heron 1. Für die nach dem Ablauf des Heron-1-Leasingvertrags geplante MALE UAS-„Überbrückungslösung“ (UAS – Unmanned Aerial System) ist eine Auswahlentscheidung für ein bestimmtes Muster noch nicht getroffen.

- |  |   |
|--|---|
| 52. Abgeordneter<br><b>Omid<br/>Nouripour</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Inwiefern hat die EU-Mission EU NAVFOR/Operation Atalanta seit Verabschiedung des letzten Mandats im Deutschen Bundestag Einsätze an oder über Land im Küstenstreifen durchgeführt? |
|--|---|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Ralf Brauksiepe  
vom 5. Mai 2015**

Im Zeitraum vom 22. Mai 2014 bis zum 29. April 2015 wurden durch die Kräfte der EU NAVFOR/Operation Atalanta keine Einsätze im Rahmen der Einsatzoption „Wirken gegen Piraterielogistik am Strand“ im Küstenstreifen Somalias an oder über Land durchgeführt.

- |   |  |
|---|--|
| 53. Abgeordneter<br><b>Hans-Christian<br/>Ströbele</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, dass G36-Gewehre, so wie sie heute konstruiert sind, keine Zukunft in der Bundeswehr haben, aber nicht ausschloss, dass der Ersatz auch ein verändertes G36-Gewehr der Firma Heckler & Koch (H&K) sein könne (vgl. <a href="http://www.tagesspiegel.de/politik/verteidigungsausschuss-ursula-von-der-leyen-sturmgewehr-g36-wird-moeglicherweise-nur-veraendert/11670850.html">www.tagesspiegel.de/politik/verteidigungsausschuss-ursula-von-der-leyen-sturmgewehr-g36-wird-moeglicherweise-nur-veraendert/11670850.html</a> vom 22. April 2015) im Hinblick darauf, dass die Firma H&K sich nunmehr zusätzlich zu früheren, möglicherweise nicht genehmigten Waffenlieferungen z. B. an die Stadt Iguala im mexikanischen Bundesstaat Guerrero (vgl. meine Schriftliche Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 18/3761) auch noch durch die Lieferung eines mangelhaften Produkts als offensichtlich nicht zuverlässig gezeigt hat, und wie bewertet sie die Tatsache, dass kurz nach Vorliegen der ersten Hinweise im BMVg auf die Mängel des G36 im April 2012 trotzdem noch 3 770 neue G36-Gewehre für die Bundeswehr bestellt wurden? |
|---|--|

den (vgl. [www.spiegel.de/politik/deutschland/g36-gewehr-ministerium-schon-2012-gewarnt-a-1029852.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g36-gewehr-ministerium-schon-2012-gewarnt-a-1029852.html) vom 22. April 2015)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Markus Grübel  
vom 7. Mai 2015**

Das G36 wurde in seiner Grundkonfiguration durch die Bundeswehr von 1994 bis 1996 technisch und taktisch untersucht und als truppenverwendbar bewertet. Es entsprach damit dem zum Einführungszeitpunkt geltenden technischen und taktischen Verständnis der Forderungslage. Auf dieser Basis wurden die Waffen in Auftrag gegeben, gefertigt, gemäß den Technischen Lieferbedingungen abgenommen und vertragskonform geliefert.

Bei den bestellten Gewehren G36 handelt es sich um 3 770 Waffen der Version G36k A4, vorgesehen für Spezialkräfte und spezialisierte Kräfte. Die Beschaffung wurde mit Vertragsabschluss vom 5. August 2013 über 3 770 Gewehre G36k A4 nach den geltenden Verfahren eingeleitet.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

- |   |  |
|---|--|
| 54. Abgeordnete<br><b>Maria<br/>Klein-Schmeink</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Welche Komplikationen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren bei der Verwendung von Kontrastmitteln bei Computertomographien aufgetreten, und wie oft sind Menschen im gleichen Zeitraum durch eine allergische Reaktion auf ein solches Kontrastmittel verstorben? |
|---|--|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Ingrid Fischbach  
vom 5. Mai 2015**

Aufgrund der Auswertung der Nebenwirkungsdatenbank des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte steht im Hinblick auf mögliche Nebenwirkungen bei der Anwendung von Kontrastmitteln das Auftreten von allergischen Reaktionen (anaphylaktischen Reaktionen) im Vordergrund. Danach wurde im Zeitraum vom 1. Januar 2005 bis zum 28. April 2015 in 554 Fällen über solche Reaktionen berichtet. Jedoch ist in den Fallberichten oft keine Information zu entnehmen, ob das Kontrastmittel speziell im Zusammenhang mit einer Computertomographie verwendet wurde.

Eine Aussage über die Zahl der Todesfälle durch eine allergische Reaktion auf ein Kontrastmittel kann nicht getroffen werden. In 26 Fallberichten gab es sogenannte Verdachtsfälle, in denen tödliche Verläufe beschrieben worden sind. Es muss allerdings beachtet werden, dass es sich um Verdachtsfälle unerwünschter Arzneimittelwir-

kungen handelt, dass also kein Kausalzusammenhang im Einzelfall sicher belegt ist.

Einen Überblick über andere seltenere Nebenwirkungen bietet die Anlage.

## Verteilung der UAWs (PT-Ebene) auf die Organsysteme

### Allgemeine Erkrankungen und Beschwerden am Verabreichungsort

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Abasie	1	0.05 %	0.18 %
2 allergisches Oedem	1	0.05 %	0.18 %
3 Asthenie	1	0.05 %	0.18 %
4 Blaessee	4	0.19 %	0.72 %
5 Brennen	4	0.19 %	0.72 %
6 Brustkorbschmerzen	10	0.47 %	1.81 %
7 Brustkorbschmerz	1	0.05 %	0.18 %
8 Druckschmerz	1	0.05 %	0.18 %
9 Extravasation an der Injektionsstelle	1	0.05 %	0.18 %
10 febrile Infektion	1	0.05 %	0.18 %
11 Fieber	3	0.14 %	0.54 %
12 Fremdkörpergefühl	9	0.42 %	1.62 %
13 Gefühl anomal	1	0.05 %	0.18 %
14 generalisierte Oedeme	2	0.09 %	0.36 %
15 Gesichtsoedem	17	0.79 %	3.07 %
16 Hitzegefühl	33	1.54 %	5.96 %
17 Hitzewallung	1	0.05 %	0.18 %
18 Hyperhidrosis	12	0.56 %	2.17 %
19 Kältegefühl	2	0.09 %	0.36 %
20 kalter Schweiß	9	0.42 %	1.62 %
21 Lokalisiertes Oedem	5	0.23 %	0.90 %
22 nicht beurteilbares Ereignis	1	0.05 %	0.18 %
23 Oedem	2	0.09 %	0.36 %
24 Paraesthesie der Schleimhäute	1	0.05 %	0.18 %
25 Periphere Schwellung	1	0.05 %	0.18 %
26 Schaum vor dem Mund	2	0.09 %	0.36 %
27 Schleimhautödem	15	0.70 %	2.71 %
28 Schmerz	2	0.09 %	0.36 %
29 Schüttelfrost	16	0.75 %	2.89 %
30 Schwellung	5	0.23 %	0.90 %
31 Systemic inflammatory response syndrome	1	0.05 %	0.18 %
32 Thrombose in einem Medizinprodukt	1	0.05 %	0.18 %
33 Tod	1	0.05 %	0.18 %
34 Unwohlsein	14	0.65 %	2.53 %
35 Versagen mehrerer Organe	2	0.09 %	0.36 %
36 Wärmegefühl	16	0.75 %	2.89 %
37 Zustand verschlimmert	1	0.05 %	0.18 %
Anzahl der Berichte: 149	200	9.33 %	36.10 %

### Augenerkrankungen

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Augenjucken	3	0.14 %	0.54 %
2 Augenlidödem	22	1.03 %	3.97 %
3 Augenödem	1	0.05 %	0.18 %
4 Augenreizung	1	0.05 %	0.18 %
5 Bindehauthyperämie	1	0.05 %	0.18 %
6 Bindehautreizung	2	0.09 %	0.36 %
7 Konjunktivitis	2	0.09 %	0.36 %
8 Mydriasis	2	0.09 %	0.36 %
9 okuläre Hyperämie	8	0.37 %	1.44 %
10 Periorbitalödem	1	0.05 %	0.18 %
11 Schwellung des Auges	8	0.37 %	1.44 %
12 Sehen verschwommen	1	0.05 %	0.18 %
13 Störung der Augenmotorik	1	0.05 %	0.18 %
14 Strabismus	1	0.05 %	0.18 %
15 Tränensekretion verstärkt	6	0.28 %	1.08 %
Anzahl der Berichte: 52	60	2.80 %	10.83 %

### Chirurgische und medizinische Eingriffe

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Anwendung ausserhalb der Indikationsstellung in der Fachinformation	1	0.05 %	0.18 %
2 Endotrachealintubation	1	0.05 %	0.18 %
3 Notfallversorgung	1	0.05 %	0.18 %



**Verteilung der UAWs (PT-Ebene) auf die Organsysteme****Chirurgische und medizinische Eingriffe**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
Anzahl der Berichte: 3	3	0.14 %	0.54 %

**Erkrankungen der Atemwege, des Brustraums und Mediastinums**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Akutes respiratorisches Distress - Syndrom	1	0.05 %	0.18 %
2 Apnoe	2	0.09 %	0.36 %
3 Asphyxie	1	0.05 %	0.18 %
4 Aspiration	1	0.05 %	0.18 %
5 Asthma	4	0.19 %	0.72 %
6 Atemerkkrankung	2	0.09 %	0.36 %
7 Atemnot	19	0.89 %	3.43 %
8 Atemstillstand	14	0.65 %	2.53 %
9 Beschwerden an der Nase	2	0.09 %	0.36 %
10 Beschwerden im Oropharynx	2	0.09 %	0.36 %
11 bronchiale Obstruktion	2	0.09 %	0.36 %
12 Bronchospasmus	12	0.56 %	2.17 %
13 Brustkorbbeschwerden	10	0.47 %	1.81 %
14 Brustkorbschmerz	1	0.05 %	0.18 %
15 Dysphonie	12	0.56 %	2.17 %
16 Dyspnoe	210	9.80 %	37.91 %
17 Engegefühl des Halses	10	0.47 %	1.81 %
18 Erkrankung der Nase	1	0.05 %	0.18 %
19 Erstickten	1	0.05 %	0.18 %
20 Giemen	2	0.09 %	0.36 %
21 Herz- und Atemstillstand	5	0.23 %	0.90 %
22 Husten	44	2.05 %	7.94 %
23 Husten mit Auswurf	1	0.05 %	0.18 %
24 Hyperventilation	1	0.05 %	0.18 %
25 Kehlkopfirritation	1	0.05 %	0.18 %
26 Kehlkopfödem	23	1.07 %	4.15 %
27 Kehlkopfschmerz	1	0.05 %	0.18 %
28 Laryngospasmus	5	0.23 %	0.90 %
29 Lungenembolie	5	0.23 %	0.90 %
30 Lungeninfiltration	1	0.05 %	0.18 %
31 Lungenödem	6	0.28 %	1.08 %
32 Lungenstauung	1	0.05 %	0.18 %
33 Nasenödem	5	0.23 %	0.90 %
34 Nasenverstopfung	11	0.51 %	1.99 %
35 Nasopharyngitis	1	0.05 %	0.18 %
36 Niesen	54	2.52 %	9.75 %
37 Obstruktion der oberen Atemwege	1	0.05 %	0.18 %
38 Oedem der Luftröhre	2	0.09 %	0.36 %
39 Oedem des Respirationstrakts	1	0.05 %	0.18 %
40 oropharyngeale Schwellung	2	0.09 %	0.36 %
41 Pharynxerythem	1	0.05 %	0.18 %
42 Pharynxödem	14	0.65 %	2.53 %
43 Rachenreizung	12	0.56 %	2.17 %
44 Rasselgeräusche Lunge	1	0.05 %	0.18 %
45 Reizung der Atemwege	1	0.05 %	0.18 %
46 respiratorische Insuffizienz	7	0.33 %	1.26 %
47 Rhinitis	3	0.14 %	0.54 %
48 Rhinorrhoe	4	0.19 %	0.72 %
49 Schmerzen im Oropharynx	2	0.09 %	0.36 %
50 Sprechstörung	1	0.05 %	0.18 %
51 Status asthmaticus	1	0.05 %	0.18 %
52 Stridor	4	0.19 %	0.72 %
53 vermehrte Bronchialsekretion	1	0.05 %	0.18 %
54 Zyanose	10	0.47 %	1.81 %
Anzahl der Berichte: 362	542	25.29 %	97.83 %

**Erkrankungen der Geschlechtsorgane und der Brustdrüse**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Hitzewallung	1	0.05 %	0.18 %
Anzahl der Berichte: 1	1	0.05 %	0.18 %

**Verteilung der UAWs (PT-Ebene) auf die Organsysteme****Erkrankungen der Haut und des Unterhautzellgewebes**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Angiooedem	38	1.77 %	6.86 %
2 Augenlidoedem	22	1.03 %	3.97 %
3 Ausschlag	42	1.96 %	7.58 %
4 Ausschlag generalisiert	10	0.47 %	1.81 %
5 Ausschlag pustuloes	11	0.51 %	1.99 %
6 Blaesse	4	0.19 %	0.72 %
7 Blase	1	0.05 %	0.18 %
8 Brennendes Gefuehl auf der Haut	2	0.09 %	0.36 %
9 Dermatitis allergisch	1	0.05 %	0.18 %
10 Erythem	92	4.29 %	16.61 %
11 Exfoliation der Haut	1	0.05 %	0.18 %
12 Generalisiertes Erythem	11	0.51 %	1.99 %
13 geschwollene Zunge	10	0.47 %	1.81 %
14 Gesichtsoedem	17	0.79 %	3.07 %
15 Hautoedem	1	0.05 %	0.18 %
16 Hautreaktion	5	0.23 %	0.90 %
17 Hautschwellung	3	0.14 %	0.54 %
18 Hautspannen	1	0.05 %	0.18 %
19 Hautverfaerbung	2	0.09 %	0.36 %
20 Hitzegefuehl	33	1.54 %	5.96 %
21 Hyperhidrosis	12	0.56 %	2.17 %
22 kalter Schweiss	9	0.42 %	1.82 %
23 Kehlkopfoedem	23	1.07 %	4.15 %
24 Kratzer	1	0.05 %	0.18 %
25 Lippe geschwollen	13	0.61 %	2.35 %
26 Lippenoedem	6	0.28 %	1.08 %
27 Livedo retikularis	1	0.05 %	0.18 %
28 makuloeser Ausschlag	4	0.19 %	0.72 %
29 Oedem des Mundes	1	0.05 %	0.18 %
30 oropharyngeale Schwellung	2	0.09 %	0.36 %
31 Periorbitaloedem	1	0.05 %	0.18 %
32 Pharynxoedem	14	0.65 %	2.53 %
33 Piloerektion	1	0.05 %	0.18 %
34 Pruritus	53	2.47 %	9.57 %
35 Pruritus generalisiert	4	0.19 %	0.72 %
36 schwellendes Gesicht	24	1.12 %	4.33 %
37 Schwellung im Mund	6	0.28 %	1.08 %
38 toxischer Hautausschlag	1	0.05 %	0.18 %
39 Urtikaria	94	4.39 %	16.97 %
40 Zungenoedem	6	0.28 %	1.08 %
Anzahl der Berichte: 339	583	27.20 %	105.23 %

**Erkrankungen der Nieren und Harnwege**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Enuresis	6	0.28 %	1.08 %
2 Harndrang	1	0.05 %	0.18 %
3 Harninkontinenz	1	0.05 %	0.18 %
4 Harnwegsinfektion	1	0.05 %	0.18 %
5 Nierentubulusnekrose	1	0.05 %	0.18 %
6 Nierenversagen akut	4	0.19 %	0.72 %
7 Oligurie	1	0.05 %	0.18 %
8 Urosepsis	1	0.05 %	0.18 %
Anzahl der Berichte: 12	16	0.75 %	2.89 %

**Erkrankungen des Blutes und des Lymphsystems**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 disseminierte intravaskulaere Gerinnung	1	0.05 %	0.18 %
2 Koagulopathie	1	0.05 %	0.18 %
3 Leukozytose	1	0.05 %	0.18 %
Anzahl der Berichte: 3	3	0.14 %	0.54 %

**Erkrankungen des Gastrointestinaltrakts**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
--------------	-------------	-------------------------------	-------------------------------

**Verteilung der UAWs (PT-Ebene) auf die Organsysteme****Erkrankungen des Gastrointestinaltrakts**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Abdominalschmerz	3	0.14 %	0.54 %
2 Beschwerden im Oropharynx	2	0.09 %	0.36 %
3 Brechreiz	2	0.09 %	0.36 %
4 Diarrhoe	2	0.09 %	0.36 %
5 Diarrhoe haemorrhagisch	1	0.05 %	0.18 %
6 Dysphagie	5	0.23 %	0.90 %
7 Erbrechen	34	1.59 %	6.14 %
8 Erbrechen explosionsartig	1	0.05 %	0.18 %
9 geschwollene Zunge	10	0.47 %	1.81 %
10 Hypersalivation	2	0.09 %	0.36 %
11 hypertrophierte Zungenpapillen	1	0.05 %	0.18 %
12 Hypoaesthesie oral	1	0.05 %	0.18 %
13 Lippe geschwollen	13	0.61 %	2.35 %
14 Lippenoedem	6	0.28 %	1.08 %
15 Makroglossie	1	0.05 %	0.18 %
16 Mundtrockenheit	1	0.05 %	0.18 %
17 Oedem des Mundes	1	0.05 %	0.18 %
18 oraler Pruritus	1	0.05 %	0.18 %
19 oropharyngeale Schwellung	2	0.09 %	0.36 %
20 Paraesthesie oral	4	0.19 %	0.72 %
21 Rachenreizung	12	0.56 %	2.17 %
22 Schaum vor dem Mund	2	0.09 %	0.36 %
23 Schmerzen im Oropharynx	2	0.09 %	0.36 %
24 Schmerzen Oberbauch	1	0.05 %	0.18 %
25 Schmerzen Unterbauch	1	0.05 %	0.18 %
26 Schwellung im Mund	6	0.28 %	1.08 %
27 Stuhlinkontinenz	1	0.05 %	0.18 %
28 Uebelkeit	83	3.87 %	14.98 %
29 Zungenoedem	6	0.28 %	1.08 %
Anzahl der Berichte: 161	207	9.66 %	37.36 %

**Erkrankungen des Immunsystems**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Allergie vom Soforttyp I	2	0.09 %	0.36 %
2 allergisches Oedem	1	0.05 %	0.18 %
3 anaphylaktische Reaktion	42	1.96 %	7.58 %
4 anaphylaktischer Schock	62	2.89 %	11.19 %
5 anaphylaktoide Reaktion	72	3.36 %	13.00 %
6 anaphylaktoider Schock	25	1.17 %	4.51 %
7 Angiooedem	38	1.77 %	6.86 %
8 Asthma	4	0.19 %	0.72 %
9 Augenlidoedem	22	1.03 %	3.97 %
10 Bronchospasmus	12	0.56 %	2.17 %
11 Dermatitis allergisch	1	0.05 %	0.18 %
12 geschwollene Zunge	10	0.47 %	1.81 %
13 Gesichtsoedem	17	0.79 %	3.07 %
14 Hautreaktion	5	0.23 %	0.90 %
15 Kehlkopfödem	23	1.07 %	4.15 %
16 Kontrastmittelallergie	9	0.42 %	1.62 %
17 Kontrastmittelreaktion	5	0.23 %	0.90 %
18 Lippe geschwollen	13	0.61 %	2.35 %
19 Lippenoedem	6	0.28 %	1.08 %
20 Oedem des Mundes	1	0.05 %	0.18 %
21 oropharyngeale Schwellung	2	0.09 %	0.36 %
22 Periorbitaloedem	1	0.05 %	0.18 %
23 Pharynxoedem	14	0.65 %	2.53 %
24 schwellendes Gesicht	24	1.12 %	4.33 %
25 Schwellung im Mund	6	0.28 %	1.08 %
26 Systemic inflammatory response syndrome	1	0.05 %	0.18 %
27 toxischer Hautausschlag	1	0.05 %	0.18 %
28 Ueberempfindlichkeit	37	1.73 %	6.68 %
29 Urtikaria	94	4.39 %	16.97 %
30 Zungenoedem	6	0.28 %	1.08 %
Anzahl der Berichte: 393	556	25.94 %	100.36 %

**Verteilung der UAWs (PT-Ebene) auf die Organsysteme****Erkrankungen des Nervensystems**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Abasie	1	0.05 %	0.18 %
2 Agitiertheit	1	0.05 %	0.18 %
3 Aufmerksamkeitsstörungen	1	0.05 %	0.18 %
4 Beeinträchtigung des Haltungsreflexes	1	0.05 %	0.18 %
5 Brennen	4	0.19 %	0.72 %
6 Brennendes Gefühl auf der Haut	2	0.09 %	0.36 %
7 Dysaesthesie	1	0.05 %	0.18 %
8 Dyskinesie	1	0.05 %	0.18 %
9 Dysphonie	12	0.56 %	2.17 %
10 getriebener Bewusstseinszustand	6	0.28 %	1.08 %
11 Gleichgewichtsstörung	1	0.05 %	0.18 %
12 Haltung anomal	1	0.05 %	0.18 %
13 Harninkontinenz	1	0.05 %	0.18 %
14 Hirnschädigung	1	0.05 %	0.18 %
15 Hypoaesthesie	5	0.23 %	0.90 %
16 Hypoaesthesie oral	1	0.05 %	0.18 %
17 Hyporeaktion auf Stimuli	1	0.05 %	0.18 %
18 Koma	3	0.14 %	0.54 %
19 Konvulsion	11	0.51 %	1.99 %
20 Konvulsionen lokal	1	0.05 %	0.18 %
21 Kopfbeschwerden	2	0.09 %	0.36 %
22 Kopfschmerz	10	0.47 %	1.81 %
23 Muskelspastik	1	0.05 %	0.18 %
24 Mydriasis	2	0.09 %	0.36 %
25 nicht ansprechbar auf Reize	1	0.05 %	0.18 %
26 Paraesthesie	11	0.51 %	1.99 %
27 Paraesthesie der Schleimhäute	1	0.05 %	0.18 %
28 Paraesthesie oral	4	0.19 %	0.72 %
29 Praesynkope	2	0.09 %	0.36 %
30 Schaum vor dem Mund	2	0.09 %	0.36 %
31 Schwindelgefühl	18	0.84 %	3.25 %
32 Sehen verschwommen	1	0.05 %	0.18 %
33 Somnolenz	4	0.19 %	0.72 %
34 Spannungskopfschmerz	1	0.05 %	0.18 %
35 Sprachstörung	1	0.05 %	0.18 %
36 Sprechstörung	1	0.05 %	0.18 %
37 Störung der Augenmotorik	1	0.05 %	0.18 %
38 Strabismus	1	0.05 %	0.18 %
39 Stuhlinkontinenz	1	0.05 %	0.18 %
40 Synkope	7	0.33 %	1.26 %
41 Tremor	7	0.33 %	1.26 %
42 Unruhe	8	0.37 %	1.44 %
43 Verlust des Bewusstseins	15	0.70 %	2.71 %
44 Vertigo	2	0.09 %	0.36 %
45 Verwirrheitszustand	1	0.05 %	0.18 %
Anzahl der Berichte: 128	161	7.51 %	29.06 %

**Erkrankungen des Ohrs und des Labyrinths**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Ohrschwellung	1	0.05 %	0.18 %
2 Vertigo	2	0.09 %	0.36 %
Anzahl der Berichte: 3	3	0.14 %	0.54 %

**Gefäßerkrankungen**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 akuter Myokardinfarkt	1	0.05 %	0.18 %
2 anaphylaktische Reaktion	42	1.96 %	7.58 %
3 anaphylaktischer Schock	62	2.89 %	11.19 %
4 anaphylaktische Reaktion	72	3.36 %	13.00 %
5 anaphylaktischer Schock	25	1.17 %	4.51 %
6 Blässe	4	0.19 %	0.72 %
7 Blutdruckfluktuation	1	0.05 %	0.18 %
8 Diarrhoe hämorrhagisch	1	0.05 %	0.18 %
9 disseminierte intravaskuläre Gerinnung	1	0.05 %	0.18 %
10 Hitzegefühl	33	1.54 %	5.96 %



**Verteilung der UAWs (PT-Ebene) auf die Organsysteme****Gefäßerkrankungen**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
11 Hitzewallung	1	0.05 %	0.18 %
12 Hyperaemie	1	0.05 %	0.18 %
13 hypertensive Krise	1	0.05 %	0.18 %
14 Hypertonie	7	0.33 %	1.26 %
15 Hypotonie	31	1.45 %	5.60 %
16 ischaemische Hepatitis	1	0.05 %	0.18 %
17 kardiovaskuläre Erkrankung	7	0.33 %	1.26 %
18 kardiovaskuläre Insuffizienz	6	0.28 %	1.08 %
19 Kompartmentsyndrom	1	0.05 %	0.18 %
20 Kreislaufkollaps	62	2.89 %	11.19 %
21 Livedo reticularis	1	0.05 %	0.18 %
22 Lungenembolie	5	0.23 %	0.90 %
23 Lungenstauung	1	0.05 %	0.18 %
24 Myokardinfarkt	3	0.14 %	0.54 %
25 peripheres Kreislaufversagen	1	0.05 %	0.18 %
26 Praesynkope	2	0.09 %	0.36 %
27 Schock	22	1.03 %	3.97 %
28 Schwindelgefuehl	18	0.84 %	3.25 %
29 Septischer Schock	2	0.09 %	0.36 %
30 Synkope	7	0.33 %	1.26 %
31 Systemic inflammatory response syndrome	1	0.05 %	0.18 %
32 Thrombose in einem Medizinprodukt	1	0.05 %	0.18 %
33 Zyanose	10	0.47 %	1.81 %
Anzahl der Berichte: 347	434	20.25 %	78.34 %

**Herzerkrankungen**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 akuter Myokardinfarkt	1	0.05 %	0.18 %
2 Arrhythmie	5	0.23 %	0.90 %
3 Bradyarrhythmie	1	0.05 %	0.18 %
4 Bradykardie	7	0.33 %	1.26 %
5 Brustkorbbschwerden	10	0.47 %	1.81 %
6 Brustkorbschmerz	1	0.05 %	0.18 %
7 Dyspnoe	210	9.80 %	37.91 %
8 Herz- und Atemstillstand	5	0.23 %	0.90 %
9 Herzbeschwerden	1	0.05 %	0.18 %
10 Herzinsuffizienz	2	0.09 %	0.36 %
11 Herzstillstand	30	1.40 %	5.42 %
12 Kammerflimmern	2	0.09 %	0.36 %
13 kardiovaskuläre Erkrankung	7	0.33 %	1.26 %
14 kardiovaskuläre Insuffizienz	6	0.28 %	1.08 %
15 Lokalisiertes Oedem	5	0.23 %	0.90 %
16 Lungenoedem	6	0.28 %	1.08 %
17 Lungenstauung	1	0.05 %	0.18 %
18 Myokardinfarkt	3	0.14 %	0.54 %
19 Palpitationen	2	0.09 %	0.36 %
20 Praesynkope	2	0.09 %	0.36 %
21 Schwindelgefuehl	18	0.84 %	3.25 %
22 Sinustachykardie	1	0.05 %	0.18 %
23 Synkope	7	0.33 %	1.26 %
24 Tachykardie	22	1.03 %	3.97 %
25 Vorhofflimmern	2	0.09 %	0.36 %
26 Zyanose	10	0.47 %	1.81 %
Anzahl der Berichte: 289	367	17.13 %	66.25 %

**Infektionen und parasitaere Erkrankungen**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Ausschlag pustuloes	11	0.51 %	1.99 %
2 febrile Infektion	1	0.05 %	0.18 %
3 Harnwegsinfektion	1	0.05 %	0.18 %
4 Konjunktivitis	2	0.09 %	0.36 %
5 Nasopharyngitis	1	0.05 %	0.18 %
6 Rhinitis	3	0.14 %	0.54 %
7 Sepsis	1	0.05 %	0.18 %
8 Septischer Schock	2	0.09 %	0.36 %

**Verteilung der UAWs (PT-Ebene) auf die Organsysteme****Infektionen und parasitäre Erkrankungen**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
9 Urosepsis	1	0.05 %	0.18 %
Anzahl der Berichte: 21	23	1.07 %	4.15 %

**Kongenitale, familiäre und genetische Erkrankungen**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Makroglossie	1	0.05 %	0.18 %
Anzahl der Berichte: 1	1	0.05 %	0.18 %

**Leber- und Gallenerkrankungen**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 ischaemische Hepatitis	1	0.05 %	0.18 %
2 Leberversagen	1	0.05 %	0.18 %
Anzahl der Berichte: 2	2	0.09 %	0.36 %

**Psychiatrische Erkrankungen**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Agitiertheit	1	0.05 %	0.18 %
2 Angst	1	0.05 %	0.18 %
3 Aufmerksamkeitsstörungen	1	0.05 %	0.18 %
4 Dysphonie	12	0.56 %	2.17 %
5 Engegefühl des Halses	10	0.47 %	1.81 %
6 Enuresis	6	0.28 %	1.08 %
7 Hirnschädigung	1	0.05 %	0.18 %
8 Hyperventilation	1	0.05 %	0.18 %
9 Konversionsstörung	2	0.09 %	0.36 %
10 Panikattacke	1	0.05 %	0.18 %
11 psychische Störung aufgrund einer Allgemeinerkrankung	3	0.14 %	0.54 %
12 Somnolenz	4	0.19 %	0.72 %
13 Sprachstörung	1	0.05 %	0.18 %
14 Sprechstörung	1	0.05 %	0.18 %
15 Todesfurcht	2	0.09 %	0.36 %
16 Unruhe	8	0.37 %	1.44 %
17 Verwirrheitszustand	1	0.05 %	0.18 %
Anzahl der Berichte: 51	56	2.61 %	10.11 %

**Skelettmuskulatur-, Bindegewebs- und Knochenkrankungen**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Arthropathie	1	0.05 %	0.18 %
2 Haltung anomal	1	0.05 %	0.18 %
3 Kompartmentsyndrom	1	0.05 %	0.18 %
4 Muskelspasmen	5	0.23 %	0.90 %
5 Muskelspastik	1	0.05 %	0.18 %
6 Rhabdomyolyse	1	0.05 %	0.18 %
7 Rueckenschmerzen	1	0.05 %	0.18 %
8 Schüttelfrost	16	0.75 %	2.89 %
Anzahl der Berichte: 24	27	1.26 %	4.87 %

**Stoffwechsel- und Ernährungsstörungen**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 generalisierte Oedeme	2	0.09 %	0.36 %
2 Hypokalaemie	1	0.05 %	0.18 %
3 Laktatazidose	2	0.09 %	0.36 %
4 Lokalisiertes Oedem	5	0.23 %	0.90 %
5 Oedem	2	0.09 %	0.36 %
6 respiratorische Insuffizienz	7	0.33 %	1.26 %
Anzahl der Berichte: 18	19	0.89 %	3.43 %

*Verteilung der UAWs (PT-Ebene) auf die Organsysteme***Untersuchungen**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Alaninaminotransferase erhöht	1	0.05 %	0.18 %
2 Aspartataminotransferase erhöht	1	0.05 %	0.18 %
3 Atemfrequenz erniedrigt	2	0.09 %	0.36 %
4 Bilirubin im Blut erhöht	1	0.05 %	0.18 %
5 Blutdruck erhöht	8	0.37 %	1.44 %
6 Blutdruck erniedrigt	42	1.96 %	7.58 %
7 Blutdruck nicht messbar	7	0.33 %	1.26 %
8 Blutdruck systolisch erniedrigt	1	0.05 %	0.18 %
9 C-reaktives Protein erhöht	1	0.05 %	0.18 %
10 Elektroenzephalographie anomal	1	0.05 %	0.18 %
11 Herzfrequenz erhöht	1	0.05 %	0.18 %
12 Herzfrequenz erniedrigt	2	0.09 %	0.36 %
13 Kreatin im Blut erhöht	1	0.05 %	0.18 %
14 Leberenzyme anomal	1	0.05 %	0.18 %
15 Puls anomal	1	0.05 %	0.18 %
16 Puls nicht tastbar	9	0.42 %	1.62 %
17 Pulsdruck erniedrigt	1	0.05 %	0.18 %
18 Sauerstoffsättigung erniedrigt	2	0.09 %	0.36 %
19 Thrombozytenzahl vermindert	1	0.05 %	0.18 %
Anzahl der Berichte: 72	84	3.92 %	15.16 %

**Verletzung, Vergiftung und durch Eingriffe bedingte Komplikationen**

Nebenwirkung	Anzahl-Abs.	Anteil-Rel. in % der Symptome	Anteil-Rel. in % der Berichte
1 Asphyxie	1	0.05 %	0.18 %
2 Blase	1	0.05 %	0.18 %
3 Extravasation an der Injektionsstelle	1	0.05 %	0.18 %
4 Kontrastmittelallergie	9	0.42 %	1.62 %
5 Kontrastmittelreaktion	5	0.23 %	0.90 %
6 Kratzer	1	0.05 %	0.18 %
7 Sturz	1	0.05 %	0.18 %
Anzahl der Berichte: 19	19	0.89 %	3.43 %

Anzahl der Berichte: **554**                      Anzahl der Organsysteme: **22**  
 Anzahl unterschiedlicher Symptome: **524**                      Anzahl der Symptome: **2143**

**Feldbedeutungen / Berechnungsmodi**

Anzahl-Abs.: absolute Anzahl der gezählten Symptome  
 (entspricht der Anzahl von Patientenberichten mit diesem Symptom)

Anteil-Rel. in % der Symptome: relativer Anteil in % von der Gesamtzahl der Symptome

Anteil-Rel. in % der Berichte: relativer Anteil in % von der Gesamtzahl der Berichte

Die effektive Gesamtzahl der Berichte sowie der Symptome beschreibt die tatsächlich aufgetretenen Gesamtzahlen bereinigt um Mehrfachzuordnungen einzelner Symptome zu den MedDRA-Organsystemen

55. Abgeordnete  
**Maria  
Klein-Schmeink**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die von der Deutschen Psychotherapeutenvereinigung e.V. beklagte veränderte Bewilligungspraxis einiger Krankenkassen bei Kostenerstattungen für Psychotherapien nach § 13 Absatz 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V), und was hat sie in der Folge unternommen, um sicherzustellen, dass der gesetzliche Anspruch auf Kostenerstattung in der Praxis richtig umgesetzt wird (vgl. Pressemitteilung der Deutschen Psychotherapeuten-Vereinigung vom 23. April 2015)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Annette Widmann-Mauz  
vom 11. Mai 2015**

Über eine veränderte Bewilligungspraxis einiger Krankenkassen bei Kostenerstattungen für Psychotherapien nach § 13 Absatz 3 SGB V liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Ergänzend wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend den „Anstieg der Kostenerstattung für Psychotherapie in der gesetzlichen Krankenversicherung“ (Bundestagsdrucksache 18/2140) vom 15. Juli 2014 verwiesen.

Im Hinblick auf eine generelle Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung wird darauf hingewiesen, dass im Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstärkungsgesetz – GKV-VSG), der derzeit parlamentarisch beraten wird, vorgesehen ist, den Gemeinsamen Bundesausschuss zu beauftragen, in seiner Psychotherapie-Richtlinie Regelungen zur Flexibilisierung des Therapieangebotes zu beschließen. Dazu gehört auch die Einrichtung von psychotherapeutischen Sprechstunden, um für Patientinnen und Patienten mit psychischen Störungen einen zeitnahen Zugang zum Psychotherapeuten zu schaffen und Wartezeiten zu verringern.

Zudem sei darauf hingewiesen, dass bereits mit dem durch das Patientenrechtegesetz geschaffenen § 13 Absatz 3a SGB V Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung vor vermeidbaren Verzögerungen bei der Bewilligung von Leistungen geschützt werden. Krankenkassen haben nach der Vorschrift über Anträge auf Leistungen zügig, spätestens bis zum Ablauf von drei Wochen, bei Einholung einer gutachterlichen Stellungnahme innerhalb von fünf Wochen nach Antragstellung zu entscheiden.

Versicherte, die im Einzelfall Schwierigkeiten bei der Durchsetzung ihres gesetzlichen Anspruchs auf Kostenerstattung haben sollten, können gegen eine ablehnende Entscheidung ihrer Krankenkasse Widerspruch einlegen und eine Überprüfung der Entscheidung verlangen. Etwaige Beschwerden sollten auch der zuständigen staatlichen Aufsichtsbehörde über die jeweilige Krankenkasse gemeldet werden, also dem Bundesversicherungsamt für bundesunmittelbare Krankenkassen oder den jeweiligen Aufsichtsbehörden der Länder für landesunmittelbare Krankenkassen.



- |  |   |
|--|---|
| 56. Abgeordnete<br><b>Kathrin Vogler</b><br>(DIE LINKE.) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur Wirksamkeit von Trauerbegleitung, insbesondere mit Blick auf Kinder und Jugendliche, und hat die Bundesregierung ggf. selbst wissenschaftliche Studien dazu in Auftrag gegeben? |
| 57. Abgeordnete<br><b>Kathrin Vogler</b><br>(DIE LINKE.) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Finanzierung von Vereinen und Organisationen, die sich um Trauerbegleitung bemühen, und welche Erfordernisse sieht die Bundesregierung hierzu?                             |

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Annette Widmann-Mauz  
vom 5. Mai 2015**

Als Kinder- und Jugendhilfeleistung kann Trauerbegleitung durch Angebote der Familienbildung erbracht werden; dies umfasst die Sterbe- und anschließende Trauerbegleitung verwaister Eltern und Kinder (Geschwister, Aufklärungsarbeit im Sinne gesellschaftlicher Information und Erfahrungsaustausch und Fortbildung von Trauerbegleitern und mit dem Sterben bzw. der Trauerbegleitung befassten Fachkräften (z. B. von medizinischen, pflegerischen oder theologischen Kräften). Kinder- und Jugendhilfeleistungen werden finanziert durch den örtlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe.

Zudem wird auf Folgendes hingewiesen: Stationäre Hospize und ambulante Hospizdienste werden ganz wesentlich durch Zuschüsse von den gesetzlichen Krankenkassen finanziert. Bei den durch die gesetzliche Krankenversicherung finanzierten Leistungen handelt es sich um ein großes Spektrum hospizlicher Leistungen, die palliative, pflegerische und auch psychosoziale Aspekte während des Sterbeprozesses beinhalten und nach Möglichkeit auch Angehörige mit einbeziehen. Bei den genannten Leistungen besteht ein Bezug zu Aufgaben und Zielen der gesetzlichen Krankenversicherung.

Trauer und Trauerbegleitung im Todesfall bedürfen dagegen einer eher seelsorgerischen Begleitung, die im Rahmen familiärer, gesellschaftlicher und ehrenamtlicher Strukturen getragen wird und auch künftig getragen werden sollte.

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland vorgelegt, der am 29. April 2015 vom Bundeskabinett beschlossen worden ist. In diesem Zusammenhang werden auch die Finanzierungsgrundlagen für ambulante und stationäre Hospizdienste weiter gestärkt. Die Reform trägt zu einer erheblichen Verbesserung der finanziellen Gesamtlage der stationären Hospize und der ambulanten Hospizdienste bei.

Darüber hinaus liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse über die Wirksamkeit von Trauerbegleitung, insbesondere mit Blick auf Kinder und Jugendliche, vor. Wissenschaftliche Studien in diesem Zusammenhang sind nicht in Auftrag gegeben worden.

Über die Finanzierung von Vereinen und Organisationen, die sich um die Trauerbegleitung bemühen, liegen der Bundesregierung über die dargestellten Wege hinaus keine Erkenntnisse vor.

58. Abgeordnete  
**Birgit Wöllert**  
(DIE LINKE.)
- Wie stellt sich nach Einschätzung der Bundesregierung die aktuelle Situation bei den Gewerbeärztinnen und -ärzten dar, und welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung auf diesem Gebiet in den nächsten fünf Jahren?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Annette Widmann-Mauz  
vom 6. Mai 2015**

Gewerbeärztinnen und -ärzte sind Fachärztinnen und Fachärzte für Arbeitsmedizin. Sie beraten und überwachen den medizinischen Arbeitsschutz in Betrieben. Zur Zahl der bei den Ländern beschäftigten Gewerbeärztinnen und -ärzte wird auf den Bericht „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2011“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales verwiesen. Sie ist seit etwa zehn Jahren rückläufig und betrug im Jahr 2011 90 Gewerbeärztinnen und -ärzte. Bei der regionalen Verteilung bestehen zwischen den Ländern zum Teil große Unterschiede.

Gewerbeärztinnen und -ärzte sind Beschäftigte – in der Regel Beamtinnen und Beamte – der Länder und dort in Ämtern für Arbeitsschutz oder Gewerbeaufsichtsämtern tätig. Sofern sie nicht in die Strukturen der Arbeitsschutzbehörden eingebunden sind, arbeiten sie eng mit diesen zusammen. Den Aufgabenbereich der Gewerbeärztinnen und -ärzte im Einzelnen legen die Länder fest. Die Regelung der fachärztlichen Weiterbildung fällt ebenfalls in die ausschließliche Zuständigkeit der Länder, die diese den Ärztekammern übertragen haben.

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur**

59. Abgeordneter  
**Herbert Behrens**  
(DIE LINKE.)
- Welche die Flugsicherheit fördernden Maßnahmen werden derzeit im Kontext des Absturzes vom 24. März 2015 nach Kenntnis der Bundesregierung jenseits der Task Force unter Beteiligung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (z. B. in der französischen Untersuchungsbehörde, der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation – ICAO – oder der Europäischen Agentur für Flugsicherheit – EASA) diskutiert, und mit welchen nationalen wie internationalen Organisationen und Institutionen kooperiert die

Task Force vor dem Hintergrund des internationalen Charakters der Luftfahrt und der zahlreichen international gültigen Vorschriften?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann  
vom 11. Mai 2015**

Mit Blick auf den in der Frage erwähnten internationalen Charakter der Luftfahrt hat sich schon seit mehreren Jahrzehnten ein Verfahren bewährt, das sicherstellen soll, dass die sicherheitsrelevanten Erkenntnisse, die im Rahmen der Ermittlung der Unfallursache gewonnen werden, weltweit sowohl den Luftfahrtbehörden als auch der Industrie mitgeteilt werden. Dieses Verfahren ist Gegenstand des Anhangs 13 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt zur Flugunfalluntersuchung, das vorsieht, dass die Berichte der zuständigen Flugunfalluntersuchungsstelle der ICAO mitgeteilt werden, die eine Bewertung vornimmt und anschließend und unverzüglich ihre Mitgliedstaaten und die Verbände unterrichtet.

Die bisher vorliegenden Informationen werden bereits durch die angesprochene Task Force unter Beteiligung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur und des Luftfahrt-Bundesamtes mit Blick auf möglicherweise erforderliche Maßnahmen bewertet.

- |   |  |
|---|--|
| 60. Abgeordneter<br><b>Matthias<br/>Gastel</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Wie viele Staatsverträge zu Verkehrsprojekten mit Nachbarstaaten hat die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet (bitte nach Datum aufschlüsseln), und inwieweit erfüllt die Bundesrepublik Deutschland die Bestimmungen dieser Staatsverträge? |
|---|--|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär  
vom 7. Mai 2015**

Die Bundesrepublik Deutschland hat 37 Staatsverträge (im Sinne der vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Richtlinien für die Behandlung völkerrechtlicher Verträge nach § 72 Absatz 6 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien – GGO) zu Verkehrsprojekten mit Nachbarstaaten geschlossen (Stand: 5. Mai 2015):

- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Ausbau des Oberrheins zwischen Basel und Straßburg, 1956;
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik und dem Großherzogtum Luxemburg über die Schiffbarmachung der Mosel, 1956;
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage, 1956;
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über den Durchgangsverkehr auf den Straßen

an der Walchen Ache und am Pittenbach sowie zum Bachen- und Rißtal im deutschen und österreichischen Grenzgebiet, 1966;

- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Ausbau des Rheins zwischen Kehl/Straßburg und Neuburgweier/Lauterburg vom 4. Juli 1969;

mit den Folgeverträgen:

- Zusatzvereinbarung zum Vertrag vom 4. Juli 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Ausbau des Rheins zwischen Kehl/Straßburg und Neuburgweier/Lauterburg (1975);
- Einverständniserklärung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über das Kulturwehr Kehl/Straßburg (1975);
- Vereinbarung zur Änderung und Ergänzung der Zusatzvereinbarung vom 16. Juli 1975 zum Vertrag vom 4. Juli 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Ausbau des Rheins zwischen Kehl/Straßburg und Neuburgweier/Lauterburg (1982);
- Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Erweiterung der Kraftwerke in Gamsheim und Iffezheim (fünfte Turbine) (1994);
- Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über Kleinwasserkraftwerke an den Kulturwehren Breisach und Kehl/Straßburg (einschl. Fischpass Breisach) (2001);
- Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Bau einer Grenzbrücke über die Sauer zwischen Echternach und Echternachbrück im Zuge der Europastraße 42, 1972;
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Straße zwischen Lörach und Weil am Rhein auf schweizerischem Gebiet, 1977;
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Autobahnbrücke über den Rhein zwischen Steinenstadt und Ottmarsheim, 1977;
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Straßenbahnbrücke über den Rhein zwischen Weil am Rhein und Hünigen, 1977;
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über den Bau und die Unterhaltung einer Autobahnbrücke über die Our bei Steinebrück, 1979;
- Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Autobahnzusammenschluss



und die Unterhaltung einer Grenzbrücke über die Sauer zwischen den Gemeinden Langsur und Mertert, 1983;

- Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über den Bau und die Instandhaltung einer Grenzbrücke über den Steinbach, 1985;
- Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Bau, Instandhaltung und Betrieb eines Grenztunnels zwischen Füssen und Reutte, 1985;
- Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluss im Raum Görlitz und Zgorzelec, 1992;
- Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluss im Raum Frankfurt/Oder und Schwetig, 1993;
- Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Autobahnzusammenschluss und den Bau einer Grenzbrücke über die Mosel im Raum Perl und Schengen, 1994;
- Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze, 1995;
- Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluss im Raum Forst und Erlenholz (Olszyna), 1995;
- Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Bau einer Grenzbrücke im Raum Gubin, 1995;
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Zusammenschluss der deutschen Autobahn A 6 und der tschechischen Autobahn D 5 an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke, 1995;
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze im Zuge der Europastraße E 49, 1995;
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Zusammenschluss der deutschen Bundesautobahn A 17 und der tschechischen Autobahn D 8 an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke, 2000;
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze in Anbindung an die Bundesstraße B 20 und die Staatsstraße I/26, 2001;

- Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat über Bau und Erhaltung einer Autobahnbrücke zwischen Rheinfelden (Baden-Württemberg) und Rheinfelden (Aargau), 2003;
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Polen und der Tschechischen Republik über den Bau einer Straßenverbindung in der Euroregion Neiße, im Raum zwischen den Städten Zittau in der Bundesrepublik Deutschland, Reichenau (Bogatynia) in der Republik Polen und Hrádek nad Nisou (Grottau) in der Tschechischen Republik, 2004;
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über den Zusammenschluss der deutschen Autobahn A 61 und der niederländischen Autobahn A 74, 2005;
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über den Zusammenschluss der deutschen Autobahn A 52 und der niederländischen Regionalstraße N 280, 2005;
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über den Zusammenschluss der deutschen Bundesstraße B 56n und der niederländischen Regionalstraße N 297n an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke, 2005;
- Abkommen vom 14. März 2006 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Kehl;
- Vertrag vom 26. Februar 2008 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von Schienenwegen des Bundes, in der Republik Polen im Zuge von Eisenbahnstrecken mit staatlicher Bedeutung;
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über eine Feste Fehmarnbeltquerung vom 3. September 2008;
- Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke über die Mosel zwischen Wellen (Bundesrepublik Deutschland) und Grevenmacher (Großherzogtum Luxemburg), 2010.

Die Bundesrepublik Deutschland erfüllt die Bestimmungen der genannten Staatsverträge durch Vornahme der jeweils darin vereinbarten Pflichten, soweit sie inzwischen nicht bereits erfüllt wurden.

61. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Ergebnisse der „Hochrechnung der möglichen Krankheitsfolgen durch nächtlichen Schienenlärm entlang der Transversale Rotterdam–Genua im Bereich der Bundesrepublik Deutschland“ („Krankheitsfaktor Schienenlärm“ in der Zeitschrift Das Gesundheitswesen, 2014/76, S. 862 ff.), und was spricht aus Sicht der Bundesregierung für bzw. gegen die Forderung der rund 200 Bürgerinitiativen gegen Bahnlärm, per Gesetz möglichst schnell ein Nachtfahrverbot für laute Güterzüge zu beschließen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann  
vom 7. Mai 2015**

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur erarbeitet derzeit eine Regelung, die zu einer Beschränkung des vom Schienengüterverkehr ausgehenden Lärms führen soll. In diesem Zusammenhang fließen auch wissenschaftliche Erkenntnisse ein.

62. Abgeordnete  
**Maria Klein-Schmeink**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Absprachen in Bezug auf den Güter- und Personenverkehr bestehen mit der Deutschen Bahn (DB) AG hinsichtlich des Ausbaus der Bahnstrecke Münster–Lünen vor dem Hintergrund, dass die derzeitige eingleisige Streckenführung mit höchstens 36 Verbindungen pro Tag nicht dem Bedarf des täglichen Personenverkehrs nachkommt, und welche Alternativrouten sind nach Kenntnis der Bundesregierung für den Güterverkehr verbindlich vorgesehen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann  
vom 7. Mai 2015**

Die Gestaltung des Angebotes auf dem Schienennetz der Eisenbahnen des Bundes sind unternehmerische Aufgaben und liegen in der Verantwortung der Unternehmensführung der DB AG und der mit ihr im Wettbewerb stehenden Eisenbahnverkehrsunternehmen.

Der Ausbau der Strecke Münster–Lünen ist im Bedarfsplan für die Bundesschienenwege enthalten. Vorgesehen sind die Errichtung eines zweiten Gleises und die Anhebung der maximalen Streckengeschwindigkeit. Für diese Zielsetzung hat die DB Netz AG bisher die Vorentwurfsplanung erarbeitet. Nach dem Ausbau kann sowohl die im Personenfern- wie auch im Güterverkehr auf dieser Destination prognostizierte Nachfrage bewältigt werden.

Das Vorhaben wird im Zuge der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 erneut bewertet.

63. Abgeordnete  
**Ronja Schmitt**  
(Althengstett)  
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung durch Schaffung geeigneter Rechtsrahmen zeitnah dafür zu sorgen, dass künftig Straßenverkehrsbehörden ohne größere bürokratische Hürden Tempo 30 vor Schulen und Kindergärten zum Schutz von Kindern auch an Hauptverkehrsstraßen anordnen können, da Kinder oftmals noch nicht in der Lage sind, allgemeine Gefahren des Straßenverkehrs und insbesondere die Geschwindigkeit herannahender Fahrzeuge richtig einzuschätzen, und wenn ja, durch welche Maßnahmen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär  
vom 8. Mai 2015**

Ja. Die Verkehrssicherheit soll durch Verankerung einer erleichterten streckenbezogenen Anordnungsmöglichkeit von Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen vor Grundschulen, Kindertagesstätten u. Ä., etwa Seniorenheimen, also besonders schützenswerten Verkehrsteilnehmern, verbessert werden. Dies wird Eingang in die nächste Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) finden. Mit der vorgesehenen Änderung soll die im geltenden Recht vorgesehene hohe Hürde in § 45 Absatz 9 StVO (z. B. Nachweis eines Unfallschwerpunktes) für die streckenbezogene Anordnung von Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen in diesen Fällen abgesenkt werden.

64. Abgeordnete  
**Ronja Schmitt**  
(Althengstett)  
(CDU/CSU)
- Durch welche Maßnahmen der Bundesregierung oder durch welche Kooperationen mit Ländern und Kommunen kann erreicht werden, dass eine Erleichterung bei der Schaffung der so wichtigen und notwendigen Geschwindigkeitsbeschränkungen vor Schulen und Kindergärten auch zum flächendeckenden Schutz von Kindern und Schutzbedürftigen in Deutschland führt, und zwar nicht nur in besonders umsichtigen Kommunen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär  
vom 8. Mai 2015**

Der Bund setzt den Rechtsrahmen in Form der StVO und der diese begleitenden Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung (VwV-StVO). Diese bundesweit gültigen Vorschriften gewährleisten, dass der Verkehrsteilnehmer sich im gesamten Bundesgebiet auf einheitliche Standards verlassen kann. Die Durchführung der StVO, also die Prüfung und Entscheidung, ob und welche Maßnahmen in welchem Umfang vor Ort ergriffen werden sollen, fällt in die alleinige Zuständigkeit der Straßenverkehrsbehörden der Länder (Artikel 83, 84 des Grundgesetzes). Eingriffs- und Weisungsrechte seitens des Bundes gibt es nicht. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird aber den Ländern empfehlen, dass die nach Landesrecht zuständigen Behörden von den erleichterten Anordnungsvoraussetzungen Gebrauch machen.

65. Abgeordnete  
**Ronja Schmitt**  
(Althengstett)  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung flankierende Maßnahmen wie Zebrastreifen, eine ausreichende Anzahl von Fußgängerampeln sowie verstärkte Radarkontrollen in den Tempo-30-Zonen vor Schulen und Kindergärten für geeignet, um die Sicherheit der Schwächsten in der Gesellschaft zu erhöhen, und durch welche direkten oder indirekten Maßnahmen könnte die Bundesregierung solche Projekte fördern oder ermöglichen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär vom 8. Mai 2015**

Abseits der Hauptverkehrsstraßen innerhalb geschlossener Ortschaften muss stets mit der Anordnung von Tempo-30-Zonen gerechnet werden. Die Voraussetzungen zur Anordnung von Tempo-30-Zonen ergeben sich aus § 45 Absatz 1c StVO. Um eine gleichmäßige Handhabung bei der Anordnung von Tempo-30-Zonen durch die zuständigen Straßenverkehrsbehörden zu gewährleisten, gibt die diese Vorschrift begleitende Verwaltungsvorschrift nähere Vorgaben. Zu Lichtzeichenanlagen enthält die VwV-StVO folgende Vorgabe:

„45 6. Lichtzeichenanlagen zum Schutz des Fußgängerverkehrs, die in bis zum Stichtag angeordneten Tempo 30-Zonen zulässig bleiben, sind neben den Fußgänger-Lichtzeichenanlagen auch Lichtzeichenanlagen an Kreuzungen und Einmündungen, die vorrangig dem Schutz des Fußgängerquerungsverkehrs dienen. Dies ist durch Einzelfallprüfung festzustellen.“

Sowohl Zebrastreifen als auch Radarkontrollen können in Tempo-30-Zonen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen. Speziell vor Schulen und Kindergärten in Tempo-30-Zonen empfiehlt sich, zusätzlich zu einem Zebrastreifen auch z. B. Umlaufgitter und/oder Verkehrshelfer einzusetzen. Dies hängt jedoch immer von den Gegebenheiten vor Ort ab und muss im Einzelfall entschieden werden.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

66. Abgeordnete  
**Sylvia Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Stand der Prüfung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) der ihm vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz im Frühjahr und Ende des Jahres 2014 übermittelten Bewertung zur Frage der Regelwerkskonformität des Atomkraftwerks Gundremmingen (bitte ausführliche Darlegung mit Angabe der wesentlichen Etappen bzw. Meilensteine seit dem



3. Dezember 2014; hinsichtlich der o. g. Bewertung und ihrer bundesaufsichtlichen Prüfung siehe zuletzt Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 97 auf Bundestagsdrucksache 18/2832 und Plenarprotokoll 18/72, Anlage 13, vom 3. Dezember 2014), und wie will das BMUB hierzu weiter vorgehen (bitte mit Erläuterung und Datierung der bislang geplanten künftigen Meilensteine und der aktuellen Gesamtzeitschiene der Prüfung)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
vom 7. Mai 2015**

Die Prüfung des Atomkraftwerks Gundremmingen durch das BMUB hinsichtlich der von Ihnen angesprochenen Thematik ist noch nicht abgeschlossen.

Wie bereits in der Antwort der Bundesregierung auf Ihre Schriftliche Frage 97 auf Bundestagsdrucksache 18/2832 ausgeführt, wurde am 16. Juni 2014 die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) gGmbH beauftragt, gemeinsam mit dem Physikerbüro Bremen (PhB) eine Stellungnahme zu obiger Thematik zu verfassen. Aufgrund der bereits in dieser Antwort ausgewiesenen Komplexität des Themas waren weitere Informationen für die Sachverständigen erforderlich, die vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz angefordert wurden. Über den Umfang vorliegender Informationen zu obiger Stellungnahme wurden Sie bereits in der Antwort der Bundesregierung auf Ihre Schriftliche Frage 73 auf Bundestagsdrucksache 18/3960 informiert.

In einem nächsten Verfahrensschritt ist ein fachliches Gespräch mit den Sachverständigen des BMUB und des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz geplant, um obige Stellungnahme abschließen zu können.

67. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Studie „Tumormotion durch hochfrequente elektromagnetische Felder in Kombination mit kanzerogenen Substanzen – synergistische Wirkungen“ von Professor Alexander Lerchl und seinem Team, die im Rahmen der Ressortforschung des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS-RESFOR-104/15) finanziert wurde und unter <http://doris.bfs.de/jspui/handle/urn:nbn:de:0221-2015031812720> einsehbar ist, im Hinblick auf eine Intensivierung der Erforschung von Wirkmechanismen, die zu einer deutlichen Erhöhung von Tumorraten führen, wenn die Tiere lebenslang elektromagnetischen Feldern ausgesetzt sind, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung im Hinblick auf die Risikokommunikation?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
vom 7. Mai 2015**

Mit der Studie sollte die Frage untersucht werden, ob hochfrequente elektromagnetische Felder des Mobilfunks die Entwicklung und das Wachstum von vorhandenen Tumoren fördern können. Es ging nicht um die Untersuchung der Auslösung von Tumoren durch die Felder. Dies konnte bisher nicht nachgewiesen werden.

In dieser Studie zeigte sich ein Anstieg der Zahl der Tumore in Leber und Lunge (nicht im Gehirn) sowie ein Anstieg der Häufigkeit von Lymphomen, wenn zu der chemischen Substanz, die die Tumore auslöst, eine lebenslange Bestrahlung hinzukam.

Die Frage nach der Übertragbarkeit der Ergebnisse auf den Menschen kann alleine durch diese Studie nicht beantwortet werden. Bei kleinen Tieren wie Mäusen werden die inneren Organe stärker von der Strahlung erreicht als beim Menschen. Zunächst muss daher die Dosimetrie im Hinblick auf organspezifische Expositionen sowie die Exposition der Föten und damit verbundene Temperaturerhöhungen verbessert bzw. präzisiert werden. Dies soll im Rahmen eines Forschungsvorhabens des BMUB im Jahr 2016 erfolgen.

Um beurteilen zu können, ob und inwieweit die im Tiermodell beobachteten Effekte für den Menschen relevant sind, muss auch die Frage nach den zugrunde liegenden Mechanismen weiter untersucht werden. Denkbar wäre zum Beispiel, dass aufgenommene Wärmeenergie von Tumorgewebe schlechter abgeführt werden kann als vom Normalgewebe oder dass es zwischen Tumor- und Normalgewebe Unterschiede bei der Energieabsorption und/oder im Metabolismus gibt.

Die vorliegenden Ergebnisse geben nach Einschätzung des Bundesamtes für Strahlenschutz keinen Anlass, die geltenden Grenzwerte infrage zu stellen. Es empfiehlt dennoch weiterhin, unnötige Expositionen gegenüber hochfrequenten elektromagnetischen Feldern zu vermeiden.

- |   |   |
|---|---|
| 68. Abgeordnete<br><b>Steffi<br/>Lemke</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um die hohe naturschutzfachliche Bedeutung des Offenlandes auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Stegskopf/Daaden in Rheinland-Pfalz (vorgesehen zur Übertragung in der Flächenkulisse der 3. Tranche des Nationalen Naturerbes) zu erhalten? |
|---|---|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
vom 7. Mai 2015**

Um den derzeitigen Entwicklungsstand zu erhalten, soll zunächst die bisherige Offenlandpflege auf dem unter Beachtung der Kampfmitelsituation zugänglichen Liegenschaftsteil mittels Schafbeweidung fortgesetzt werden.

Darüber hinaus bleibt die Beschlussfassung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages über die Flächenkulisse der 3. Tranche des Nationalen Naturerbes abzuwarten.

69. Abgeordnete  
**Steffi  
Lemke**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wer schließt Pachtverträge mit den Landwirten zur Sicherstellung der Offenhaltungspflege ab, und welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über den aktuellen Stand der Pachtverträge auf dem Truppenübungsplatz Stegsdorf/Daaden vor?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
vom 7. Mai 2015**

Für den Abschluss von Pachtverträgen mit Landwirten zur Sicherstellung der Offenlandpflege ist grundsätzlich der jeweilige Eigentümer zuständig – somit derzeit die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Derzeit existiert ein Pachtvertrag mit einem Schäfer, der unter Beachtung der Kampfmittelsituation Teile der Liegenschaft beweidet.

70. Abgeordnete  
**Steffi  
Lemke**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Kann sichergestellt werden, dass für die gesamte Offenlandfläche von landwirtschaftlichen Betrieben fristgerecht Zahlungsansprüche (15. Mai 2015) für landwirtschaftliche Flächenprämien angemeldet werden können?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
vom 7. Mai 2015**

Der örtlich zuständige Bundesforstbetrieb befindet sich mit dem derzeitigen Pächter in Vertragsverhandlungen, um die Zuweisung von Zahlungsansprüchen für die in Abhängigkeit der Kampfmittelbelastung weidetauglichen Flächen zu ermöglichen.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

71. Abgeordneter  
**Kai  
Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Anträge für das Professorinnenprogramm II, die in der ersten Einreichungsrunde eine Förderzusage dem Grunde nach erhalten haben, stehen aktuell auf der Warteliste – aufgrund fehlender Mittel standen nach Angaben des Projektträgers Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) 50 Anträge

darauf –, und wie hoch ist die finanzielle Gesamtsumme der Anträge auf der aktuellen Warteliste?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Stefan Müller  
vom 7. Mai 2015**

Eine Förderzusage dem Grunde nach wurde in der ersten Einreichungsrunde des Professorinnenprogramms II an 96 Hochschulen erteilt. Jede der Hochschulen konnte bis zu drei Anträge einreichen. 51 Anträge dieser Hochschulen stehen gegenwärtig auf der Warteliste. Die beantragte Fördersumme dieser Anträge beläuft sich auf rund 17 Mio. Euro.

72. Abgeordneter  
**Kai  
Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Überzeichnung des Professorinnenprogramms II – im Januar 2015 standen nach Angaben des Projektträgers DLR 50 Anträge aufgrund fehlender Mittel auf der Warteliste – schon für die zweite Einreichungsrunde, die am 31. Dezember 2015 endet, und wie will die Bundesregierung die nachhaltige Wirkungsweise des Professorinnenprogramms sicherstellen, die sich zwar in der Fortschreibung des Programms zeigt, aber aufgrund der Überzeichnung des Programms gefährdet ist, weil aufgrund dessen ein Teil der in der ersten Phase unterstützten Professuren nicht mehr weitergefördert werden kann?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Stefan Müller  
vom 7. Mai 2015**

Das Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder ist ein wettbewerblich angelegtes Strukturprogramm zur Förderung der Chancengerechtigkeit in der Wissenschaft und zur Erhöhung der Frauenanteile an den Professuren. Förderberechtigt sind nur diejenigen Hochschulen, deren Gleichstellungskonzepte oder deren Fortschreibungen von einem Expertengremium positiv bewertet wurden. Weitere Voraussetzung ist, dass es ihnen gelingt, Wissenschaftlerinnen zu berufen, die bisher noch keine unbefristete W2-/W3-Professur innehaben. Soweit dies gegeben ist, können sie für bis zu drei Professorinnenstellen eine Anschubfinanzierung für jeweils fünf Jahre erhalten. Bei Antragstellung muss die Rufannahme vorliegen; zusätzlich muss die Hochschule die unbefristete Fortsetzung der Professur nach Ablauf der Förderung nachweisen. Eine Fortsetzung der Förderung dieser Stellen über das Professorinnenprogramm I oder II hinaus ist nicht möglich, da die Förderung ausdrücklich als Anschubfinanzierung angelegt ist.

Die Förderungen erfolgen im Rahmen der bestehenden Bund-Länder-Vereinbarung zum Professorinnenprogramm und den auf Wunsch der Länder für die zweite Programmphase veränderten Mittelchargen. Die Bundesregierung sieht deshalb sowie aus rechtlichen

Gesichtspunkten im Vergleich zur Durchführung der ersten Programmphase keine Möglichkeiten zur Modifizierung der Bestimmungen für den gegenwärtigen, zweiten Programmdurchlauf.

Die Nachhaltigkeit des Programms ist zum einen dadurch gesichert, dass die Hochschulen entsprechend ihren Gleichstellungskonzepten und deren Fortschreibungen mittel- und langfristig viele Strukturfördermaßnahmen, die die Chancengleichheit in der Wissenschaft befördern, umsetzen. Zum anderen werden ausschließlich Erstberufungen von Wissenschaftlerinnen gefördert, deren Professur von den Hochschulen nach Ablauf der Förderung durch das Professorinnenprogramm unbefristet weitergeführt wird.

73. Abgeordnete **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Welche Ergebnisse hat die beim IT-Gipfel (IT – Informationstechnik) 2014 eingerichtete Arbeitsgruppe 6 „Bildung und Forschung für die digitale Zukunft“, auf die die Bundesregierung auch in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Chancen und Herausforderungen durch die Digitalisierung der Wirtschaft“ (Bundestagsdrucksache 18/4258) zu den Fragen 47, 47a und 47b verweist, bisher erarbeitet, bzw. wann und wo wird sie ihre Ergebnisse vorstellen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Stefan Müller vom 7. Mai 2015**

Die nach dem 4. IT-Gipfel 2009 gegründete Arbeitsgruppe 6 „Bildung und Forschung für die digitale Zukunft“ des IT-Gipfels hatte auf dem IT-Gipfel 2014 den Start einer Initiative „Kompetenzentwicklung Industrie 4.0“ beschlossen. Ziel der von der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e. V. koordinierten Maßnahme ist es, zunächst in einer Explorationsphase Qualifizierungsbedarfe zu Industrie 4.0 in Unternehmen zu identifizieren und eine Bestandsaufnahme von bestehenden Angeboten durchzuführen. Diese Ergebnisse sollen als Grundlage dienen, in einem zweiten Schritt entsprechend den Bedarfsschwerpunkten Qualifizierungsangebote zu Industrie 4.0 zu bündeln, weiterzuentwickeln und, soweit notwendig, auch neu zu konzipieren. Die Initiative bezieht die Sozialpartner ein, in einem branchen- und disziplinübergreifenden Dialog schnell wirksame Maßnahmen zu identifizieren und zu ergreifen, um adäquate Aus- und Weiterbildungsangebote in der beruflichen Qualifikation bereitzustellen.

Die Initiative wird erste Ergebnisse auf dem IT-Gipfel 2015 vorstellen. Sie ist auch über den nächsten IT-Gipfel hinaus eingebunden in die Arbeit der zum IT-Gipfel neu gegründeten Plattform Industrie 4.0.

Die aufgrund des technologischen Wandels und der sich damit verändernden Arbeitsprozesse gleichzeitig entstehenden Anforderungen an die Kompetenzentwicklung in den Betrieben ist auch ein Gegenstand der Förderung der geplanten neuen Programmlinie „Zukunft



der Arbeit“, die gegenwärtig vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unter Beteiligung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Sozialpartner entworfen und noch in diesem Jahr veröffentlicht wird.

Im Rahmen der neuen Programmlinie werden künftig u. a. Projekte zur Kompetenzentwicklung gefördert, die eine modellhafte Realisierung der Lösungsansätze in Unternehmen vorsehen sowie eine Übertragbarkeit und Verwertung in weite Teile der Unternehmenslandschaft erwarten lassen.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

74. Abgeordneter  
**Uwe  
Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Höhe belaufen sich die Mittel, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die Bill & Melinda Gates Foundation jeweils in den Jahren 2014 und 2015 für gemeinsam finanzierte Projekte bereitgestellt haben (bitte Projekte und Summen jeweils auflisten), und auf welche Höhe belaufen sich die Mittel, die die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und die KfW in Form von Zuschüssen bzw. Kofinanzierungsmitteln von der Bill & Melinda Gates Foundation in diesem Zeitraum erhalten haben (bitte Projekte und Summen einzeln auflisten)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Thomas Silberhorn  
vom 5. Mai 2015**

Die Vorhaben und Initiativen, die das BMZ in Kooperation mit der Bill & Melinda Gates-Stiftung umsetzt und finanziert, sowie die Zuschüsse bzw. Kofinanzierungsmittel, die GIZ und KfW von der Bill & Melinda Gates Foundation erhalten haben, sind in beigefügter Übersicht aufgeführt.

## Anlage

	Volumen gesamt	Mittel BMZ an GIZ	Beitrag BMGF an GIZ	Laufzeit	PN
--	----------------	-------------------	---------------------	----------	----

alle Angaben in Mio. €

**Affordable Nutritious Food for Women (ANF4W) - Mütterernährung**

Phase gesamt	2,5	1,2	1,2	2013-2015	2012.1003.8
2014		0,62	0,40		
bis 04/2015		0,14	0,00		

**African Cashew Initiative (ACI) - Cashew Wertschöpfungskette**

Phase gesamt	14,06	7,4	6,66	2013-2015	2012.2026.8
2014		2,90	0,01		
bis 04/2015		0,65	0,01		

**Competitive African Cotton Initiative (COMPACI) - Baumwoll-Wertschöpfungskette**

Phase gesamt	13,2	7,5	5,7	2013-2015	2012.2027.6
2014		3,13	2,03		
bis 04/2015		0,00	0,38		

**Competitive African Rice Initiative (CARI) - Reis-Wertschöpfungskette**

Phase gesamt	18,4	4,8	13,6	2013-2017	2013.2450.8
2014		1	0		
bis 04/2015		0,37	0,93		

**Alliance for Financial Inclusion (AFI) - Finanzdienstleistung**

Phase gesamt	28,49	7,04	21,45	2012-2018	2012.9112.9
2014		0,00	10,24		
bis 04/2015		0,00	0,00		

**Beteiligungsorientiertes Entwicklungsprogramm in städtischen Ballungsgebieten - Kairo**

Phase gesamt	9,7	6	3,7	2010-2018	2010.2192.2
2014		0,74	0,41		
bis 04/2015		0,32	0,00		

**Entwicklung des Wasser- und Sanitärsektors - Wasser- und Sanitärversorgung - Nairobi**

Phase gesamt	8,9	6,9	2	2010-2016	2010.2036.1
2014		3,14	0,35		
bis 04/2015		0,89	0,00		

**Urban Governance and Decentralisation Programme (UGDP) - Kommunalverwaltung - Addis**

Phase gesamt	6	3,8	2,1	2011-2014	2011.2137.5
2014		0,76	0,54		
bis 04/2015		0,27	0,00		

**Ecosan - Ökologisch und Ökonomisch nachhaltige Systeme zur Abwasser-Sanitärversorgung**

Phase gesamt	3.275	2,5	0,78	2012-2015	2012.2123.3
2014		0,88	0,80		
bis 04/2015		0,27	0,00		

	Volumen gesamt	Mittel BMZ an KfW	Beitrag BMGF an KfW	Laufzeit	Bemerkungen
<b>Ausbau der Basissanitärversorgung für städtische Arme in Kenia (Projekt zur Unterstützung des Water Services Trust Fund)</b>					
Phase gesamt	13,2	12	7,1 Mio. USD		
	1,2 Eigenbeitrag kenianische Regierung	12,00	7,1 Mio. USD		BMGF hat bis zu 10 Mio. USD bereitgestellt; davon werden 7.130.699 USD als Mandatsmittel über die KfW abgewickelt.

#### **Sonstige Kooperationen / Unterstützung gemeinsamer Trägerorganisationen:**

##### **a. Unterstützung des Global Health Investment Fund (GHIF)**

BMZ-Anteil (über KfW): 10 Mio. EUR

BMGF gewährleistet (zusammen mit SIDA) die Risikoabsicherung des Fonds und gewährt eine Ausfallgarantie über 40% (First Loss Tranche)

##### **b. Unterstützung von Impfprogrammen in Zusammenarbeit mit GAVI Alliance**

und GPEI (Global Polio Eradication Initiative)

Deutscher Anteil 2011-2014 (31.12.2014): 175,5 Mio. USD

(BMZ-Anteil über KfW) 2014: 20 Mio. EUR, geplanter BMZ-Anteil (über KfW) 2015: 20 Mio. EUR)

Anteil BMGF: 2011-2014 (31.12.2014): 1.331,2 Mio USD

##### **c. Zusammenarbeit im Bereich Reproduktive Gesundheit/Familienplanung**

Verzahnung von BMZ- und BMGF-geförderter Projekte in Westafrika; BMGF geförderte

globale Evaluierung von Voucher-Programmen (davon FZ-finanzierte

Voucherprogramme in Uganda, Kenia, Jemen und Kambodscha) im Bereich reproduktive Gesundheit.

Berlin, den 15. Mai 2015



